

Ans: Springer Verlag AG, Post: 10 00 04, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wichtig: Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)  
94-1 / Anzeigenredaktion Köln (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung  
Hamburg (040) 347-1 - Pöhlchen: an allen deutschen Werbepapierbörsen

Belgien 35,00 Bfr., Frankreich 3,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p.  
Italien 1300 L., Jugoslawien 600,00 Din., Luxemburg 25,00 F., Niederlande 2,20 fl.,  
Norwegen 8,50 Nkr., Österreich 14 S., Portugal 150 Esc., Schweden 2,20 kr.,  
Schweiz 2,00 Sfr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 185 Ptas., Türkei 850 TL.

DIE WELT IM GESPRÄCH



Lee Iacoccas Höhenflug nach dem tiefen Sturz

Das Gespräch dauerte 45 Minuten. Als es endete, war aus dem Ford-Präsidenten der schlichte Bürger Lee Iacocca geworden - reich, aber arbeitslos. Henry Ford hatte ihn gefeuert. „Einfach so“, sagt Iacocca, 61 Jahre alt, Sohn italienischer Eltern. Was er in jener düstersten Stunde seines Lebens am 13. Juli 1978 nicht ahnte: Sie war der

Beginn eines Höhenfluges. Zunächst feierte er als Retter der maroden Chrysler-Werke ein glänzendes Comeback. Dann wurde er Bestseller-Autor, wurde „Mr. Success“ und „Mr. America“. Millionen Amerikaner wünschen sich ihn als nächsten Präsidenten. WELT-Korrespondent Fritz Wirth sprach mit Iacocca in Detroit. Seite 7

Sowjet-U-Boot gibt Rätsel auf. Gorbatschow informiert Reagan

Atomraketen an Bord? / Schewardnadse: Wir erfüllen Wiener Vereinbarung

DW, Brüssel  
Rund vier Stunden nach einem Unfall auf einem sowjetischen Atom-U-Boot hat KPdSU-Chef Michail Gorbatschow US-Präsident Ronald Reagan über den Vorfall informiert. Knapp 1000 Kilometer nördlich der Bermuda-Inseln war das U-Boot am Freitag in Brand geraten. Nach sowjetischen Angaben kamen drei Menschen ums Leben.

US-Verteidigungsminister Casper Weinberger nannte es interessant, daß Moskau Washington so rasch über den Schiffsbrand informiert habe. Westliche Diplomaten in Moskau sehen in der schnellen Benachrichtigung der USA das Bemühen der Sowjets, die Beziehungen der beiden Supermächte vor dem Treffen von Reagan und Gorbatschow in Reykjavik nicht zu belasten. Ein Verschweigen des Vorfalles hätte die Aussichten auf den „Vor-Gipfel“ verhindern können, hieß es.

Nach Mitteilung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse hat die Sowjetunion auch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien über den Vorfall in-

formiert. „Wir erfüllen unsere Verpflichtungen aus dem Vertrag von Wien“, sagte Schewardnadse. Moskau hatte sich vor kurzem ebenso wie die Vereinigten Staaten verpflichtet, der IAEO nicht nur Unfälle im zivilen, sondern auch im militärischen Nuklearbereich zu melden.

Ob das U-Boot mit Atomwaffen bestückt war, ist offen. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur „Tass“ meldete, eine Expertenkommission in Moskau sei zu dem Schluß gekommen, daß keinerlei Gefahr einer nuklearen Explosion oder einer radioaktiven Verseuchung bestehe. Für Pentagon-Experten steht fest, daß das U-Boot der veralteten „Yankee“-Klasse angehört. Die 130 Meter langen Boote dieser Klasse können nach Angaben des britischen Fachverlages „Jane's“ 16 Atomraketen des Typs SS-N-6 oder zwölf Raketen des Typs SS-N-17 tragen, die zur Bekämpfung von Flächenzielen geeignet sind. Der Brand wurde inzwischen offenbar gelöscht.

Das in Brand geratene sowjetische Atom-U-Boot war Bestandteil eines

Verbandes strategischer und nicht-strategischer nuklear-getriebener Sowjet-U-Boote, der von der Kola-Halbinsel im Nordmeer in die Gewässer vor der amerikanischen Küste „marschiert“ war. Dies wurde aus NATO-Marinereisen bekannt. Der Verband stand, noch ehe er unter Wasser die Enge zwischen Grönland, Island und Großbritannien passiert hatte, rund um die Uhr unter der Bewachung der NATO-Seeaufklärung.

Der Unfall wurde nach diesen Informationen von der US-Marine-Aufklärung sofort bemerkt und den Marinekommando-Behörden in Norfolk (Virginia) gemeldet.

Wie bei der NATO verläutet, ist es ungewöhnlich, daß ein ganzer Verband sowjetischer U-Boote in einem Seegebiet kreuzte, in dem sich sonst nur „Einzelfahrer“ aufhalten.

Marinefachleute vermuten, daß das Feuer durch einen Kurzschluß ausgelöst wurde. Zwischenfälle an sowjetischen U-Booten kamen in der Vergangenheit häufiger vor. Nach westlichen Erkenntnissen ist es möglich, daß der Reaktor des Bootes abgeschaltet werden konnte.

Reagan will keinen „Raketen-Gipfel“

Präsident fühlt sich durch die Teststopp-Auflagen des Repräsentantenhauses eingeengt

Fritz Wirth, Washington  
Es wird auf dem amerikanischen-sowjetischen Vor-Gipfel in Island am Wochenende keine unterzeichneten Abkommen und keine geheimen Vereinbarungen geben, die über den Bereich der gegenseitigen Abrüstungsgespräche in Genf hinausgehen. Diese Versicherungen gaben leitende Beamte der Reagan-Administration nach den ersten Vorbereitungskonferenzen für die zweite Begegnung zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow.

Das Format der Begegnung soll das gleiche sein wie vor einem knappen Jahr beim ersten Treffen beider Regierungschefs in Genf. Das Schwerkraft wird auf Gesprächen unter vier Augen der beiden Regierungschefs und nicht so sehr auf direkten Verhandlungen liegen. Versuche, dies zu einem reinen „Raketen-Gipfel“ zu machen, werden von Reagan ebenso wie seinerzeit in Genf - nicht geduldet. Ebenso wenig will man es hinnehmen, Reykjavik zu einem sowjetischen Propagandaforum für

neue nukleare Teststopp-Initiativen zu machen.

„Wir werden den Sowjets in Island klar machen, daß wir Verhandlungen und wirkliche Fortschritte in einem weiten Bereich von Problemen suchen“, sagte Reagan in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache. „Zugleich aber sollten sie wissen, daß wir nicht bereit sind, nur um eines Überkommens wegen unsere Werte, Prinzipien und vitalen Interessen auf Spiel zu setzen.“

Gleichzeitig kritisierte Reagan scharf das Repräsentantenhaus, daß im vergangenen Monat das Raketen-Rüstungsprogramm der Administration durch finanzielle Restriktionen einschränken versucht und ihr Auflagen in der Nuklearteststopp-Gemacht hatte. „Diese Maßnahmen können erfolgreiche Diskussionen mit den Sowjets in Reykjavik gefährden“, warnte Reagan. „Ich kann es mir nicht leisten, daß mir durch den Kongreß für diese Begegnung die Hände gebunden werden. Wir dürfen den Sowjets nicht den Eindruck ver-

mitteln, daß sie vom Kongreß bekommen, was sie am Verhandlungstisch nicht erreichen können.“

Er gehe mit einem „vernünftigen Maß an Optimismus“ in diese Gespräche, sagte er, denen er im übrigen „eine kritische Bedeutung“ beimaße. Sie sollen von einer absoluten Nicht-Rücktrittsposition für die Medien begleitet sein, wie es auch schon in Genf der Fall war.

Reagan wird am Donnerstag nach Reykjavik aufbrechen und am Sonntag nachmittag wieder die Rückreise antreten. Geplant sind insgesamt drei Gespräche unter vier Augen mit Gorbatschow und eine Gesamtstimmung beider Delegationen. Zur amerikanischen Delegation gehören Außenminister Schultz, der Abrüstungsberater Paul Nitze, der Leiter der Europaabteilung im State Department Rozanne Ridgway, der Staatssekretär des Verteidigungsministeriums Richard Perle und der Leiter der amerikanischen Abrüstungsdelegation in Genf, Max Kampelman.

DER KOMMENTAR

Aufmarsch-Panne

CAY GRAF BROCKDORFF

Die Sowjets machen einen guten Eindruck. Da fängt eines ihrer Atom-U-Boote rund 1000 Kilometer nördlich der Bermuda-Inseln unter Wasser zu brennen an und muß auftauchen. Schon geschieht Ungewöhnliches: Der Kessel setzt die US-Botschaft in Moskau von diesem Vorgang in Kenntnis und meldet alles über TASS einer aufhorchenden Welt. Ein neuer Stil nach Tschernobyl, wo Moskau tagelang die Wahrheit nur schreibensweise rausrückte? Oder eine Demonstration der Friedfertigkeit eine Woche vor dem Gipfeltreffen auf Island?

Tatsächlich kam der Kessel nur der Weltöffentlichkeit zuvor. Die amerikanische Regierung war schon viele Stunden vorher von dem Unglück informiert, das dem sowjetischen Unterwasserfahrer unweit der US-Ostküste widerfahren war. Das Havarie-U-Boot fuhr in einem Großverband modernster sowjetische Atom-U-Boote, die von der Kola-Halbinsel kamen und durch NATO- und US-See-Strikräfte ständig überwacht wurden. So erfuhr Washington

von Moskau etwas, was es längst schon wußte. Und Moskau wiederum wußte, daß Washington alles wissen mußte.

Darüber teilte TASS nichts mit. Auch darüber, daß der Havarist in einem Verband unterwegs war, in einer ungewöhnlichen Massierung sowjetischer U-Boote vor der amerikanischen Haustür - sonst entsendet Moskau dorthin in der Regel nur Einzelfahrer - sagte TASS nichts. Während NATO-Marinestäbe noch rätseln, was die Sowjets zu solcher Atom-U-Boot-Aktivität auf der Höhe von New York veranlaßt hat, und zwar ausgerechnet im Vorfeld des Vor-Gipfels, beugt der Kessel sich mit Gesten der Aufgeschlossenheit die Welt zu beschnüffeln. Und dann erzählt er doch nur die halbe Geschichte.

Zwei interessante Havarien. Erst der Brand von Tschernobyl und nun das brennende Atom-U-Boot: Falls der Aufmarsch eine Demonstration der Stärke sein sollte, steht Gorbatschow in Reykjavik nicht sonderlich eindrucksvoll da.

Moskau steht hinter den Attacken auf „Solidarität“

„Illegale Aktivitäten“ / Walesa verbört / Warschau droht

DW, Warschau  
Einen Tag nach dem Verbot des polnischen Arbeiterführers Lech Walesa im Zusammenhang mit der Gründung eines „Provisorischen Rates der „Solidarität“ ist deutlich geworden, daß die Sowjetunion hinter dem erneut verschärften Kurs der Regierung gegenüber der verbotenen Gewerkschaft steht. Die sowjetische Parteizeitung „Pravda“ hat die Mitglieder des „Provisorischen Rates“ gestern scharf angegriffen. Eine kleine Gruppe in Polen habe die Bedeutung der kürzlich erlassenen Amnestie nicht erkannt und versuche, zu der „Situation des Aufbruchs“ zurückzukehren, wie sie vor der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 bestanden habe.

Der Rat der „Solidarität“ versuche, illegale Aktivitäten wieder aufleben zu lassen. Der antisozialistische Charakter der verbotenen Gewerkschaft sei bereits vor einiger Zeit bewiesen worden. Polen befände sich gegenwärtig auf dem Weg des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts. Weder die inneren Feinde des Sozialismus, von denen es in der „Pravda“ hieß, sie hätten den Kontakt zu der polnischen Bevölkerung verloren, noch ihre „Unterstützer im Westen“ könnten diesen Prozeß stoppen.

Bei dem Verbot haben die polnischen Verwaltungsbehörden Lech Walesa sowie fünf der sieben Mitglieder des „Provisorischen Rates“ vor

weiterer politischer Tätigkeit gewarnt. Wie Jozef Pinor, ein Mitglied des Rates, im Anschluß an die Vernehmung mitteilte, wurde ihm eröffnet, daß die Verwaltungsbehörde in Danzig ein Ermittlungsverfahren wegen der Entstehung des „Provisorischen Rates“ eingeleitet habe. Er sei gewarnt worden, daß hinsichtlich der Tätigkeit des Rates ein Artikel aus dem Strafgesetzbuch herangezogen werden könnte, der illegale und geheime Organisationen verbietet.

Walesa wies den Vorwurf, der Rat sei gegen die Regierung gerichtet, zurück. Das Komitee wolle einen Beitrag zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Umweltprobleme des Landes leisten und stelle keine Bedrohung für die Regierung dar.

Zeichen der Verhärtung auf Seiten der Regierung in Polen ist auch die Reaktion auf das jüngste Angebot der „Solidarität“ für einen Dialog (WELT v. 4.5.10.). Regierungssprecher Urban erwiderte die Angebote eine klare Absage. Die Regierung lehnte Arbeiterführer Walesa und die Führung der „Solidarität“ als Partner für eine Verständigung in Polen ab und bezeichnete sie als „Extremisten“.

Urban verband diese Darstellung mit einer Warnung: Die Mitglieder des Rates bräuchten die Behörden dazu, in aller Strenge Gesetze gegen sie anzuwenden.

Kampagne gegen „Privatisierung“

DW, Köln  
Unter dem Motto „Sichert die Post - Rettet das Fernmeldewesen“ haben der DGB-Vorsitzende Ernst Breit und die Vorsitzenden der Postgewerkschaft (DPG) und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) am Wochenende in Köln eine gemeinsame Kampagne gegen die Bundesregierung gestartet. Die Gewerkschaften argumentieren, daß eine Privatisierung der Bundespost befürchtet. Das würde zu einem Wegfall von 30 bis 60 Prozent der Arbeitsplätze führen, sagte die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies.

Postminister Christian Schwarz-Schilling hatte sich bereits in der vergangenen Woche gegen diese „Versicherungskampagne“ zur Wehr gesetzt. Keiner der im Bundestag vertretenen Parteien habe einen Antrag auf Privatisierung gestellt. Schwarz-Schilling stellte klar, daß überhaupt nicht beabsichtigt ist, das Netzmonopol der Bundespost aufzugeben.

Niedrigere Wahlbeteiligung?

DW, Hannover  
Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen zeichnete sich gestern nachmittag eine etwas niedrigere Wahlbeteiligung ab als vor fünf Jahren. Bei strahlend schönem Wetter gaben bis drei Uhr 46 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme für die Neuwahl der Kreistage sowie der Stadt- und Gemeinderäte ab. Bei den Kommunalwahlen 1981, als eine Wahlbeteiligung von insgesamt 76,2 Prozent registriert wurde, waren es um diese Tageszeit 48 Prozent gewesen, bei der Landtagswahl im Juni dieses Jahres 53 Prozent. Mit landesweiten Endergebnissen wird erst für heute morgen gerechnet.

Während die CDU ihre 1981 sowohl in den Kreisen als auch in den Gemeinden im Landesdurchschnitt erlangte absolute Mehrheit verteidigen will, hat sich die SPD zum Ziel gesetzt, möglichst viele der damals verlorenen Rathäuser zurückzuerobieren.

Seite 4: Ausgeglichen Lage

Am 27. Oktober sollen die Waffen ruhen

Ein Appell des Papstes zum „Gebetsstag für den Frieden“ / Johannes Paul II. in Taipe

DW, Taipe/Lyon  
Papst Johannes Paul II. hat die Jugend der Welt aufgerufen, die Kirchen zu erneuern. Am zweiten Tag seines Frankreich-Aufenthaltes sagte der Papst gestern bei einem Besuch der ökumenischen Brüdergemeinschaft in Taipe, die Kirchen brauchen die Begeisterung, den Mut, die Talente und die Leidenschaft der jungen Menschen für Versöhnung, um das Evangelium in die Welt zu tragen und damit die Welt zu erneuern.

In der Versöhnungs-Kirche der von dem Schweizer Roger Schultz gegründeten Gemeinschaft ermahnte der Papst die Jugend jedoch auch, sich Christus eng anzuschließen und über seine Worte nachzudenken.

Nur so könnten sie den notwendigen inneren Frieden und einen scharfen Blick für den „Skandal“ finden, der darin liegt, daß die christlichen Kirchen und Gemeinschaften „noch immer nicht voll in der Wahrheit des Glaubens und der Liebe versöhnt“ seien, so Johannes Paul II. Der Papst

würdigte den Einsatz der Brüder von Taipe für die Einheit der Christen.

Am ersten Tag seines Frankreich-Besuchs hatte der Papst die Konfliktparteien in aller Welt für wenigstens einen Tag zum Waffenstillstand aufgerufen und damit ein Signal weit

über die katholische Kirche hinaus gesetzt. In Lyon sagte Johannes Paul II., am 27. Oktober, an einem von ihm ausgerufenen Tag des Gebets für den Frieden, sollten die Waffen schweigen. Sein Appell richtete sich auch an die, die sich terroristischer Methoden bedienen. „Mögen sie rasch wieder zu menschlichen Gefühlen zurückkehren“. Alle Kämpfenden sollten den Tag nutzen, um über ihre Motive nachzudenken. Für den 27. Oktober hat der Papst zu einem Treffen von Repräsentanten aller Konfessionen und Religionen im italienischen Wallfahrtsort Assisi eingeladen.

Der Sprecher des Vatikans, Navar-

ro, teilte mit, daß in Staaten, die diplomatische Beziehungen zum Vatikan unterhielten, der jeweiligen Nuntius Gespräche mit den Regierungen über eine einseitige Waffenruhe führen werde.

Außerdem sollten Bischöfe Kontakt zu Guerrilla-Gruppen aufnehmen. Doch wolle die Kirche sich grundsätzlich nicht an Friedensverhandlungen beteiligen, berichtete Navarro.

Am Samstag nachmittag hatte der Papst den Lyoner Arbeiterseelsorger Antoine Chevrier selig gesprochen. Im Geiste Chevriers rief Johannes Paul II. die reichen Länder auf, zum Nächsten ihrer armen Brüdervölker zu werden. Diese hätten nicht um Almosen, sondern um die Beachtung ihrer Probleme, um Gerechtigkeit in den Handelsbeziehungen und Investitionen, um großzügige Solidarität in Notsituationen, um langfristige Hilfe für ihre Entwicklung und vor allem um Achtung vor ihrer Würde auch in der Armut.

Bartoszewski zitiert Weizsäcker

JOACHIM NEANDER, Frankfurt  
Der polnische Historiker und Publizist Wladyslaw Bartoszewski hat den ihm verliehenen Friedenspreis des deutschen Buchhandels sozusagen stellvertretend für sein Volk bekommen. In der Frankfurter Paulskirche nannte er den Preis auch eine „Anerkennung des Weges aller meiner Landsleute, die mit großer Opferbereitschaft, in stillem Widerstand und dabei mit weit größerem Realitätsinn, als man ihn oft den Polen zuschreibt, ihre Stimme zur Verteidigung der ethischen und sozialen Grundwerte erhoben“. Mehrfach zitierte der Preisträger aus der Gedenkrede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985.

In seiner Laudatio für Bartoszewski, der Auschwitz, aber auch die Verfolgung durch das kommunistische Regime der Nachkriegszeit überlebte und gleichwohl seit vielen Jahren unermüdet für die deutsch-polnische Aussöhnung eintritt, sagte der bayerische Kultusminister und

Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Maier, über den Preisträger: „Was diesem Mann seit 1939 widerfahren ist, was er erlebt und überlebt hat, das ist schier unglaublich.“ Im Grunde sei es „wider alle Vernunft, daß ein so Gepeinigter, Verfolgter seinen Widersachern nicht mit Haß und Verachtung

heimzählt, sondern ihnen mit Überlegenheit, Offenheit, Neugier, ja mit Versöhnlichkeit, mit freiem und großmütigem Lachen begegnet.“

Bartoszewski, fügte Maier hinzu, sei ein keineswegs bequemer Mann. Er liebe den Streit und trage ihn aus: „Gängige Meinungen reizen ihn zum Widerspruch. Im Kreis der allzu schwerelosigen Friedensbewegung wirkt er in seinem harten Realismus manchmal wie ein steinerner Gast.“

Für ihn zählt nicht der gute Wille, sondern das Tun des Guten.“

Das Gespräch zwischen Polen und Deutschen sei in den vergangenen Jahrzehnten wiederaufgenommen worden. Auch wenn die deutsche Politik „jener mühtigen Selbstbehauptung von Solidarität und den Opfern des Kriegsrechts einiges schuldig geblieben ist - in der deutschen Bevölkerung und zwar in breiten Kreisen, ist doch etwas in Bewegung geraten. Man spüre, daß in Polen auch unsere Sache - die Sache der Freiheit, der Menschenrechte - verhandelt wurde.“

Der Völkermord der Nationalsozialisten an Juden und Polen, betonte Maier, sei „ein Unrecht, über das nie Gras wachsen wird.“ Aber Männer wie Bartoszewski zeigten mit ihrer Gestalt und ihrem Werk „verschüttete Möglichkeiten eines deutsch-polnischen Gesprächs.“ Ihm gebühre stauender, ungläubiger, bewundernder Respekt: „Man ruft so oft nach Vorbildern. Er ist eins.“

Kleist: „Der zerbrochene Krug“ einfach ins Berlinische Verlag - geht das? In der „Tribüne“ passiert es, ohne daß der Jux angestrichelt wird. Nur die Schauspieler sprechen jetzt sozusagen bequemer. Das Stück wirkt näher, gemächlicher, etwas harmloser. (S. 17)

Tennis: Das deutsche Team gewann das Spiel um den Klassenerhalt der Ersten Division im Davis Cup gegen Ecuador mit 5:0. Eric Jelen siegte gestern gegen Raul Viver mit 6:4, 6:3. Den Schlüsselpunkt setzte Boris Becker mit 7:5, 6:3 gegen Andres Gomez. (S. 16)

Markenpiraten: Auf Mallorca für wenig Geld einen schmeckenden Lederkoffer eines Münchner Nobelherstellers kaufen zu können - wer hätte nicht seine Freude daran. Doch meist handelt es sich nur um Produkte geschickter Fälscher. Flagiate im Wert von mehreren 100 000 Mark hat eine deutsche Detektei zusammen mit der spanischen Polizei kassiert. (S. 18)

Weinkönigin: Die 19 Jahre alte Studentin für Weinbau und Landwirtschaft Helga Drauz (Foto) aus Heilbronn ist zur neuen deutschen Weinkönigin gewählt worden. Im zweiten Wahlgang gewann die forschende Weinberge-

Symposium: Die offene deutsche Frage mit ihrer europäischen Dimension und Komplexität war Dreh- und Angelpunkt der Debatte um nationale Identität, Geschichtsbewußtsein, historisches Eigengefühle. Symposium der Schleyer-Stiftung (S. 17)

Schach: Nach zwei unentschiedenen Partien von Anatoli Karpow gewann Weltmeister Garri Kasparow das 22. Spiel um die Weltmeisterschaft. Er benötigte aus den beiden letzten Partien nur noch einen halben Punkt, um seinen Titel zu verteidigen. (S. 16)

AUS ALLER WELT

rin die Krone. - „Kemper genießen Württemberger“ (S. 18)



Leserbriefe und Personalien Seite 8  
Fernsehen Seite 9  
Pankraz: Recken und Intrigenspiel Seite 17  
Wetter: Im Norden etwas Regen Seite 18

Sie auf den Seiten 18



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Ein Pole zur Vertreibung

Von Joachim Neander

Wenn Deutsche in deutschen Angelegenheiten Ausländer zitieren (sie tun das offenbar mit größerem Eifer als andere Völker), dann verleihen sie ihnen gern den Titel „unverdächtige Zeugen“. Gegenüber einem Mann wie dem polnischen Friedenspreisträger Wladyslaw Bartoszewski wäre dieses „unverdächtig“ eine Beleidigung. Hier ist eine Gestalt, die durch das moralische Gewicht des Erlebten, ihres Erduldens, Redens und Handelns weit über jede vordergründig-innenpolitische Tagesverwertung hinausragt. Um so genauer sollte die deutsche Öffentlichkeit ihn hören.

In drei wichtigen Fragen hat Bartoszewski deutsches Denken und Argumentieren neu anzuregen versucht. Er hat an die fast dreißig Jahre alte Feststellung von Karl Jaspers erinnert, nach der Frieden ohne Freiheit und Freiheit ohne Wahrheit unmöglich sei. Auch ein „durch Angst aller Beteiligten für den Augenblick bestehender Friede“ sei kein wirklicher Friede.

Er hat weiter die eigentlich sehr naheliegende Frage gestellt, ob es nicht eines der wichtigsten Ziele einer „aufrichtig idealistischen“, in den europäischen Organisationen der Friedensbewegung tätigen Jugend sein müßte, dem „düsteren, verbrecherischen Treiben“ der Terroristen entgegenzutreten.

Und er hat schließlich zum Thema Vertreibung Formulierungen gefunden, die scheinbar blockierte Gleise der Verständigung neu öffnen. Die Vertriebenen – Deutsche wie Polen – seien Opfer des vom Dritten Reich verursachten Krieges, sagte er. Die völlige Aussöhnung von Völkern jedoch sei psychologisch und gesellschaftlich viel zu schwierig, als daß man sie allein durch öffentliche Erklärungen und Verträge von Politikern bewerkstelligen könnte. Menschen ihre Heimat zu nehmen sei, hüben wie drüben, „nie eine gute Tat, sondern immer eine böse Tat, selbst wenn man keinen anderen Ausweg aus einer bestimmten historischen und politischen Lage sieht“.

Dies ist eine sehr weise Antwort, Bestätigung und Ergänzung zu den bemerkenswerten Formulierungen, die schon der Bundespräsident in seiner Gedenkrede zu diesem Thema gefunden hatte.

## Haie und kleine Picker

Von Eberhard Nitschke

Achtung: „Privatisierungshaie“ und „Rosinenpicker“ sind unterwegs, und die Mitarbeiter der Deutschen Bundespost haben sich in Köln bei dem, was man gern „machtvoller Demonstration“ nennt, zum Kampf gegen diese gefährlichen Tiere entschlossen.

Nein, es waren nicht die 500 000, die das bundesweite Unternehmen in Betrieb halten. Es waren wenige Tausend, die postwendend das glaubten, was ihnen die Deutsche Postgewerkschaft erzählte. Nach deren Behauptung hat Postminister Christian Schwarz-Schilling vor den angeblichen Empfehlungen einer 1985 eingesetzten „Regierungskommission Fernmeldewesen“ folgende, beste Stücke seines Markenartikelimperiums in die Zähne gutgläubiger privater Interessenten zu schieben.

Nun hat Schwarz-Schilling zwar im April 1986 gesagt: „Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, das Post-, Postbank- oder Fernmeldewesen zu privatisieren.“ Aber an solchen Kleinigkeiten darf man nicht kleben, wenn es gegen „Haie“ und „Picker“ geht. Eine „Kampagne“ steht bevor. Motto: „Rettet die Post, rettet das Fernmeldewesen!“ Schließlich haben wir Wahlkampf, und die Gewerkschaften müssen sich als Anti-Privatisierer profilieren – vornehm die Truppe des alten Postgewerkschafters Ernst Breit, der eben hochnotpeinlich zu einer Privatisierungs-Affäre einvernommen wurde.

Da lohnt es sich schon für den Postminister, an die 500 000 lieben Mitarbeiter ebenso viele Briefe mit nachdrücklichem Dementi zu schicken. Die 400 000 Mark Porto, die das bei der freien Wirtschaft kosten würde, sind gut angelegtes Geld. Ein Sprecher des Postministeriums auf Anfrage der WELT: „Die Postgewerkschaft hat einen Popanz aufgebaut.“

Solche Phänomene können beachtliche Lebensdauer haben. Sie zappeln schon deswegen so anschaulich-schaurig, weil der Minister tatsächlich gesagt hat, Breitbandverkabelung und direktstrahlende Satelliten gehörten nicht zum Kernbereich der Post. Bei dieser Sachlage bedient sich die Postgewerkschaft jetzt in Beantwortung des Ministerbriefes des „Flugblatts“. Vielleicht in Erinnerung daran, daß Deutschlands erste Flugpost, inklusive der Flugmarke, eine private Sache war.

## Wenn Bobby wiederkehrt

Von Leonid Hoerschelmann

Bobby Ewing, der Gut- und Schönlings aus „Dallas“, soll also an seinen alten Platz zurückkehren. Zwar ist er damals vor unsrer aller Augen den Verkehrsheldentod gestorben. Aber dies und alles, was uns „Dallas“ seitdem serviert hat, soll jetzt bloß ein Traum gewesen sein, aus dem wir gefälligst aufzuwachen haben.

Die Gründe für diese unternehmerische Entscheidung aus der Trivialitätenbranche tragen eher Zufallscharakter. Die Leute vor dem Schirm haben's so gewollt, weil ihnen das übriggebliebene männliche Personal vermutlich entweder nicht schön, nicht reich, nicht edel oder nicht nett genug erschien. Und hinterm Schirm hat der bereits ausgestiegene Mime der Kunstfigur Bobby E. angesichts verdoppelter Gage plötzlich auch nichts mehr dagegen.

Aber was läßt sich daraus lernen? Erstens: Die Möglichkeiten des Fernsehens sind erheblich größer, als man dachte. Zweitens: Die Ansicht, der Zuschauer verlange vom Medium Fernsehen, es müsse ganz besonders realitätsstrahrend daherkommen, ist ein Ammenmärchen. Drittens: Das Publikum nimmt Konfektions- und Endlosprodukte wie „Dallas“ oder „Denver“ viel weniger ernst und tragisch als die düstere Schar seiner Kritiker.

Daß es in der Wirklichkeit ganz anders zugeht, das wissen die Leute auch ohne ständige Belehrung. Das gilt sogar für die Mythen der wirklichen Welt. Es gibt einen anderen Bobby namens Fischer. Der war als unumstritten bester Schachspieler der Welt fast eine Legende. Vor zwölf Jahren gab er Titel, Geld und Ruhm preis und tauchte unter. Seitdem geistert seine Rückkehr durch die verschiedensten Gerichte.

Aber niemals könnte Bobby F. so einfach wiederaufstehen wie Bobby E. Er, das geheimnisvolle, geistig unumtätige Genie, müßte dann gegen seine Nachfolger antreten. Er könnte verlieren, den eigenen Mythos zerstören. Enttäuschung oder gar Zorn schlägt ihm entgegen. Bobby E. hat es leichter. Er muß nur die durch seinen zum Traum erklärten Tod ausgebliebene Entscheidung zwischen zwei Frauen nachholen. Er jedenfalls wird es überleben, solange die Gage reicht.



Noch ein Paket, in Moskau überreicht

BENSON/THE ARIZONA REPUBLIC

## Die Ölspur von Genf

Von Hans Baumann

Die Welt schaut gespannt nach Genf. Dort treffen heute die zuständigen Minister der dreizehn Ölförderländer zusammen, die sich vor sechsundzwanzig Jahren zur Interessengemeinschaft der Erdöl-fördernden Länder zusammengeschlossen haben, zur Opec, die zu Unrecht Kartell genannt wird.

Ziel dieser Konferenz ist der Versuch, die am 15. August nach sechswöchigen harten Kämpfen erzielte Übereinkunft zu vertiefen, auch künftig die Förderung von Rohöl gedrosselt zu halten, um die Heftigkeit aus dem Welt-Ölmarkt zu nehmen und die Ölpreise zu stabilisieren.

Die Ölspur von Genf ist bisher eine Fährte der Vernunft. Von einem Tiefpunkt um acht Dollar für Nordseeöl aus dem Feld Brent ist bis heute der Ölpreis je Faß (159 Liter) diszipliniert auf 14 bis 15 Dollar aufgebaut worden. Der Opec ist es gelungen, die Förderung bei rund 17 Millionen Faß pro Tag zu stabilisieren. Da der Ölbedarf der Welt aber steigt, ist es denkbar, daß die Opec zum Winter bis zu 20 Millionen Faß liefern kann, um diesen Bedarf zu decken.

An diesem Punkt kann es in Genf wieder zu Auseinandersetzungen kommen. Geduld war noch nie die Stärke der Mehrzahl der Opec-Länder. Folglich wird die Forderung laut werden, die Förderquote von 16,7 Millionen Faß vom 15. August im Vorgriff auf den anziehenden Ölbedarf zu erhöhen.

Das Argument liegt auf der Hand: Wer an dem zunehmenden Bedarf partizipieren will, der muß beizeiten Marktanteile an sich ziehen. Da die Opec aber nur noch zu gut fünfzig Prozent zur Welt-Ölversorgung beiträgt, werden die nicht zur Opec gehörenden Ölländer solche Bemühungen zu vereiteln suchen. Ergebnis: Die Preise geraten erneut unter Druck.

Doch die Opec sollte aus jüngster Vergangenheit gelernt haben und taktisch behutsam am Markt operieren. Schließlich verkaufte sie schon im ersten Halbjahr 1986 zwanzig Prozent mehr Öl, doch sie erlöste dafür nur ein Drittel weniger, weil die Preise unter dem Druck der Mengen verfielen.

Eine andere Front könnte sich in Genf aufbauen, die die Beibehaltung der bisherigen Förderquote fordert. Sie wird das bessere Argument haben: Selbst auf die Gefahr, daß bei anziehender Nachfrage der Opec-Lieferant relativ zurückgeht, könnte eine gedrosselte Förderung die Verbraucher weltweit bewegen, ihre hohen Bestände abzubauen, die in den Monaten der Tiefpreise für Öl aufgebaut wurden.

Gelänge ein solcher Plan, was bei Preisen für Öl in der Größenordnung von heute durchaus denkbar ist, so begäben sich die Verbraucher ihrer strategischen Reserve, mit der sie nach Abbau der gegenwärtigen Überschüsse am Welt-Ölmarkt Preiserhöhungen parieren könnten.

Welchen Weg die Opec von Genf auch gehen mag, das Resultat wird in jedem Fall weitgehende Einigkeit darüber sein, daß die eingeleitete Stabilisierung des Ölmarktes fortgeführt werden muß.

Nie hat die freie Welt auf ein solches Ergebnis so spektakulär gesetzt wie diesmal. In Washington wurde von den Ölländern des hochverschuldeten Öllandes Mexiko – das nicht zur Opec gehört – ein Kreditpaket von zwölf Milliarden Dollar geschnürt. Wer soviel Geld auf den Schuldenberg von 98 Milliarden legt, muß sicher sein, daß Mexiko sich dieser Bürde mit steigenden und stabil bleibenden Ölpreisen entledigen wird – womit schließlich sonst?

Auch ein anderes Ölland, das nicht Mitglied der Opec ist, signalisiert Kooperationsbereitschaft: Ägypten. Es hat vor Genf verkündet, daß es seinen Ölpreis stabil halten wird – trotz der gegenwärtigen Ölchwemme. Und der Ölmün-



Vom Markt diszipliniert: Opec-Vordenker Scheich Yamani

ster von Saudi-Arabien, der Opec-Vordenker Scheich Yamani, hat sich auf einer geheimen Mission in Oslo lassen müssen, daß Norwegen nur dann eine moderate Ölpolitik betreiben werde, wenn die Opec geschlossenen Kurs auf Stabilisierung des Ölmarktes halte.

Alle diese Beispiele lassen sich bilanzieren zu dem Ergebnis, daß die Macht der Opec gebrochen ist, daß ihr von außen (vom Markt) die Kalkulierbarkeit ihrer Handlungen aufgewungen worden ist. Die Instrumente des Preis- und Mengendiktats, die die Opec sogar als Waffen im Kampf gegen Israel einzusetzen suchte, sind ihr aus der Hand geschlagen worden. In Genf kann sie erneut beweisen, daß sie diese disziplinarische Lektion beherzigt hat.

Natürlich ist die Opec nach wie vor dank ihrer erheblichen Reserven an Öl eine bedeutende Macht im internationalen Öl-Poker. Mit dem entscheidenden Unterschied allerdings, daß nun auch die Ölberechnisse mit Trümpfen am Spieltisch sitzen. Sie haben nicht nur Öl gespart, eigene Quellen gesucht und gefunden, den Weltgasmarkt bis zum Anschlag aufgedreht und die Atomkraft gegen alle kurzfristigen Widerstände entwickelt. Sie sind auch dabei, mit Milliardeninvestitionen die Kohle zu einem sauberen Brennstoff zu machen und sie so ökologisch vom Makel der Menschenfeindlichkeit zu befreien. Das Öl der Opec ist nur noch eine von mehreren Energien.

Noch ein Signal kann von Genf zukunftsweisend ausgehen: besonnenes, das Gesetzen von Angebot und Nachfrage gehorchendes Verhalten. Es wird dazu beitragen, jene Stimmen in unserem Lande zu ersticken, die den einzigen freien Teil unseres Energiemarktes, eben den des Öls, auch noch an die Kette von Steuern und Dirigismen legen möchten. Es sind die Verwaltungswirtschaftler, die nie begreifen werden, daß der Markt ein viel feineres – und auch grausameres – Instrument ist als Eingriffe von Funktionalen, die den Markt durch Ideologien ersetzen möchten. Sie sollten sich bei der Opec umhören. Die kann bestätigen, daß es der Markt war, die Freiheit letztendlich, die ihre Karawane absattelte.

## In der Medienpolitik nur ein „Sowohl-Als-auch“

Hintergründe der Unions-Haltung beim Hamburger Kompromiß / Von Gernot Facius

Lothar Späth, der „Einfädler“ des Medienkompromisses von Hamburg, spricht von einem „wesentlichen Schritt nach vorn“, sieht aber die Ministerpräsidenten „nicht über den Berg“.

Denn gegen das Herzstück im „Rahmenpapier“ – zwei der vier auf den künftigen Fernsehtellern TV-SAT zur Verfügung stehenden Kanäle an die ARD und das ZDF zu vergeben und die anderen beiden Kanäle privaten Veranstaltern zu überlassen – hat Holger Börner wie erwartet seinen Widerstand angemeldet. Kernsatz der hessischen Protokollnotiz: „Die Achtung vor dem Bundesverfassungsgericht sollte es verbieten, seine Entscheidung zu präjudizieren.“

Börner, dessen grüner Koalitionspartner in Wiesbaden privaten Rundfunk radikal ablehnt, sofern er sich nicht „alternativ“ geriert, hofft, daß die Karlsruher Verfassungsrichter seine Blockadepolitik rechtlich untermauern – sprich den ungeliebten Privatrecht mit Pluralitätsverpflichtungen befrachten – werden. Am 4. November will

Karlsruhe den Spruch verkünden. Vorher schaltet Börner weiter auf Verweigerung.

Und doch bahnt sich eine Wende in der sozialdemokratischen Medienpolitik an. Börners SPD-Kollegen, auch Johannes Rau, tragen nämlich die Absicht mit, bundesweit eine „gleichgewichtige Aufteilung“ der Frequenzen vorzunehmen. Denn nur durch eine solche „Gleichgewichtigkeit“ kann der Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern gefördert werden. Ob sich der Hesse nach Karlsruhe und nach der Bundestagswahl dieser „Wende“ anschließt? Sein Parteifreund Glotz hat ihm kürzlich kräftig die Leviten gelesen: „Ohne die CDU kriegt man keine Gebührenhöhung und keine vernünftige Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Systems.“

Denn das Ja der SPD zu dem Hamburger „Rahmen“ ist auch deshalb möglich geworden, weil die Unionsländer eine zusätzliche Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks versprochen ha-

ben. Hinter der Bereitschaftserklärung, die öffentlich-rechtlichen und vor allem die kleineren Anstalten „finanziell abzusichern“, steckt das stillschweigende Einverständnis zu einer Gebührenerhöhung.

Kein Wunder, daß ARD und ZDF den Hamburger „Rahmen“ enthusiastisch begrüßen. Man achte auf die Semantik: Lothar Späth sprach von einer „Gegenleistung“ an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dem eine „Garantie“ für seine Entwicklungschancen gegeben werde. Den Privaten werden allenfalls Chancen für eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen eröffnet. Die bisherigen Monopolisten können ihre Satellitenprogramme unter technisch besseren Voraussetzungen und mit politischer Duldung ausdehnen.

Der Zuschauer, der seit Jahrzehnten auf die ihm versprochene „Verbreiterung“ der Meinungsvielfalt im Äther wartet, hat auf kurze Frist noch nichts von der „Einigung“ im Norden. Er kann nur weiter hoffen. Wenn etwa Staatssekretär Schreckenberger vom Kanzler-

## IM GESPRÄCH Edward J. Perkins

### Er bleibt dabei

Von Fritz Wirth

Am Freitag suchte Jesse Jackson, der demokratische Spezialist für die Nebeneingänge in der Weltpolitik, Edward Perkins in seinem Büro des State Departments auf und beschwor ihn: „Du es nicht!“ Aus dem Kongreß kamen scheinbar mitfühlende Warnungen. „Das ist ein Job für Verlierer, laß die Finger davon!“ In den Wochen zuvor hatten zwei geschätzte Männer den gleichen Job abgelehnt – dennoch blieb die Antwort von Edward Perkins die gleiche: „Ich habe dem Präsidenten ja gesagt, ich bleibe dabei.“

So wird Edward Perkins als Nachfolger von Herman Nickel der nächste Botschafter Washingtons in Pretoria sein, wenn der Senat seine Zustimmung gibt (was allgemein erwartet wird). Das Besondere daran: Edward Perkins wird der erste farbige US-Botschafter in Südafrika sein.

Das ist ein Signal. Edward Perkins ist ein lebendiger und immerwährender amerikanischer Einspruch gegen die Apartheid. Zugleich sollte seine Ernennung das Klima zwischen Kongreß und Administration entspannen und dem Sanktionsveto des Präsidenten mehr Gewicht geben. Diese Kalkulation ging nicht auf.

Perkins hat sich von den Manövern um seine Ernennung nicht beirren lassen. „Ich gehe nach Südafrika, um dort die Politik meiner Regierung zu vertreten. Und ein Bestandteil dieser Politik sind die Sanktionen, die in der letzten Woche im Kongreß Gesetz wurden.“ Der Satz beschreibt die Weichen, die ihm vom Bürgerrechtler Jackson trennen. Er ist kein Ideologe, sondern ein Diplomat. Er glaubt an Lösungen durch Dialog, nicht an Konfrontationen.

Edward Joseph Perkins, 58 Jahre alt, ist ein freundlicher Mann von riesenhaftem Wuchs, dessen diplomatische Konzilianz täuscht. Hinter seinen sanften Umgangsformen verbirgt sich ein harter Kern. In Oregon, wo er aufwuchs, war er ein respektabler



Glaubt an Dialog statt Konfrontation: neuer Südafrika-Botschafter Perkins (rechts, im Gespräch mit Jesse Jackson) FOTO: DPA

Football-Spieler; seine Militärzeit im amerikanischen Marine Corps machte ihn noch widerstandsfähiger.

Nach seiner Dienstzeit in Korea erwarb er an der Universität von Südkalifornien seinen Dokortitel und trat ins State Department ein, das ihn an die Botschaften in Iran, nach Japan, Thailand und Ghana entsandte. Von 1983 bis 1985 leitete er die Westafrika-Abteilung im amerikanischen Außenministerium. Mitte 1985 ging er als Botschafter nach Liberia.

Seine Kollegen bezeichnen ihn als einen der fähigsten US-Diplomaten, ruhig, nervenstark und souverän in Krisensituationen. Er spricht drei Fremdsprachen – Thai, Französisch und Japanisch – und ist ein erstklassiger Administrator. Auf diesem Gebiet hat er promoviert.

Perkins kommt am Wendepunkt der amerikanischen Südafrikapolitik vom „konstruktiven Engagement“ zum harten Sanktionspolitik nach Pretoria. Seine Gesprächspartner in Pretoria sind gut beraten, diesen neuen Mann nicht zu unterschätzen.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Zulbaer Zeitung

Die meißner Zeitung

Damals waren Zeitungen, Funk und Fernsehen voll von Vorverurteilungen. Heute ist die Angelegenheit nur noch einen Einspänner wert, und viele werden überhaupt keine Notiz davon nehmen. Über die Fernsehberichterstattung einer Meldung von genau 20 Zeilen: Das Ermittlungsverfahren der Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen Rainer Barzel wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung wurde eingestellt.

### Badische Zeitung

Das Freiburger Blatt gibt in der Ausgabe vom 2. Oktober:

Daß die Innenminister der SPD-regierten Länder bei der Abschiebepolitik von abgelehnten Asylbewerbern dem Drängen der Union nachgegeben haben, hat eine doppelte Ursache: Zum einen liegt hier tatsächlich ein Problemfeld vor, weil die Zahl derer erheblich ist, die kein Asyl erhalten haben und dennoch in der Bundesrepublik geblieben sind. Zum anderen sieht sich auch die SPD in Wahlkampfzeiten jenem populistischen Stimmungsdruck gegenüber, der zunehmend die Asyldebatte bestimmt. Doch es wäre fatal, wenn Entscheidungen über Menschen und Menschlichkeit von einem solchen Druck diktiert würden.

### BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Die spaltet einen Aufschrei auf dem Arbeitsmarkt:

Was ins Gewicht fällt, ist der kräftige Zuwachs der Beschäftigten, mit anderen Worten: die tatsächlich neu und zusätzlich geschaffenen Arbeits-

plätze. Sie belaufen sich mittlerweile auf über eine Viertelmillion, und sie sind das wahre Signal, daß der Trend auf dem Arbeitsmarkt nach oben weist.

### NEUE OZ ZEITUNG

Die Lüneburger Zeitung kommentiert vom 2. Oktober:

Selten zuvor ist ein Besuch Erich Honeckers in Moskau von so geringem direkten Informationswert gewesen wie diesmal... Nur die üblichen Floskeln von Herzlichkeit und Freundschaft und die Demonstration der Einheit im sozialistischen Geiste durch das gemeinsame Auftreten von DDR-Staatsratsvorsitzenden, vom bundesdeutschen DDP-Chef und vom Berliner SED-Vorsitzenden bei der Einweihung des Thälmann-Denkmal. Was dabei allerdings auffiel, war das besonders intensive Drängen eines sehr selbstbewußten Honecker auf konkrete Ergebnisse beim Gipfel in Reykjavik.

### THE OBSERVER

Die Londoner Zeitung kommentiert vom 2. Oktober:

Vielleicht war es nur Pech, daß gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Partei die einseitige Abrüstung beschloß, Zeichen auftauchten, daß der von den Linken so sehr verspottete multilaterale Weg Ergebnisse zu liefern verspricht. Das Treffen zwischen Präsident Reagan und Gorbatschow in dieser Woche in Reykjavik wird vielleicht noch kein Abkommen über die Abschaffung der Mittelstreckenraketen aus Europa bringen. Aber die Tatsache, daß so ein Abkommen jetzt diskutiert wird, nimmt der moralischen Entrüstung den Wind aus den Labour-Segeln.



## In der Diaspora ein Tempel für die Kunst

Ungewöhnlich ist der Standort: Emden. Ungewöhnlich ist der Initiator und Sammler: Henry Nannens. Ungewöhnlich ist die Idee einer Kindermalschule. So war es nicht verwunderlich, daß zur Eröffnung der Emdener Kunsthalle auch der Bundespräsident zu Gast war.

Von MARIANA HANSTEIN

Es ist der kleinste Museumsneubau der Republik und er liegt weitab im ostfriesischen Emden, doch hat er genügend Wirbel verursacht, um Presse und Kunstinteressenten so neugierig zu machen, daß sie in Scharen zur Eröffnung erschienen.

Die Emdener Kunsthalle ist nicht nur insofern etwas Besonderes, weil sie sich in jener als amüslich geltenden Region, sozusagen in der kulturellen Provinz befindet, sondern vor allem, weil sie sowohl von der Sammlung als auch vom Gebäude her das Produkt eines einzigen bekannten Mannes ist. Henri Nannens hat sie erstanden und ganz nach seinem Gusto realisiert, und sie ist – das muß gleich gesagt werden – keine kleine Nebengabe an die Geburtsstadt, sondern die Schenkung des gesamten Vermögens und Lebenswerks zugleich.

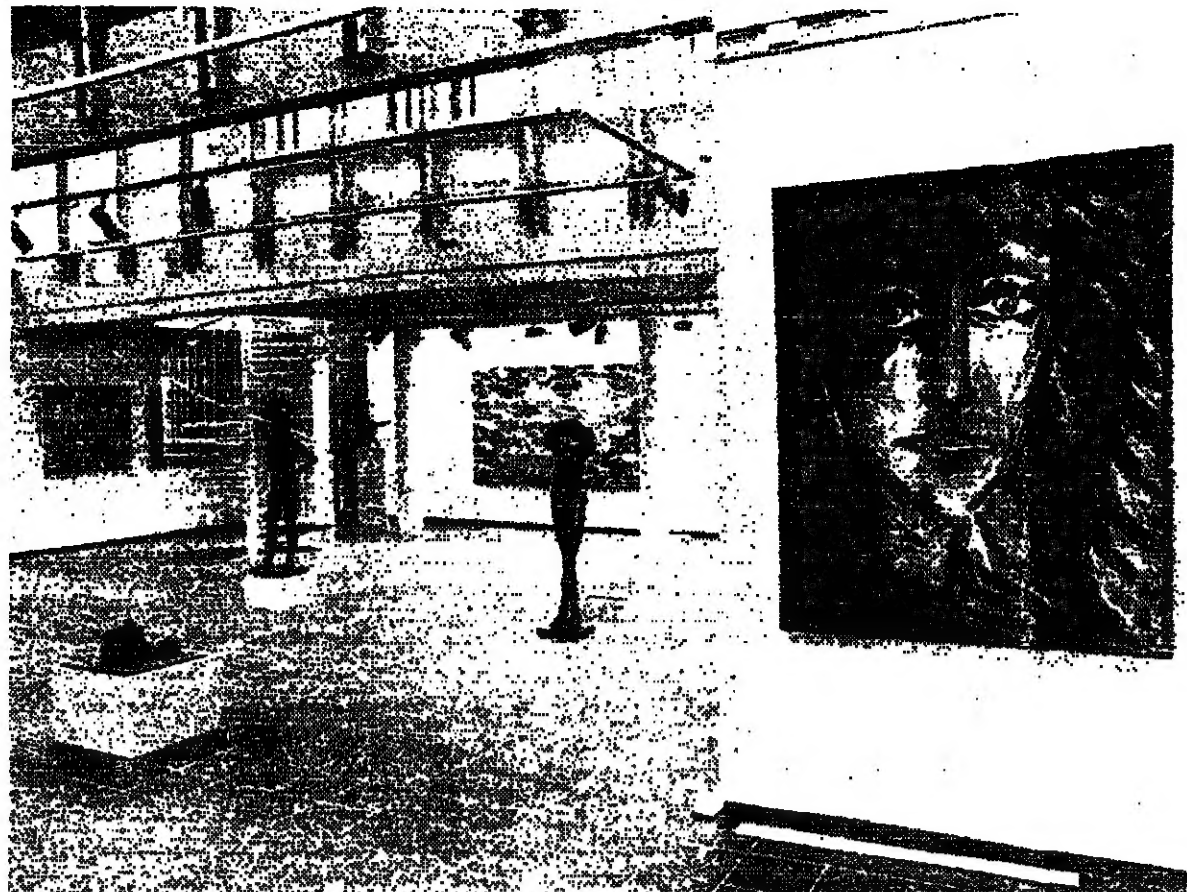
Alles begann mit seinem Abschied vom „Stern“ nach 33 Jahren im Dezember 1983, dem ein kurzes Intermezzo als Kunsthändler folgte. Die Liebe zur Kunst des deutschen Expressionismus hatte der ehemalige Student der Kunstgeschichte schon seit langem. Das erste Bild war ein Geschenk von Gabriele Münter, das war in Murnau in den vierziger Jahren. Als der wirtschaftliche Erfolg es ermöglichte, kaufte Nannens, was ihm gefiel, Gemälde, Zeichnungen, Graphiken und Skulpturen. Die Angelegenheit, nur seinem persönlichen Geschmack und Interesse zu folgen und dokumentarische Zwänge zu mißachten, hat Henri Nannens auch noch in den letzten Jahren beibehalten, als das Museums-Projekt konkrete Gestalt annahm.

Und so liegt sicher auch der größte Reiz der Sammlung in der naiven Frische und der Entdeckerfreude, die den passionierten Stifter und Anstifter auszeichnet. Das eher instinktive als systematisch geplante Entstehen ist aber auch ebenso typisch für das Projekt selbst, und so häufen sich die Geschichten und Hinterbühnen, die Namen mit Pathos und Humor zu erzählen weiß.

### Bettelzüge bei den Künstler-Witwen

Allein die sogenannten Bettelzüge, die er unternahm, als die eigenen Mittel nicht ganz ausreichten, können Bände füllen. Sie fangen an bei Leihgaben von Künstlerwitwen – hier erhielt Nannens zum Beispiel einige bedeutende Skulpturen –, und sie enden bei den Fliesen für Küche und Toiletten, die ihm ein Hersteller stiftete.

Auch das Land Niedersachsen hat sich in die friesische Museums-Euphorie mitreißen lassen: 430 000 Mark flossen aus Mitteln der Wirtschaftsförderung dem Museumsneubau zu und 400 000 Mark aus dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Insgesamt kostete der Bau etwa 6,5 Millionen Mark. Da Nannens Vermögen inzwischen erschöpft ist und andererseits auch Betriebs- und Folgekosten zu bedenken sind, hat er den Kunststab noch nicht aus der Hand gegeben und jüngst auch noch einen Verein zur Förderung der Kunsthalle initiiert. Gedeckt sind die jährlichen Kosten von 400 000 DM zwar bislang



Kunsthalle Emden: Eine erfrischende Begegnung mit der Kunst des 20. Jahrhunderts

FOTO: PETER MEYER/FORUM

noch nicht, doch kann er für die Zukunft mit Zuversicht auch auf Unterstützung von Seiten der Stadt Emden rechnen. Zudem hofft der unermüdlische Mächer, der, wenn es notwendig ist, selbst auf die Leiter klettert, auch auf die Hilfe von vorwiegend jungen Menschen, die unentgeltlich aus Engagement verschiedenste Tätigkeiten verrichten könnten.

Dennoch ist die Entstehung dieses Museums allein aus dem Willen und der Passion eines Amateurs alles andere als unprofessionell. Das Haus steht, die Sammlung hängt, und Bundespräsident Richard von Weizsäcker erwies ihm die Köln kürzlich versagte Ehre. Und der Präsident bezeichnete den Bau als „Ausdruck alten friesischen Gemeinsinnes“. Kunst sei kein Luxus und kein Zeitvertreib, sie drücke vielmehr das Lebens- und Zeitgefühl aus und fordere den Betrachter gerade dann zur Toleranz auf, wenn er ein Werk nicht begreife. Deshalb sei auch, so Weizsäcker, die Verbindung von dem Ausstellungsbau mit einer Kindermalschule „ein glücklicher Gedanke“.

Die Kunsthalle liegt ruhig an einer bewaldeten Kanalbiegung und doch im Herzen der Stadt. Der Architekt Friedrich Spengelin aus Hannover entwarf einen zurückhaltenden und unprätentiösen Klinkerbau aus verschiedenen versetzten Baukörpern, die abschirmend und sich öffnend zugleich, eher an skandinavische oder holländische Vorbilder erinnern. Schon der Eingang ist funktionaler Verteilerpunkt und kein Prachtbau. Von hier aus führt eine Treppe hinauf in die eigentlichen Ausstellungsräume, rechts ist die Cafeteria mit einem Tiffany-Fenster aus Nannens ehemaliger Hamburger Wohnung und links die Museumsverwaltung. Von hier aus überblickt man zugleich auch den Skulpturenhof, in dem eine monumentale Plastik, eine überlebensgroße weibliche Figur von Gerhard Marcks, herausragt.

Neben den Gemälden ist Nannens Skulpturensammlung vor allem deshalb von Interesse, weil hier die von den Museen der Bundesrepublik eher stiefmütterlich behandelte deutsche figurative Skulptur mit hervorragenden Arbeiten von Barlach, Kolbe, Kasper, Marcks, Blumenthal und Stadler sowie dem jüngeren Kölner Peter Grossbach vertreten ist. Im oberen Geschoss klärt sich das etwas enge Bild in eine fließende Raumlandschaft von zwei großen Sälen mit Oberlicht und kleineren Kabinetten. Gehängt wurde hauptsächlich nach optischen Gesichtspunkten, wobei immer wieder Beziehungen zwischen Gemälden, Zeichnungen und Graphiken hergestellt werden.

Den emporgestiegenen Besucher empfangen zunächst zwei Bilder von Max Beckmann, „Quappi im grünen Kleid“ und eine prachtvolle italienische Landschaft aus den dreißiger Jahren. Manch vertrauter Künstler ist

gleich rechts daneben zu sehen, etwa Kokoschka, Otto Mueller und Emil Nolde, während man zur linken Seite hin Nannens umfassendes Kontingent von Bildern aus der Neuen Sachlichkeit erblickt. Die unorthodoxe Gegenüberstellung von Bekanntem und Gesichertem mit weniger Bekanntem ist typisch für Nannens Sammlung – und wenn auch sein Instinkt nicht immer glücklich war, so gibt es doch in der neuen Konstellation auch interessante Entdeckungen, die dieses Vorgehen rechtfertigen.

### Magischer Realismus und Blauer Reiter

Eine davon ist der Maler Hans Ludwig Katz, der 1934 nach Südafrika emigrierte und in Deutschland völlig vergessen wurde. Fünf faszinierende Bilder dieses Künstlers besitzt die neue Kunsthalle. Sie erinnern zum Teil an den magischen Realismus eines Christian Schad, aber ebenso auch an die sinnbildhaften Anspielungen eines Beckmann. Das gewiß tragfähigste Fundament des neuen Museums ist die Sammlung expressionistischer Kunst mit hervorragenden Beispielen der Brücke-Gruppe und des Blauen Reiters sowie kapitalen Bildern der großen Einzelgänger Nolde und Rohlf.

Nannens, das wird beim Rundgang durch die Sammlung deutlich, ist ein Mann der starken Gesten, dem Farben und Gefühle offensichtlich mehr bedeuten als komplizierte kunstthe-

oretische Konzepte. Und so wie er als „Stern“-Mächer intuitiv immer wußte, was seine Leser wollten, so scheint er auch aus dem Bauch zu wissen, was Kunst ist. Daß diese intuitive Sicht auch Gefahren birgt, merkt man spätestens bei den Ankäufen zeitgenössischer Kunst. Diese ist zweifellos die schwächste „Abteilung“ seines Hauses, weil wirkliche Maßstäbe fehlen. Mit einem angeblichen Stipendium unserer Zeit ist dies nicht zu rechtfertigen. So bleiben einzelne „wilde“ Bilder von Salomé oder Middendorf, mit denen man den expressiven Faden hätte weiterspinnen können, ebenso wirkungslos wie die wenigen Arbeiten des Informel oder einzelner norddeutscher Künstler. Und der alte Satz, weniger wäre mehr gewesen, drängt sich einem auf.

Hier gibt es genug Möglichkeiten für den jungen Leiter des Hauses, Thorsten Rodiek, durch Wechselstellungen Nannens Geschenk wirkungsvoll zu ergänzen. Es hängt letztlich auch von seinem Geschick ab, was aus der neuen Kunsthalle werden wird: ein Haus der Begegnung mit Neuer Kunst, ein lebendiges Kunstmuseum also, oder ein Provinzmuseum.

Auf die Frage, ob er Dank verdiene für sein Museum, meint Nannens, keine Opfer gebracht und selber mehr gewonnen als gegeben zu haben. Er werde in Kürze 73 und mitnehmen könne er nichts. Mit einem Haus auf den Bahamas etwa wüßte er zudem weniger anzufangen, als wenn er am Sonnabend über den Emdener Wochenmarkt gehe.



Zur Eröffnung ein Bild des achtjährigen Mal-Schülers Sebastian: Der Bundespräsident bedankt sich, und der „Vater“ der Kunsthalle, Henry Nannens, freut sich

FOTO: PETER MEYER/AP

## Auch die Naturfreunde werden zu einer Landplage

Ausgerechnet die Nationalparks, in denen Pflanze und Tier besonderen Schutz und Ruhe finden sollen, werden von einer Flut von Erholungssuchenden überschwemmt. Gibt es einen gangbaren Weg, sie zu bremsen? Ist die Rückkehr zur „Ur-Natur“ oder die Pflege der „Kultur-Natur“ der richtige Weg?

Von DANKWART GURATZSCH

Der Tourist – und gerade der deutsche – will ein sauberes Land sehen, und dies bedeutet letztendlich auch Erhaltung der Natur. Die beherzte Dame, die dieses Votum auf der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin vorbrachte, konnte kaum ahnen, in wie viele Fettnäpfchen sie damit trat: bei den Naturschützern, bei den Anhängern der „unberührten Natur“, bei den „Abenteuertouristen“.

Sie machen eine immer größer werdende Gemeinde aus – aber darin liegt das Paradox: Nicht nur die Scharen der Naherholer, Reisegesellschaften, Sportler, Jäger und Angler fallen wie Heuschreckenschwärme über die Natur her – auch die Naturfreunde selbst werden zu einer Landplage.

Schlüßel sind die Auswirkungen gerade in jenen Gebieten, in denen Natur und Landschaft – und damit hochempfindliche Biotope und Arten – geschützt werden sollen: Nationalparks, wo der Tourismus erklärtermaßen im Vordergrund steht. Naturschutzgebiete und Nationalparks, wo die Schutzziele Priorität haben.

Unter dem Druck eines rasend voranschreitenden Biotop- und Artensterbens sind diese Schutzgebiete in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet worden – aber finden die Bedrohten und in „roten Listen“ verzeichneten Arten in diesen Refugien wirklich eine Überlebenschance?

Die Natur kann im dichtbesiedelten Europa nun einmal unter keine luftdicht abschließende Käseglocke gesetzt werden: Luftverschmutzung, Abwässer, Verkehrslärm von Luft und Straße dringen in die Schutzzone ein und verfolgen die verängstigten und bedrohten Kreatur bis in ihre Rückzugsschneise.

Zu diesen Umwelteinflüssen kommt der Tourismus, der gerade in den Schutzgebieten Hochkonjunktur hat. Prominentestes Beispiel: der mit 16 Jahren älteste deutsche Nationalpark Bayerischer Wald. Von 200 000 auf 1,2 bis 1,5 Millionen Menschen hier die Besucherzahlen in nur 14 Jahren empor. Den Anliegergemeinden regnet es einen Geldsegen von jährlich 20 bis 25 Millionen Mark in die Kassen. Das Nachsehen hat die Natur.

### Das Auerhuhn ist auch im Naturpark verschwunden

Trittschäden auf Gipfeln und an Ufern, Erosionswunden in der Landschaft, von Beeren und Pilzen geplünderte Waldstücke, Pflanzenschäden durch starke Zunahme des Autoverkehrs sowie durch Lärm, Abgase und Salz gehören zu den Hinterlassenschaften der Naturfreunde, die es magnetisch in das grüne Ellysium zieht.

Schon ist das Auerhuhn in weiten Teilen des Parks verschwunden – man möchte es für böswillige Verleumdung halten, wenn es nicht eben erst, bei einer Fachtagung vor internationalen Publikum, vom Nationalpark selbst bekanntgegeben worden wäre.

Naturschutz und Tourismus – lieben sie sich buchstäblich „zu Tode“? Die Wissenschaftler, die die „Verleumdung“ der beiden unterschiedlichen Branchen eingeständelt hatten, sind alarmiert. Eine Konferenz jagt die andere. 1985, im April, trafen sie sich im Peak-Nationalpark, im Oktober 1985

dann gleich zweimal bei der Föderation der Natur- und Nationalparks Europas und beim Deutschen Fremdenverkehrsverband, im März 1986 auf der Tourismus-Börse und im September ebenfalls zweimal: bei der Internationalen Alpenschutzkommission (CIPRA) in Frankreich und nur eine Woche später im Bayerischen Wald. Die fieberhafte Aktivität ist Symptom einer Ratlosigkeit.

So widersinnig es nämlich klingt: Naturschutz und Fremdenverkehr sind aufeinander angewiesen. Die Landschaft stellt, wie es auf der Tourismus-Börse schnoddrig hieß, nun einmal „das wichtigste Kapital“ einer Tourismusregion dar – wird sie zerstört, bleiben auch die Urlauber weg.

Andererseits aber bringen die neugierigen Touristen das nötige Geld in die Region, mit dem die aufwendigen Schutzprogramme sowie Ausgleichszahlungen an die „Naturnutzer“ finanziert werden können – an jene Bauern und Forstleute, die auf die Bewirtschaftung in den Schutzzonen zugunsten der Nationalparks verzichten. Und vor allem: Nur die Fremden, beileibe nicht die Einheimischen, haben volles Verständnis für die Ziele der Naturschützer und helfen die Nationalparks gegen alle Widerstände „tragen“.

### Die Einheimischen wollen keine „Indianer“ werden

Es kam bei der CIPRA-Tagung hoch oben in den Bergen südlich vom Montblanc heraus. Da trug der Direktor des Geographischen Instituts München, Professor Günther Heinrich, die Ergebnisse einer Meinungsumfrage vor, die er unter den Anliegern des Nationalparks Bayerischer Wald veranstaltet hatte. Ergebnis: Zwei Drittel bis 77 Prozent der Anwohner lehnen den Nationalpark ab. An den Stammtischen kursieren Gerüchte, die Nationalparkverwaltung setze giftige Schlangen aus, um die Einheimischen aus dem Wald zu vertreiben.

Woraus nährt sich diese Aversion? Aus einem ganz anderen Naturverständnis, als es die Nationalpark-Professoren in ihren Schutzgebieten kultivieren. Die Leute vom Land mit ihrem ursprünglichen, durch Überlieferung, harte Arbeit an der Natur und mühsamen Broterwerb geprägten Naturbegriff sehen im Wildwuchs der Reservate nur „unschöne“, unaufgeräumte, von Ungeziefer wimmelnde Natur. Sie fühlen sich verdrängt, ausgeschlossen (in bestimmten Zonen gibt es regelrechte Betretungsverbote) und zu „Indianern“ abgestempelt, die das anreisende städtische Publikum wie eine seltene Tierart begafft.

Nur die Franzosen auf der Alpenkonferenz verzogen bei diesem Vortrag die Miene zu einem ironischen Grinsen. Akzeptanzprobleme? Gewiß, die habe es anfangs auch in der Vanoise, dem ersten Nationalpark Frankreichs, gegeben. Aber der „Fremdkörper“ sei nun angewachsen. Und damit war François Letourneux, der Naturschutzreferent im französischen Umweltministerium, bei seinem ganz anderen „Nationalpark“-Begriff.

Im alten Europa mit seiner ehrwürdigen Geschichte, so argumentierte er spitz, und die ganze französische Naturschützerszene niktete, da sei es „illusorisch“, die „wilde Landschaft“ zurückholen zu wollen. Ein wildes Tier, das lange in Gefangenschaft gelebt habe, finde sich in der Wildnis nicht mehr zurecht. Der Mensch habe seinen Platz in der Natur, so, wie er diese als Kulturlandschaft geformt habe. Das solle auch für Nationalparks gelten. Sie müßten an der Entwicklung der Region teilhaben – sonst könnten sie leicht zu „Dinosauriern des Umweltschutzes“ werden.

Das sagte er in Les Arcs, am Rande des Nationalparks Vanoise, 1800 Meter über dem Meer, und die Natur-

schützer aus halb Europa, die der Einladung der CIPRA gefolgt waren, brauchten nur vor die Türe zu treten, um seine Vision lebhaft vor Augen zu sehen. Riesige Bettenburgen für Touristen, Golfplätze auf der Alm, an deren Umzäunung sich Kuhherden die Nasen rieben, Tennisanlagen und ein wahres Spinnennetz von Seilbahnen bis auf die höchsten Gipfel vermittelten das Zerrbild einer zurechtgerissenen, halbwegs abgewohnten Natur.

Zur Einbebung von Skipisten sind in diesem absonderlichsten von allen Schutzrevieren breite Schneisen in die Bergmassive gesprengt worden, über deren Geröllhalden sich niemals wieder die Vegetationsdecke schließen wird. Was Wunder, daß das scheue Birkhuhn, das in dieser noch vor einer Generation urwüchsigen Landschaft seine angestammte Heimat hat, mehr und mehr verschwindet.

Natur und Kunst, sie scheinen sich zu fliehen – aus dem Ringen um die „echte“, unverfälschte, die „wahre“ Natur wird immer mehr die Konkurrenz unterschiedlicher Bilder von Natur. Welche Natur wollen wir? Die „saubere“ oder die „wilde“, die dienliche oder die störrische? Die Entscheidungsfrage trennte in allen Diskussionen fein säuberlich Romanen und Germanen. Den Franzosen mit ihrem Idealbild der „Naturart“ setzten die Sprecher der deutschsprachigen Länder mit verhaltenem Trotz ihr Traumbild der „Naturart“ entgegen. Den Grundkonflikt zwischen Nutzung und Schutz der Natur lösten sie beide nicht.

Fachleute erwarten, daß sich der Druck auf die Landschaft noch erheblich verstärkt. Der Flächenverbrauch geht unvermindert weiter: 120 Hektar Land fallen trotz öffentlicher Maßhaltappelle Tag für Tag in der Bundesrepublik der Asphalt- und Betonwalze anheim. Und: „Die frei verfügbare Zeit und die Bedeutung der Freizeit werden noch wachsen“, prognostiziert das bayerische Umweltministerium.

### Die Allianz der Nutzer und Schützer zerbricht

Auf der anderen Seite beginnt die Allianz der Naturschützer und „Naturnutzer“ zu zerbrechen – wie die Trennung des Deutschen Naturschützers vom Deutschen Jagdverband, vom Verband Deutscher Sportfischer und vom Deutschen Fischereiverband in diesen Tagen zeigt. Das kann zu einer folgenreichen Schwächung für den Naturschutzgedanken führen.

In Berlin, Les Arcs und zuletzt in Grafenau im Bayerischen Wald wurde demgegenüber das „gemeinsame Interesse“ von Naturschutz und Tourismus beschworen. „Sanfter Tourismus“, das neue Zauberwort für die Ehe von Fremdenverkehr und Naturerhaltung, ist dennoch in den meisten Regionen noch eine Leerformel.

Doch während man im Allgäu und im Schwarzwald quer durch die Wiesentäler Langlaufloipen aus Schneezement baut, atmet mindestens das Ostrachtal, so war auf der Tourismus-Börse zu hören, auf die Karawane ist weitergezogen, der Skizirkus hat sich in die Schweiz, nach Österreich und Frankreich verlagert, die Übernachtungszahlen sanken um 200 000, und die Gäste sind „überaltert“.

Mit ihren Ansprüchen auf Ruhe und Naturbelassenheit wie mit ihren Wünschen nach Wandern und Spaziergehen entsprächen sie, so der Bayreuther Professor Jörg Maier, „weitgehend dem Typus des naturnahen Idealtouristen“, wenngleich „hin-sichtlich der Umwelt- und Naturproblematik weder spezifisches Wissen noch Engagement bei dieser Urlaubsgeneration vorhanden“ sei. Aber allen Ernstes: Sieht so der „sanfte Tourist“ der Zukunft aus?

## Delta fliegt nach über 100 USA-Städten. Von Küste zu Küste.

Von New York bis Texas, von Florida bis Kalifornien fliegen Sie mit Delta durch die USA. Buchen Sie Delta-Flüge nach Atlanta. Oder von Frankfurt nach Dallas/Ft. Worth. In beiden Städten haben Sie bequeme Anschlußflüge nach 100 Städten in ganz USA.

Und auch ab New York und Boston hat Delta regelmäßigen täglichen Service in fast alle

Städte der USA.

Wenden Sie sich an Ihr Reisebüro. Oder rufen Sie Delta direkt an. Die Tel.-Nr. in Frankfurt (069) 256030, in München (089) 1299061, in Stuttgart (0711) 2262191. Delta-Reservierungsbüros sind in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main, Maximiliansplatz 17, 8000 München, Königstraße 1b, 7000 Stuttgart. Flugplanänderungen vorbehalten.

**DELTA.**

The Airline Run By Professionals.®

USA-Flüge auch ab Paris, London und Shannon, Irland.





## Verweigerer, die Waffen tragen, werden überprüft

DW, Bonn

Kriegsdienstverweigerer, von denen bekannt wird, daß sie - etwa als „Aufbauhelfer“ in Nicaragua - Waffen getragen haben, müssen sich nochmals einem Prüfungsausschuß stellen. Wie der Bundesbeauftragte für Zivildienst, Peter Hintze, in einem Interview der „Kölnischen Rundschau“ berichtet, ist es auch möglich, daß den Verweigerern ihre Anerkennung entzogen wird. Die Bundesregierung werde notfalls eine höchststrichliche Entscheidung herbeiführen. Die neuen Prüfungsverfahren müssen nach Darstellung von

## Jahrgang 1936

Schlagzeilen aus einem Jahr, das unser Jahrhundert prägte:

Ganz Deutschland im Olympia-Rausch - Jesse Owens umhüllt - König Eduard VIII. verzichtet zugunsten einer Frau auf den englischen Thron Der Spanische Bürgerkrieg beginnt - Deutsche Truppen marschieren in das entlassene Rheinland ein - „Entartete Kunst“ am Pranger Max Schmeling schlägt Joe Louis - Der erste Volkswagen ist da, und das Auto bekommt Stromlinien - Die Laward wird „sauber“ Fakten, Bilder und Erinnerungen im Jahrgangsband „Chronik 1936“

Wieder Informationen über die Jahrgangsgeschichte der „Welt“: Die 28. Jahrgangsgeschichte ist Ihnen bereits in der Hand. Jetzt kommt die 29. Jahrgangsgeschichte, die die Welt über die Jahre 1936 bis 1986 berichtet.

Hintze im Interesse der Glaubwürdigkeit aller Kriegsdienstverweigerer eingeleitet werden. Sie richteten sich nicht speziell gegen „Aufbauhelfer“ in Nicaragua, sondern betrafen alle Verweigerer, die erkennen ließen, daß sie die Gewaltlosigkeit nicht mehr anerkannten. Die politische Richtung spiele dabei keine Rolle.

Risikol wurden nach Hintzes Angaben drei Verfahren eingeleitet. Sie betrafen anerkannte Kriegsdienstverweigerer, die sich offen dazu bekannt hätten, in Nicaragua als „Aufbauhelfer“ Waffen getragen zu haben.

## Momper will SPD in Berlin führen

D.D. Berlin

Der Fraktionsvorsitzende der Berliner Sozialdemokraten, Walter Momper, ist bereit, neuer Landesvorsitzender der SPD und Nachfolger des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Jürgen Eger zu werden. Momper erklärte seine Bereitschaft, nachdem fünf von zwölf SPD-Kreisgruppen gefordert haben, daß er neuer Parteichef und zugleich auch Spitzenkandidat für die Wahlen 1989 werden soll.

Noch Anfang der Woche nach Egers Rücktrittsankündigung (WELT v. 30.9.) hatte Momper erklärt, daß er für das Amt des Parteichefs nicht zur Verfügung stehe. Inzwischen jedoch mehren sich die Stimmen in der Partei, die dafür plädieren, am 22. November auf dem Parteitag nicht nur den Landesvorsitzenden zu wählen, sondern auch den Spitzenkandidaten zu nominieren. Es wird angenommen, daß die anderen als Eger-Nachfolger genannten Kandidaten wie der ehemalige Bausenator Harry Ristock auf eine Kandidatur verzichten, wenn Momper sich zur Wahl stellt.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 30.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Münchener „Baulöwe“ belastet den verhafteten Ex-Staatssekretär

Schackow weist Vorwürfe zurück / Verdacht der Vorteilsnahme und Bestechlichkeit

DIETER DOSE, Berlin

Berlins Finanzsenator Günter Rexrodt (FDP) wird heute seinen bereits im Juli in den einstweiligen Ruhestand versetzten Staatssekretär Günter Schackow (CDU) auffordern, seine im Auftrag des Senats wahrgenommenen Aufsichtsratsposten niederzulegen. Der 60jährige Schackow ist unter dem Verdacht der Vorteilsnahme, Untreue und Bestechlichkeit verhaftet worden. „Ich gehe davon aus, daß Schackow dieser Aufforderung nachkommt“, sagt Rexrodt.

Schackow, seit 40 Jahren im Staatsdienst und im Ruf eines untadeligen Beamten, war bereits im Sommer wegen seiner privaten Kontakte zu dem Münchener „Baulöwen“ Bernd Bertram (43), einem 1972 in die Bundesrepublik gekommenen ehemaligen Offizier der „DDR“-Volkarmee, ins Ziellicht geraten. Bertram war wegen des dringenden Verdachts verhaftet worden, als „Baubetreuer“ für ein Bauvorhaben (700 Wohnungen) der landeseigenen Bauge-

sellschaft „Stadt und Land“ Provisionen in Millionenhöhe kassiert zu haben. Die Rede ist von Beträgen zwischen sieben und zwölf Millionen Mark, die in den Baukosten enthalten waren. Schackow, damals Aufsichtsratsvorsitzender von „Stadt und Land“, soll davon gewußt haben. Durch ein Geständnis des in Haft befindlichen Bertram ist Schackow, ranghöchster in der Berliner Bau- und Korruptionsaffäre verwickelter Beamter, so belastet worden, daß seine Festnahme erfolgte. Ihm wird vorgeworfen, von Bertram mit Schmuck im Werte von 10 000 Mark und dem Nutzungsrecht für ein gemeinsames Ferienhaus in Österreich (Wert 400 000 Mark) „geschmiert“ worden zu sein. Der ehemalige Staatssekretär hat die privaten Kontakte zu Bertram nicht geleugnet. Für das Ferienhaus will er die Hälfte des Preises, 200 000 Mark, beigekauft haben.

Die Ermittlungsbehörde wirft Schackow außerdem vor, für ein geplantes, aber nicht realisiertes Bau-

vorhaben von Bertram drei Millionen Mark verlangt zu haben. Im Zusammenhang mit der Bertram-Affäre befindet sich u.a. auch der ehemalige „Stadt und Land“-Direktor Adolf Blasek in Haft. Der frühere SPD-Abgeordnete hat gestanden, von Bertram 220 000 Mark kassiert zu haben.

Schackow bestreitet alle Vorwürfe. Seine Verhaftung schlug im Rathaus Schöneberg wie eine Bombe ein, denn bisher war man im Senat, wie Rexrodt als sein früherer Dienstvorsetzter betont, davon ausgegangen, daß ihm disziplinarrechtlich nichts anzuhaften sei. Entsprechende Auskünfte hätte man auch von der Staatsanwaltschaft bekommen. Schackow beteuerte stets, Bertram keine Vorteile verschafft zu haben.

Seine Verabschiedung erfolgte in „allen Ehren“. Die Aufsichtsratsposten sollte er bis Ende des Jahres behalten. Die Versetzung in den Ruhestand erfolgte wegen der privaten Kontakte zu dem Münchener Baunternehmer.

## Es geht „um Nuancen“

Zum Parteitag betonen Kohl und Strauß die Gemeinsamkeiten

lor./DW, Bonn

Am Vorabend zum Mainzer CDU-Bundesparteitag haben Bundeskanzler Helmut Kohl und der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß deutlich gemacht, daß es in der Diskussion um ein gemeinsames Wahlprogramm allenfalls „um Nuancen“ geht. CDU und CSU stimmten in „entscheidenden Grundfragen der Politik voll überein“, versichert Kohl in einem Gespräch mit der Mainzer „Allgemeinen Zeitung“. Diese Einigkeit in den Prinzipien sei ihre Stärke. Klar sei aber auch: „CDU und CSU sind eigenständige Parteien mit eigenem Profil“. Nuancen in Detailfragen seien deshalb normal.

Im „Spiegel“ sagte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, die Unterschiede zur CDU lägen „nicht im Grundsätzlichen, sondern in der Griffigkeit der Formulierungen, in den Konturen und im Profil“. Strauß bestätigte, daß er nach den Landtagswahlen zu weiteren Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl über ein gemeinsames Parteiprogramm der Schwesterparteien zur Verfügung stehe. Die CSU sei nicht nur eine

selbständige Partei mit „bundesweiten Anspruch“, sondern sie habe auch eigene Programmaussagen.

Kohl hatte der „Allgemeinen Zeitung“ versichert, er würde es begrüßen, wenn CDU und CSU, wie in den letzten Bundestagswahlkämpfen, mit einem gemeinsamen Wahlprogramm antreten würden, „denn damit würde der Rahmen der Auseinandersetzung für die Wähler deutlicher abgegrenzt, um die es bei der Richtungsentscheidung am 25. Januar 1987 geht“. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler erklärte, bei der Bundestagswahl 1987 gehe es nicht um eine „Weichenstellung zwischen rechts und links, sondern zwischen vorwärts und rückwärts“.

Die 780 Delegierten des morgigen in Mainz beginnenden zweiten CDU-Bundesparteitages, auf dem auch Strauß sprechen wird, wollen ein „Zukunftsmanifest“ verabschieden. Darin bekennen sich die Union zum technologischen Fortschritt. Ferner soll die erforderliche Satzungsänderung zum Zusammenschluß der CDU-Verbände Rheinland und Westfalen beschlossen werden.

## VdH fordert die Gleichstellung aller Mütter

gü, Stuttgart

Als „geradezu makaber“ empfindet der Verband der Heimkehrer (VdH) den Stufenplan der Bundesregierung zur Einbeziehung älterer „Trümmerfrauen“ in die gesetzliche Regelung über die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der gesetzlichen Rentenversicherung. Stattdessen fordern die 800 Delegierten des VdH-Verbandstages am Wochenende in Fellbach den Gesetzgeber auf, „noch in dieser Legislaturperiode“ für eine Gleichstellung aller Mütter der Kriegsgeneration zu sorgen. Die Mehrkosten sollten von der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden.

Zum Abschluß des Verbandstages wurde der Präsident des Europäischen Parlaments, Straßburgs langjähriger Oberbürgermeister Pierre Pflimlin, mit der „Großen Europäischen Ratte“ des VdH ausgezeichnet. Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) würdigte dabei die Verdienste des Heimkehrerverbands um die europäische Integration.

Unteressen ist für den VdH das Ende der eigenen Existenz als Zentralverband der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen absehbar. Zwar gehören ihm bundesweit noch 240 000 Mitglieder an. Ihr Durchschnittsalter liegt jedoch inzwischen bei 72 Jahren. „Wir sind ein Generationenverband und somit an den Lebenskreis dieser Kriegsteilnehmer gebunden“, hatte VdH-Präsident Werner Kießling festgestellt. Deshalb gehe es, in den nächsten zehn Jahren einen Rechtsnachfolger für das „betriebsliche Vermögen“ des Verbands zu finden.

## Für Volksgruppenrecht in deutschen Ostgebieten

Verteidigungsminister Wörner appelliert an junge Generation / Tagung der Schlesischen Jugend

INGO URBAN, Köln

Wer in Deutschland „ein guter Europäer sein will, der muß zunächst ein guter Deutscher sein“. Dies forderte Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) in seinem Grundsatzreferat zum Thema „Jugend und deutsche Frage“ auf dem deutschlandpolitischen Kongress der Schlesischen Jugend am Wochenende in Köln.

Mit Nachdruck rief er die Jugend dazu auf, sich für die Verwirklichung der Menschenrechte aller Deutschen, für die Herstellung eines Volksgruppenrechtes der noch heute in den deutschen Ostgebieten lebenden Landsleute und „für die Volksauferweckung des ganzen deutschen Volkes“ einzusetzen.

Die Benennung auf Volk und Vaterland entspreche der Natur und dem Bedürfnis des Menschen und sei kein

## Politik für das Leben – Wir brauchen die Kraft zur Weichenstellung

Von BERNHARD VOGEL

Politik für das Leben ist Politik für eine menschenwürdige Zukunft. Sie ist lebensbejahend. Sie lehnt nicht Unvollkommenheit und Bedrängnis, aber sie hat den Mut, immer wieder dagegen anzugehen. Wir haben in unserer Generation viel erreicht.

Aber wir wissen, daß viele drängende Lebensfragen immer noch und immer neu zu lösen sind. Es bleibt eine Anklage, daß es Hunger und Armut gibt in der Welt, Verwundung, Gewalt untereinander und zwischen Staaten. Es gibt unheilbare Krankheiten, Flucht aus dem Leben, Zwang und Unfreiheit aller Art, Egoismus im Umgang mit anderen Menschen und mit den natürlichen Lebensgrundlagen. Hier bleiben große Aufgaben für unsere Gesellschaft, für jeden einzelnen, natürlich auch für die Politik – im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Dies alles lasse ich nicht außer acht, wenn ich sage: Politik für das Leben verlangt in den kommenden Jahren zusätzlich und zentral die Auseinandersetzung mit jenen Grenzbereichen, die das menschliche Leben unmittelbar berühren – vom Lebensbeginn bis zum Lebensende. Wir müssen die Kraft zur Weichenstellung finden: damit die Bedrängnis für Leben und menschliche Würde nicht weiter wächst, sondern damit uns die wissenschaftliche, ethische und gesellschaftliche Bewältigung dieser Grundfragen auf dem Weg in eine menschenwürdige Zukunft weiterbringt.

Es ist ermutigend, mit welcher Eindringlichkeit und ruhigen Sachlichkeit derzeit eine breite Diskussion zur Fortpflanzungsmedizin geführt wird. Im Mittelpunkt stehen medizinisch-naturwissenschaftliche und ethische Probleme. Aber auch von Regierungen und Parlamenten werden Antworten verlangt. Richtig ist, daß in der derzeit sensiblen Grenzregion besonders hohe Anforderungen an Einfühlungsvermögen, gesetzestheoretische Präzision und politische Gesamtschau des Gesetzgebers gestellt werden. Vielleicht wird man auf Anhieb eine allseits zufriedenstellende, allen Verfassungen gerechte Regelung nicht erreichen. Aber dennoch ist es notwendig, auch als Gesetzgeber bald Zeichen zu setzen. Rechtsetzung im parlamentarischen Verfassungsstaat ist immer auch „Norm-

setzung“. Konkretisierung des grundgesetzlichen Wertrahmens – und der Verpflichtung aller Staatsorgane, sich schützend und helfend vor das menschliche Leben zu stellen. Eine „Herstellung“ menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken, eine Vermittlung von „Leihmüttern“ darf es nicht geben!

Der Bundesjustizminister hat den Vorentwurf eines Embryonen-Schutzgesetzes vorgestellt, mit einem Schwerpunkt im Strafrecht; darüber wird zur Zeit beraten. Doch wir müssen darüber hinaus dem staatlichen Schutzauftrag durch eine breite Palette differenzierter

lig zu Recht etwa das Verbot des Klonens (das heißt der gezielten Erzeugung genetisch identischer Menschen) oder der Züchtung von Mischwesen aus Mensch und Tier.

Aber diesseits solcher Alpträume einer Menschenzüchtung darf nicht übersehen werden, daß die Schwerpunkt moderner Gentechnologie immer noch in der Pflanzen- und Tierzucht liegt und daß in eine verantwortungsbewußte Anwendung große Hoffnungen gesetzt werden: im Kampf gegen unheilbare Krankheiten, gegen Welthunger, auch gegen Umweltverschmutzung. Der für Ende 1986 in Aussicht gestellte Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ wird – so hoffe ich – eine wichtige Entscheidungshilfe bringen. Im Anschluß daran wird die rheinland-pfälzische „Kommission Bioethik“ erneut zusammengetreten, um spezifischen Handlungsbedarf auf Länderebene herauszuarbeiten.

Wie ernst wir das Ja zum Leben nehmen, wird sich schließlich daran zeigen, was in Zukunft Staat und Gesellschaft für die ungeborenen Kinder (und ihre Mütter) einzusetzen bereit sind. Es gehört zu den wichtigen Erfahrungen des vergangenen Jahres, daß es gegen manche Widerstände möglich war, eine bundesweite Diskussion über ein lange verschwiegenes Thema wieder zu öffnen. Vor Jahresfrist haben wir mit einem Gesetzesentwurf zum besseren Schutz des ungeborenen Lebens einen Stein ins Wasser geworfen. Er hat Wellen geschlagen, zusammen mit wichtigen Anstößen außerhalb des parlamentarischen Raumes. Eine neue Nachdenklichkeit ist in Gang gekommen, die sich nicht auflösen läßt. Es geht heute neuen Nachdenklichkeit vor allem um Schutz und Hilfe; aber es geht auch darum, den Auftrag des Grundgesetzes nicht auszuhebeln: daß nämlich alle Verfassungsorgane gehalten sind, der Schutz- und Hilfepflicht für alles menschliche Leben gerecht zu werden.

Immer mehr Menschen spüren, daß unsere Generation vor Entscheidungen gestellt ist, die ein geschärftes Bewußtsein für den Wert allen menschlichen Lebens voraussetzen – vom Beginn bis zum Lebensende. Aber der Weg hat gerade erst begonnen. Wir müssen weiter dafür arbeiten, daß er in eine menschenwürdige Zukunft führt.

Maßnahmen gerecht werden. Hier kommt dem Gesundheitsrecht besondere Bedeutung zu.

Ärztliche Standesrichtlinien können Wesentliches leisten. Wo aber Verbote oder zusätzliche Anforderungen an Einrichtung und Personal die ärztliche Berufs- und Forschungsfreiheit einschränken, da werden Gesetze erforderlich, und zwar nach Landesrecht. Diese von Rheinland-Pfalz von Anfang an verfolgte Linie ist durch die Beratungen des 86. Deutschen Juristentages und die jüngsten Beschlüsse der Justizministerkonferenz in Mainz bestätigt worden. Die Landesregierung wird daher in den nächsten Wochen allen Ländern einen Musterentwurf für ein entsprechendes Gesetz zuleiten; dem Föderalismus würde kein guter Dienst erwiesen, wenn in dieser Frage von Land zu Land unterschiedliche Vorschriften gelten sollten. Der Diskussionsentwurf soll Ende Oktober in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe beim Bundesjustizminister mitberaten werden.

Rechtzeitige Grundsatzentscheidungen sind auch im Bereich der Gentechnologie erforderlich. So enthält der Vorentwurf des Bundesvol-

gens für Schlesien“ entwickelt. Der Jugendverband machte auf dem Kongress deutlich, daß er in der Kontinuität einer 80jährigen deutschen Geschichte in Schlesien steht und diese nicht einfach an der Garderobe des Zeitgeistes abgeben will. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung hatte der Bundesminister des Inneren, Friedrich Zimmermann (CSU), übernommen.

Angesichts der deutschlandpolitischen Diskussion der vergangenen Monate erklärte der Bundesvorsitzende der Schlesischen Jugend, Hartmut Koschik, daß Politiker, „für die die deutsche Frage nicht mehr offen ist, besser auch nicht mehr an anderer Stelle von Zukunftschancen der jungen Generation sprechen sollten.“

Vom Präsidenten des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, Detlef Kühn (FDP), wurde auf der Tagung zur Pro-

blematik des Geschichts- und Nationalbewußtseins kritisch angemerkt: „Wer unfähig ist, die eigene Geschichte als Wert zu empfinden, wenn die Geschichte seines eigenen Volkes wie eine Art nationales Vorstrafenregister nahegebracht wird, der hat weder Gestaltung- noch Überzeugungskraft. Er steht seiner eigenen Existenz beziehungslos gegenüber.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

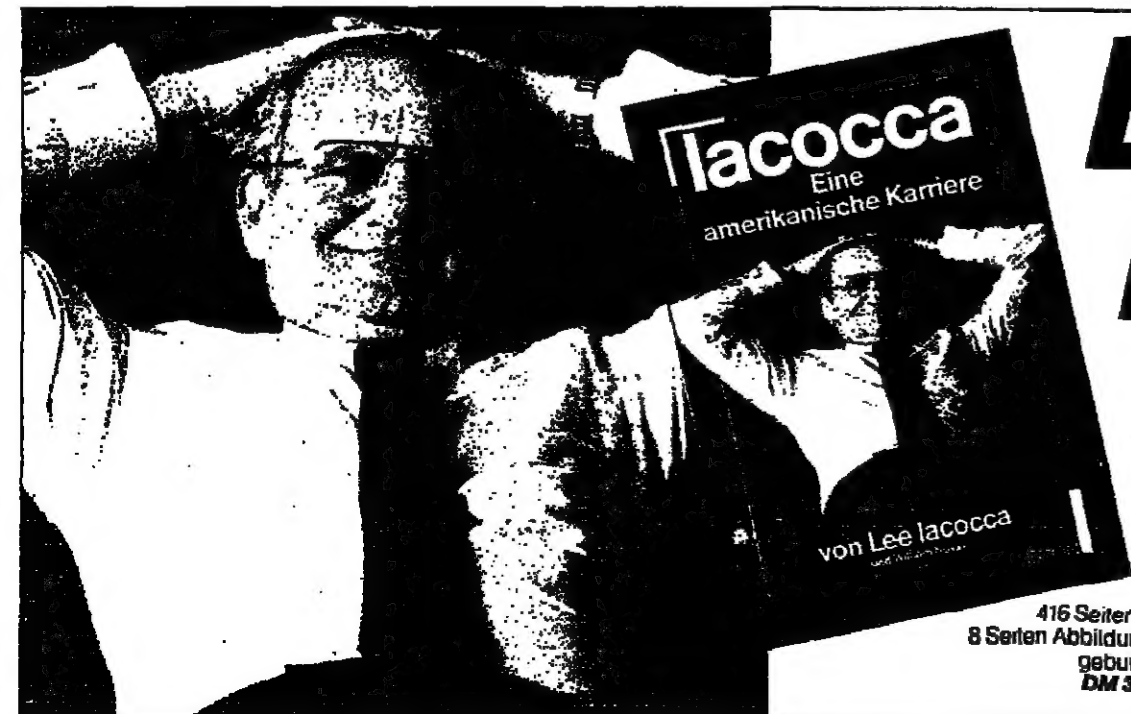
Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlands- und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates.“



## Der Weltbestseller bei ECON

Iacocca (sprich: Ei-ja-kocka), Sohn italienischer Einwanderer, begann seine Karriere auf den untersten Etagen des Ford-Konzerns und arbeitete sich bis zum Vorstandsvorsitzenden empor. 1978 wurde er aus persönlichen Gründen von Henry Ford II gefeuert. Vom Pleitekonzern Chrysler engagiert, sanierte er diesen innerhalb von 4 Jahren. Und als Präsidentschaftskandidat der Demokraten ist er heute der bekannteste Mann der USA.

„Eine lesenswerte, mitreißende, fesselnde Biographie einer außerordentlichen Unternehmer- und Managerpersönlichkeit.“ (manager magazin)

ECON



## Kirchen in der UdSSR „regeneriert“

## Leben braucht Sicherheit.



## China erlaubt Besuch von US-Nuklearschiffen

Sowjetische Bedrohung zwingt Peking zum Umdenken

**JOCHEN HEHN, Hongkong**  
Erstmals seit 37 Jahren stattet die US-Marine einen chinesischen Hafen wieder einen Flottenbesuch ab. Noch in diesem Monat werden vier Schiffe der US-Pazifikflotte in Tsingtao, der Hauptstadt der ehemaligen deutschen Kolonie Kiautschou, einlaufen. Der Freundschaftsbesuch, der schon im Mai letzten Jahres in Shanghai stattfinden sollte, aber wegen eines Disputs über die - möglicherweise nukleare - Bewaffnung des US-Zerstörers von China kurzfristig abgesagt worden war, wird in Washington wie in Peking als großer Schritt zu einer engeren militärischen Zusammenarbeit angesehen.

Die Ankündigung des Besuchs durch den chinesischen Verteidigungsminister Zhang Aiping zeigt, daß Peking seine Vorbehalte zurückgelassen hat. Washington verweist auf die zunehmende militärische Präsenz der Sowjets im pazifischen Raum. Diese verbiete es schon aus Erwägungen der militärischen Sicherheit und Strategie, die Stationierung atomarer Waffen auf Schiffen der US-Flotte zu bestätigen. Diese Argumentation hat die chinesische Führung offenbar überzeugt.

Die Gründe für den Gesinnungswandel liegen auf der Hand. Sie dürften auch bei dem Besuch von US-Verteidigungsminister Casper Weinberger, der morgen in Peking eintrifft, für Gesprächsstoff sorgen. Die Einladung an die US-Marine ist gewissermaßen Pekings Antwort auf die zahlreichen Manöver der sowjetischen Pazifikflotte entlang der gesamten chinesischen Küste. Sowjet-Kriegsschiffe operieren nicht nur von den Marine-Stützpunkten Da Nang und Cam Ranh in Vietnam sowie von Kompong Som in Kambodscha aus, sondern können seit dem 13. August auch den nordkoreanischen Hafen Wonsan (am Japanischen Meer) und - nach Informationen japanischer Mil-

tärkreise - jetzt sogar den nordkoreanischen Hafen Nampo anlaufen, der am Gelben Meer und damit in unmittelbarer Reichweite der chinesischen Ostküste und damit auch der Hafenstadt Tsingtao liegt.

China blickt mit Sorge nicht nur auf die sowjetische Pazifikflotte entlang seiner Küsten, sondern auch nach Korea, das sich immer enger der Sowjetunion zuwendet. Die Öffnung Chinas nach außen, die Teilnahme Chinas an den Asienspielen in Südkorea und die engere militärische Zusammenarbeit mit den USA haben auf der anderen Seite in Nordkorea eine deutliche Verstimmung ausgelöst, die auch vom chinesischen Staatspräsidenten Li Xiannian, der seit Freitag in Nordkorea weilte, nur schwerlich ausgeräumt werden kann.

Ein Teil der Gespräche Weinbergers mit seinem Amtskollegen Zhang wird auch die Lieferung amerikanischer Defensiv-Waffen an die chinesische Volkstreuearmee betreffen. Spekulationen über eine Vereinbarung über den Verkauf hochmoderner amerikanischer Elektronik für 50 P-8-Abfangjäger der chinesischen Luftwaffe - ein Geschäft in Höhe von 550 Millionen US-Dollar, das nur noch vom Koordinations-Ausschuß für die Ost-West-Handelspolitik (Co-com) abgesegnet werden muß. Über die Lieferung amerikanischer U-Boot-Abfang-Torpedos an die chinesische Marine wird derzeit noch verhandelt.

Zu den Themen, die Washington und Peking gegenwärtig trennen, gehören die amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan und das SDI-Projekt von Präsident Reagan, das Peking entschieden ablehnt. Weinberger legt auf seiner China-Reise einen kurzen Abstecher nach Hongkong ein. Anschließend besucht er noch Indien und Pakistan bevor er zur NATO-Tagung nach London fliegt.

## „Zentrum des Terrors ist Teheran“

WELT-Gespräch mit dem iranischen Oppositionsführer Bachtiar / Überlebenszeit des Regimes

**JÜRGEN LIMINSKI, Paris**

Ein Stoßgebet ertönt sich unter den iranischen Revolutionären immer größerer Begeisterung. Gott erhalte uns Khomeini bis zur Wiederkehr des Mahdi, das Wort des Welterbes, denn solange Khomeini lebt, haben die Revolutionäre relativ wenig zu befürchten. In manchen Moscheen sollen, so berichten Exilperser höhnisch, die Mullahs schon einen Schritt weiter sein und beten: „Mahdi, Mahdi komm schneller“. Shapur Bachtiar, Führer und Hoffungsstärker der persischen Opposition, hält nichts von solchen Berichten. Für ihn ist der Ayatollah kein Gegenstand des Scherzes. Er nennt ihn „Monsieur Khomeini“. Seine Einschätzung des Regimes aber läßt an Deutlichkeit nichts übrig. „Es besteht kein Zweifel“, sagt er der WELT in seiner scharf bewachten Residenz im Pariser Vorort Suresnes, „dieses Regime gründet auf Terror. Es ist unfähig zum Dialog. Herr Khomeini glaubt, daß er das Recht hat, der Welt seine Meinung aufzuzwingen. Der schiitische Integritismus, so wie er ihn interpretiert, zeichnet sich durch absolute Intoleranz aus. Toleranz aber ist die erste Tugend des zivilisierten Menschen.“

Bachtiar steht in Kontakt mit Teilen der iranischen Geistlichkeit. „Nicht alle denken wie Herr Khomeini“. Viele warteten auf das Ende des Regimes, das sie nicht für konform mit der Lehre des Propheten hielten. Er sei Laizist, respektiere aber die Religion. Sie gehören in der Privatwelt ausgedehnt, „deshalb bin ich für die Trennung von Kirche und Staat“. Von den rund 150.000 Mullahs habe der überwiegende Teil begriffen, daß dieses Regime seinem Ende zuneige. Die Zeit der Umorientierung habe begonnen. Man sehe auch, daß der „Terrorismus letztendlich für das Land nicht rentabel ist“. Der Westen solle sich auch keinen Illusionen über Wesen und Aktionen dieses Regimes hingeben. Terror habe es zwar schon vor der Revolution in Iran gegeben,

aber, so der mittlerweile in Paris, London und Washington als Alternative zu Khomeini anerkannte Politiker, „nie in dieser religiös motivierten Absolutheit, nie in diesem Ausmaß“. Bachtiar: „Das Zentrum des internationalen Terrorismus heute ist in Teheran“.

Aufgrund der täglich in seinem Lagerzentrum eintreffenden Informationen glaubt der überzeugte Sozialdemokrat, der sein Leben lang gegen die Diktaturen in Persien kämpfte und dafür auch Kerkerjahre in Kauf



Zuvor: Shapur Bachtiar  
FOTO: LOCHONSTUDIO X

nahm, nicht an einen Sieg der iranischen Streitkräfte im Golfkrieg. Die Motivation sei gering, die Ausrüstung der vielfach Zwangsrekrutierten Truppen denkbar schlecht. Es fehlten die Mittel. Das Land sei „kriegsmüde und ausgeblutet“, für einen Verteidigungskrieg hätten sich noch viele Perser mobilisieren lassen, für den geplanten Angriffskrieg nicht mehr.

Der 71jährige Führer des stolzen Bachtiar-Volkes aus dem Zagros-Gebirge ist zu einer Zusammenarbeit mit dem Sohn des verstorbenen Schah, dessen letzter Premierminister er war, bereit und zwar im Sinne einer konstitutionellen Monarchie oder nach dem Vorbild Spaniens oder Großbritanniens. Nach Ansicht unab-

hängiger Beobachter könnten Bachtiar und seine Nationale Widerstandsbewegung (MRND) in wenigen Tagen mehrere hunderttausend Menschen in den großen Städten mobilisieren. Das hat sie in der Tat mit einer passiven Demonstration im vergangenen Jahr bewiesen. Damals gingen in Teheran mehr als eine Million zum vorgegebenen Zeitpunkt auf die Straße „spazieren“. Jetzt sei die Lage noch günstiger, da die Misere die Risikobereitschaft der Menschen erhöhe.

Im Verfassungsbogen des neuen Iran werde Platz sein für alle demokratischen und die Menschenrechte respektierenden Parteien. Weder die prosozialistische Tudeh-Partei noch andere Gruppierungen würden a priori verboten. Den publizistisch im Westen sehr aktiven Volksmudschahidin gibt er keine Chance. „Sie haben mit dem totalitären Regime der Revolutionäre zusammengearbeitet, Herr Radschawi rühmt sich, mit eigenen Händen Regimegegner getötet zu haben. Solche Leute sind nicht glaubwürdig. Vom Regime und den Regimegegnern verworfen, finanziell abhängig von Bagdad - wie sollen sie noch Unterstützung im Volk finden?“

Die Überlebenszeit des gegenwärtigen Regimes würde von drei Faktoren bestimmt. Die „rasante wirtschaftliche Talfahrt, der Krieg mit Irak, die internationale Isolierung“. Der Zusammenbruch der geplanten Offensive gegen Irak werde die Entwicklung beschleunigen, die Schließung von immer mehr Fabriken wegen Ersatzteil- und Rohstoffmangels werde in den nächsten Monaten die Zahl der Arbeitslosen um wenigstens eine Million erhöhen und eine „aggressive Anti-Khomeini-Stimmung erzeugen“. „Außer auf die „Nomenklatura der Revolutionäre“ (Beamte, Mullahs und Revolutionswächter) könne das Regime sich heute nur noch auf aufgebeizte Kinder und Jugendliche sowie auf einen Teil des Basars wirklich verlassen.

## „NATO-Abwehr gegen C-Waffen untauglich“

Führender Experte weist auf gravierende Mängel hin

**C. GRAF BROCKDORFF, Mons**

Die Vorkehrungen der NATO-Streitkräfte zum Schutz vor Angriffen mit chemischen Waffen werden von Professor Aubin Heyndrickx, Chef des toxiologischen Instituts der Universität Gent, als teilweise „total unrealistisch“ bezeichnet. In einem Vortrag im obersten militärischen NATO-Hauptquartier SHAPE sagte der belgische Toxikologe, nahezu alles, was zum Schutz der Truppe vor chemischen Waffen getan werde, sei der Bedrohung nicht gewachsen.

International wird Heyndrickx als führender Experte der westlichen Welt auf dem Gebiet chemischer Waffen angesehen. Er untermauerte seine Äußerungen mit einem Video-Film von der Behandlung iranischer Soldaten an seiner Klinik. Die Soldaten waren nach seinen Angaben von irakischen chemischen Kampfstoffen verletzt worden. Die Bilder waren so, daß ein Teil der Zuschauer die Augen schließen mußte. Für NATO-Offiziere vernichtend war Heyndrickxs Kritik, daß praktisch alle von den NATO-Nationen verwendeten Gasmasken wenig taugten. Für Heyndrickx bieten nur die Gasmasken der israelischen und chinesischen Streitkräfte einigermaßen Schutz. In Peking hielt er Vorlesungen vor chinesischen Militärs. Die indische Regierung berief Heyndrickx nach dem Gasmasken-Attentat in Bhopal. An der Front in Iran untersuchte er chemische Kampfmittel.

Moderne NATO-Sensoren zur Ermittlung chemischer Kampfstoffe beurteilt der Professor mittelmäßig. Sie seien meist untauglich. Im Westen sei vorgesehen, durch Kampfstoffe verletzte Soldaten mit dem Krankenwagen abzutransportieren. Heyndrickx: „Dabei werden sie weiter kontaminiert. Nur der Warschauer Pakt macht es richtig. Er benutzt gasdichte Fahrzeuge.“ Massiv kritisierte Heyndrickx die Absicht von NATO-

Militärs, Nervengas mit Atropin zu mildern. „Was Sie vorhaben, ist sinnlos“, sagte er den Militärs. „Sie müssen wenigstens die vorgesehene Dosis erhöhen.“

Das Universitätsinstitut in Gent hat nach seinen Angaben ermittelt, daß der Irak in der ersten Phase des chemischen Krieges gegen Iran Gasmischungen benutzte, in denen sich „Gelber Regen“, eine biochemische Substanz aus den Stoffwechselprodukten eines Mikroorganismus, befand. Diese Waffe stammte eindeutig aus der Sowjetunion. Der Irak benutzt heute chemische Waffen aus zu 80 Prozent reinem Senfgas, Zyanklid und dem Nervengift Tabun. UNO-Pläne, den Gaskrieg mit dem „Gelben Regen“ zu untersuchen, seien am Veto der Sowjetunion gescheitert. Heyndrickx: „Gelber Regen erkennt man an den schwarz gefärbten Tönen. Drei Tage danach werden die Leichen kreisförmig.“

Österreichische und deutsche Wissenschaftler teilten diese Analysen. In vielen europäischen Ländern, besonders in Schweden und den Niederlanden, würden Wissenschaftler mit Erkenntnissen über den Einsatz chemischer Waffen im Nahostkrieg in den Regierungen unter Druck gesetzt, um zu schweigen. In Schweden sei es Klinik-Schwächen verboten worden, ihre Beobachtungen mit Gaskriegspatienten aus dem Irak zu berichten. Aus Sorge vor politischer Aufmerksamkeit habe man solche Patienten in das abgeschlossene Uppsala verlegt.

Heyndrickx Zuhörer zeigten sich vom Filmvortrag erschüttert. Militärs verwiesen auf das erdrückende Potenzial der Sowjetunion an chemischen Waffen. Es bestand Einigkeit, daß eine begrenzte Vergeltungsfähigkeit mit chemischen Waffen bestehen müsse, um die Anwendung derart grauenregender Mittel verhindern zu können. (SAD)

Eine Information zur Börseneinführung

## Wir gehen an die Börse und bieten 970.000 Stammaktien



Die IVG ist ein breitgefächertes Bundeskonzern mit vielen interessanten Aufgaben:

So gehören uns beispielsweise umfangreiche Liegenschaften und Grundstücke in verschiedensten Lagen und Orten der Bundesrepublik. Wir errichten und vermieten unterschiedliche Objekte bis hin zu großflächigen Industrieparks. Zu uns gehört auch die IABG, eines der drei großen europäischen Raumfahrt-Testzentren und das größte Test- und Analysezentrum Deutschlands. Zur IVG gehört ebenso eine Kavernenanlage mit einem Fassungsvermögen von über 13 Millionen Kubikmetern im Salzstock Etzel bei Wilhelmsheaven. Hier lagert die Bundesrohölreserve, für deren Betriebsführung wir verantwortlich zeichnen.

Die VEBEG, eine der größten Verwertungsgesellschaften in der Bundesrepublik, gehört genauso zur IVG wie beispielsweise auch die Motorenwerk Bremerhaven GmbH. Der IVG-Konzern-Umsatz betrug 1985 DM 560 Mio, mit 4.300 Mitarbeitern. Der Jahresüberschuß erhöhte sich auf DM 13,9 Mio. DM 82 Mio wurden in Sachanlagen investiert.

Die IVG ist erfolgreich in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten und der Erfüllung öffentlicher Aufgaben - und hat gute Perspektiven!

**Das Aktien-Verkaufsangebot**  
Von einem Bankenkonsortium unter der Federführung der Dresdner Bank AG und Mitführung der Berliner Handels- und Frankfurter Bank und der Commerzbank AG werden 970.000 Inhaber-Stammaktien in der Zeit vom 6. bis 8. Oktober 1986 einem breiten Publikum zum Kauf angeboten.

Industrie Verwaltungs-  
gesellschaft AG  
Zanderstraße 5  
5300 Bonn 2

**Industrie  
Verwaltungs  
Gesellschaft AG**



Der Kaufpreis je 50-Mark-Aktie beträgt 165,- DM und ist zusätzlich der üblichen Effektenprovision und der Börsenumsatzsteuer von den Erwerbern am 13. Oktober 1986 zu entrichten. Die Aktien sind für das Geschäftsjahr 1986 voll dividendenberechtigt.

Kaufanträge nehmen folgende Banken während der üblichen Schalterstunden entgegen:

Dresdner Bank AG  
Bank für Handel und Industrie AG  
Berliner Handels- und Frankfurter Bank  
Commerzbank AG  
Berliner Commerzbank AG  
Baden-Württembergische Bank AG  
Badische Kommunale Landesbank - Girozentrale -  
Bank für Gemeinwirtschaft AG  
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG  
Bayerische Landesbank Girozentrale  
Bayerische Vereinsbank AG  
Berliner Bank AG  
Bremer Landesbank Kreditanstalt  
Oldenburg - Girozentrale -  
Delbrück & Co.  
Deutsche Bank AG  
Deutsche Bank Berlin AG  
DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank  
Deutsche Girozentrale  
- Deutsche Kommunale Bank -  
Bankhaus Max Fleiss & Co.  
Hamburgische Landesbank - Girozentrale -  
Georg Heuck & Sohn Bankiers KGAA  
Hessische Landesbank - Girozentrale -  
Bankhaus Hermann Lampe KG  
Landesbank Schleswig-Holstein - Girozentrale -  
Merck, Finck & Co.  
B. Metzler & Co. Sohn & Co.  
Norddeutsche Landesbank - Girozentrale -  
Sal. Oppenheim jr. & Cie.  
Sparkasse der Stadt Berlin West - Girozentrale in Berlin -  
Trinkaus & Burkhart KGAA  
Vraisins- und Westbank AG  
Westdeutsche Landesbank - Girozentrale -  
Württembergische Kommunale Landesbank  
Girozentrale

Der Handel und die amtliche Notierung der IVG-Aktie werden voraussichtlich am 14. Oktober 1986 an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Frankfurt am Main und München aufgenommen.

## Alfonsín plant schon zweite Amtszeit

Vorbereitungen für Verfassungsänderung / Reise nach Moskau und Havanna / Popularitätsverlust

**WERNER THOMAS, Buenos Aires**

Wenn der Präsident die Gretchenfrage hört, lächelt er süffisant und erteilt stets die gleiche diplomatische Antwort: „Ich möchte nicht der Kandidat sein.“ Längst haben Kommentatoren bemerkt, daß er nie kategorisch erklärt: „Ich werde nicht der Kandidat sein.“ Das bedeutet für die Argentinier, daß Raul Alfonsín (59) eine weitere Amtszeit wünscht.

Die Verlängerung der Alfonsín-Ära gehört in diesen milden Frühlingstagen zu den meistdiskutierten Themen in der argentinischen Hauptstadt, obgleich der Führer der linksliberalen „Radikalen Bürgerunion“ (UCR) nicht einmal die Hälfte seiner sechsjährigen Präsidentschaft absolviert hat. Der Kongreß muß aber bald eine Verfassungsänderung beschließen, damit Alfonsín erneut kandidieren kann. Legislative Vorbereitungen laufen schon.

### Keine Alternative

Nicht ganz drei Jahre nach seinem Einzug in den rosafarbenen Präsidentenpalast „Casa Rosada“ (Dezember 1983) spielt Raul Alfonsín bereits eine historische Rolle. Er gilt als einer der charismatischsten, geschicktesten und populärsten Politiker in der Geschichte Argentiniens. Er hat der oft von Turbulenzen geschüttelten Nation eine Periode der Stabilität beschert. Niemand befürchtet heute einen Militärputsch. Der politische Terror existiert nur noch in der Erinnerung, zur Zeit findet wieder ein Menschenrechtsprozeß gegen frühere Mi-

litärs statt. „Es gibt keine Alternative zu Alfonsín“, schreibt die Zeitung „Clarín“, und so sehen das selbst Vertreter der oppositionellen Peronisten. Die UCR braucht im Parlament peronistische Stimmen für eine Verfassungsänderung, weil sie keine Zweidrittelmehrheit besitzt. Sie dürfte die fehlenden Stimmen bekommen.

Seit Perón hat kein anderer Mann die argentinische Politik souveräner dominiert wie dieser schrullige, schnauzbärtige Rechtsanwalt. Er verschafft dem Land auch internationales Profil. In der zweiten Oktoberhälfte besucht Alfonsín als erster argentinischer Präsident die Sowjetunion, den größten Handelspartner Argentiniens. Auf dem Weg nach Moskau erfolgt eine Zwischenlandung in Havanna zu einem Treffen mit Fidel Castro. Die Reise wird Aufsehen erregen.

Aus Regierungskreisen in Buenos Aires verlautet, daß nicht nur wirtschaftliche Aspekte im Mittelpunkt der Gespräche in Havanna und Moskau stehen. Alfonsín wolle auch die Themen Mittelamerika und Chile ansprechen, zwei Krisenherde, die ihn besonders besorgten. Da er auch den Falklandstreit mit England friedlich lösen will, empfahl ihn der Londoner „Economist“ als Friedensnobelpreisträger.

Die internationale Anerkennung konnte freilich nicht den Popularitätsschwund auffangen. Die letzten Meinungsumfragen ergaben, daß nur noch knapp 50 Prozent der Argentinier seine Amtsführung schätzten.

### „1000 Jahre Demokratie“

Alfonsín läßt sich weder von Demoskopen einschleichen noch von den peronistischen Gewerkschaften, die den Kampf gegen seinen Wirtschaftskurs eskalieren und diese Woche einen Generalstreik organisieren wollen. Er gelobt, durchzuhalten und baut auf die vorsichtig eingeleiteten Strukturformen. Er hat die missionarische Vision von einem prosperierenden Argentinien mit demokratischen Verhältnissen - „1000 Jahre Demokratie“, wie er bei seiner Amtsübernahme verkündete.

Selbst der gegenwärtig schärfste peronistische Rivale, Carlos Menem, zweifelt nicht daran, daß der Kongreß eine Verfassungsänderung billigt und Raul Alfonsín den Weg für eine weitere Kandidatur ebnet. Der Gouverneur, mit seinen buschigen grauen Koteletten und seinem schütterlichen Haar die auffallendste Figur der politischen Bühne Argentiniens, sieht sich aber nicht nur als Gegenkandidat, sondern auch als Wahlsieger. „Ich bin der nächste Präsident“, sagt er ganz nach peronistischem Manier.

## Israels letzter „Jecke“ tritt zurück

**EPHRAIM LAHAV, Jerusalem**

Der Mann, der sein Häußchen vor nur vier Knesset-Abgeordneten so geschickt ausnutzte, daß er damit 1984 den größten Beitrag zur Schaffung der „Nationalen Einheitsregierung“ leistete, Religionsminister Josef Burg, langjähriger Landesvorsitzender der National-Religiösen Partei und Israels „Elder Statesman“, gibt jetzt mit 77 Jahren seinen Ministerposten, aber nicht sein Knesset-Mandat auf.

Doch mit Burgs Rücktritt geht eine Ära in der Politik Israels zu Ende. Er war der letzte „Jecke“ (ein aus Deutschland stammender Jude) in der israelischen Regierung. Streng religiös, aber nie fanatisch, jüdisch-national gesinnt, aber nie chauvinistisch, weltlich gebildet (Doktor der Philosophie) wie auch geistlich (Absolvent des Berliner Rabbinerseminars) - im Verlaufe seiner langen Karriere hat Burg Angebote, Oberabbener von Israel oder von Großbritanniern zu werden abgelehnt, weil er die Politik „wichtiger“ fand.

Eine Entscheidungsfindung, die ihm schwerer als andere fiel, ereignete sich vor 34 Jahren, als Ben Gurion die Knesset um Ermächtigung bat, mit der Regierung Adenauer Verhandlungen über Reparationen aufzunehmen. „Die ganze Nacht vor der Abstimmung saß ich vor meinem Bücherschrank zu Hause, blätterte im Talmud. Andererseits war es mir klar,

daß das Geld meine Mutter, die in Theresienstadt umgekommen war, nicht wiederaufstehen lassen könnte; auch nicht die sechs Millionen. Schließlich nahm ich die Schriften von Descartes, um mich seiner Ratio zu bedienen. Am nächsten Tag stimm-

te ich für den Antrag. Ich glaube, das war eine richtige Entscheidung.“



Vernunft und Gefühl: Josef Burg  
FOTO: OPA

Auch zum neuen Deutschland waren Burgs Emotionen stets gepaart mit Vernunft. Am 50. Jahrestag der „Machtergreifung“ sagte Burg: „... es war ein Tag, an dem die Sonne der Aufklärung, der Gleichberechtigung, die zur Zeit Moses Mendels-

sohns aufgeleuchtet hatte, unterging. ... Der Feuerschein von Auschwitz leuchtet, er ist unvergänglich und unerträglich. Aber wir müssen Brücken der Verständigung in die Zukunft bauen. Man muß aus der Vergangenheit lernen, sonst ist man verurteilt sie wieder zu erleben.“

Josef Burgs Abgang wird das politische Gleichgewicht in der Regierung umstoßen. In seiner Anschauung über die besetzten Gebiete war Burg nicht weit von Peres entfernt: Sie gehören uns, aber das heißt nicht, daß wir von unserem Recht Gebrauch machen müssen. Im Laufe der Jahre rückte Burg - anscheinend unter dem Druck seiner Partei - ein wenig davon ab. Er war weiterhin gegen die Annexionierung der Gebiete, trat aber mehr für die Autonomie als Lösung ein. Doch bei kritischen Abstimmungen schlug sich Burg meist auf die Seite der Arbeiterpartei. Dies ermöglichte es Peres, statt der im Koalitionsvertrag versprochenen sechs neuen Siedlungen in den letzten zwei Jahren nur zwei zu errichten.

Unter Burgs Nachfolger Sabatun Hammer wird das anders werden. Er ist schon aus zwei Regierungen ausgetreten weil sie ihn in der Siedlungsfrage zu „genügig“ schienen. Hier ist Konfliktstoff für die Koalition verborgen, die in zehn Tagen zu einem neuen Premier, Yitzhak Shamir, hat. (SAD)



Das Gespräch dauerte 45 Minuten. Als es endete, war aus dem Präsidenten der Fordwerke der schlichte Bürger Lee Iacocca geworden, reich, aber arbeitslos. Henry Ford hatte ihn gefeuert. „Einfach so“, sagt Iacocca, 61 Jahre alt, Sohn italienischer Eltern. Was er in jener düstersten Stunde seines Lebens am 13. Juli 1978 nicht wußte und nicht ahnte: Es war der Beginn zu etwas Großem. Aus dem ehemaligen Auto-Manager wurde ein Bestseller-Autor, wurde eine Legende, wurde „Mr. Success“ und „Mr. America“, ein Mann, den sich Millionen Amerikaner als nächsten Präsidenten wünschen. „In diesem Lande“, sagt Lee Iacocca, „hat jeder Mensch zwei Leben.“ Das Interview führte Fritz Wirth in Detroit.

## „Präsident der USA? Wie soll ich noch nein sagen?“

WELT: Werden Sie der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein?

Iacocca: Nein. WELT: Es gibt heute etwa ein Dutzend Kandidaten, die gern Präsident werden möchten und dennoch im Augenblick „nein“ sagen. Warum soll das „Nein“ Lee Iacoccas glaubwürdiger sein als das dieser zwölf Männer?

Iacocca: Ich habe die Presse nun seit einem Jahr gesagt: Es gibt 15 bis 20 erklärte Kandidaten, die für ihr Leben gern Präsident sein möchten. Ich sage deshalb den Journalisten: Sprech mit diesen Leuten. Denn wenn jemand solch eine große Sehnsucht nach diesem Amt hat, wird er wahrscheinlich einen guten Präsidenten abgeben. Ich habe diese Sehnsucht nicht. Ich habe jetzt jahrelang mit Politikern zu tun gehabt. Es ist eine andere Welt, fast eine Scheinwelt, in der man tief im Inneren bestimmte Gefühle für eine Sache entwickelt und öffentlich oft etwas anderes sagen muß. Ich will nicht sagen, daß es eine Scheinwelt ist, doch es wäre ein Leben, mit dem ich schwer fertig werden würde. Ich weiß inzwischen nicht mehr, auf welche verschiedene Weisen ich noch „nein“ sagen soll. Doch ich habe aufgeführt, daß ich kein Politiker bin, weil es spontan die Reaktion auslöst: „Genau deshalb sind Sie der richtige Mann.“

WELT: Sie haben die Frage nach einer möglichen Präsidentschaft einmal mit der Feststellung beantwortet: „Es gibt für mich keine neuen Gipfel mehr.“ Sind Sie müde geworden?

Iacocca: Nein, nicht in physischem Sinne müde. Vielleicht gefühlsmäßig ein wenig ermüdet. Ich bin nicht mehr 30, als mir ein 16- oder 18-Stündentag nichts ausmache. Ich schone mich etwas mehr, denn ich muß auf meine Gesundheit achten. Ich habe mich vom Lehren zum Präsidenten bei Ford hochgearbeitet. Ich wurde vom Gipfel gestürzt und war für einige Jahre wirklich tief unten. Ich habe acht Jahre lang hart gearbeitet und gekämpft, um aus Chrysler das zu

machen, was es heute ist und zwar mit der Hilfe anderer Leute. So was kann man nicht sehr oft wiederholen, wenn man in den Sechzigern ist. Ich habe deshalb nicht mehr nach neuen Gipfeln Ausschau.

WELT: Das amerikanische Budgetdefizit wird in diesem Jahr wahrscheinlich ein Rekordhoch von 230 Milliarden Dollar erreichen...

Iacocca: Ein Skandal. WELT: Sie selbst haben einmal gefordert, daß die Wirtschaftspolitik dieses Landes in die Hände von 20 Topmanagern aus der Industrie gelegt werden sollte. Warum also nicht in dieser Situation Lee Iacocca als nächster amerikanischer Präsident, der Mann, der einst Chrysler aus tiefen Schulden herausführte und rettete?

Iacocca: Ich bin immer noch der Meinung, daß man etwas für seine Regierung tun soll. Man soll sie nicht nur kritisieren, sondern fragen: Was kann ich tun, die Dinge zu ändern? Man braucht jedoch dazu nicht gleich Präsident zu sein. Ich habe oft gesagt, daß ich bereit bin, in einer oder anderer Form zu dienen. Sehen Sie, als vor einigen Jahren unter Carter das Defizit 45 Milliarden Dollar erreichte, sagte man, dies sei das Ende der Welt. Heute geht es auf 230 Milliarden und der Mann auf der Straße will nichts davon wissen. Es ist nicht sehr populär, dieses Defizit zu kritisieren. Jeder hat heute ein so gutes Leben in den USA und kauft wie verrückt. Wir produzieren nicht viel, doch wir verbrauchen „ne Menge“. Da ist also vieles zu tun. Wir müssen hier wieder ein Gleichgewicht finden und das heißt, wir müssen die Einkünfte des Staates erhöhen, beispielsweise durch Verbrauchsteuern, durch Einfuhrsteuern und ähnlichem. Und wenn man solche Vorschläge macht, provoziert man leicht die Antwort: Wenn Du so feste Überzeugungen hast, ist der beste Weg, sie in die Tat umzusetzen, Präsident zu werden. Glauben Sie mir, ich habe im letzten Jahr viele Monate darüber nachgedacht und darüber mit meiner Mutter und meinen Kindern gesprochen, und die Entscheidung lautet: „nein“.

## „Amerika muß lernen, daß die faulen Zeiten vorbei sind“

WELT: Sie wurden kürzlich mit der Feststellung zitiert: Ich weiß ums Verrecken nicht, was Ronald Reagans Überzeugungen sind. Was sind Ihre Überzeugungen?

Iacocca: Zunächst einmal: Ich glaube, daß ich das so niemals gesagt habe. Was ich oft über diese Administration gesagt habe, und zwar nicht über Ronald Reagan persönlich, denn ich mag ihn, ist: Die „Reaganomics“ sind ein Fehlschlag. Wir kaufen und verbrauchen wie verrückt und laden uns damit Schulden für die nächsten 200 Jahre auf. Ich glaube, das muß sich ändern. Die amerikanische Öffentlichkeit muß wieder zur Vernunft kommen und einsehen, daß die guten Zeiten und das bequeme Leben vorbei sind, daß wieder hart gearbeitet werden muß und wir wieder beginnen, die Schulden zu begleichen, sowohl im Geschäft wie im eigenen Haushalt.

WELT: Bei der Vorbereitung dieses Interviews begegneten mir einige Beschreibungen und Attribute zu Ihrer Person, die oft widersprüchlich waren. Können Sie uns helfen, herauszufinden, wer der wahre Lee Iacocca ist?

Iacocca: Sehen Sie, so ist das mit Ihrem Beruf. Viele Journalisten, die über mich schreiben, haben mich niemals getroffen. Und so picken sie Attribute von beiden Seiten heraus. Und wenn ich deren Berichte über mich dann lese, weiß ich selbst nicht, ob ich nun Dr. Jekyll oder Mr. Hyde bin. Doch es gibt nur einen Lee Iacocca, nicht wahr?

WELT: Können wir dennoch einige dieser Attribute durchgehen? Zum Beispiel: Sie sind habgierig.

Iacocca: Bin ich nicht. In meiner Jugend waren wir Materialisten, die eine Menge Geld machen wollten. Doch nun, da ich den Geldgipfel erklommen habe und wohlhabend bin und nicht weiß, was ich damit machen soll, wünsche ich mir, es weni-

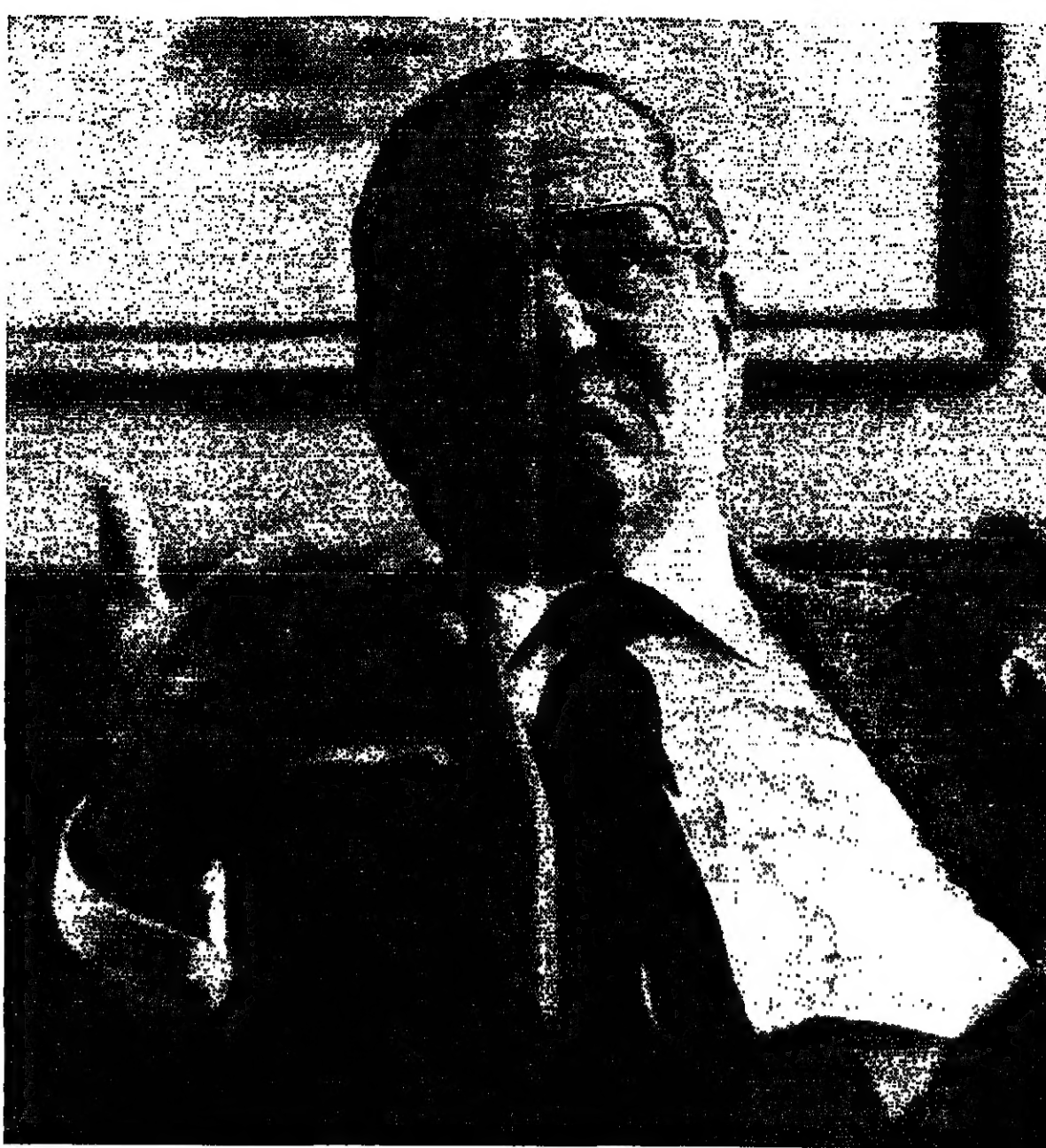
ger eilig gehabt zu haben. Dennoch, ich glaube nicht, daß ich habgierig bin.

WELT: Wir fanden das Wort in Ihrem Buch, und Sie sagten es über sich selbst.

Iacocca: Es gab mal so eine Zeit, wahrscheinlich in der Depression. Ich bin während der Depression groß geworden, als wir nichts hatten. Ich wollte damals reich werden, doch das ist lange vorbei. Heute mache ich mir Sorgen darüber, ob meine philanthropischen Bemühungen an die richtige Adresse gehen.

WELT: Sie sind egozentrisch.

Iacocca: Ich glaube, ohne ein starkes Ego wird man es niemals zu etwas



Bewunderung für deutsche Autos und Manager: Lee Iacocca

## „Ich bin ein verdammt schlechter Verlierer“

bringen im Leben. Ich glaube nicht, daß ich jemals in meinem Leben auf Leute wartete, die mir mein Ego bestätigen. Mein Ego bedurfte niemals der Massage.

WELT: Sie sind ein Genie. Iacocca: Oh nein, nein, nein. Nehmen Sie mich auf die Rolle? Ich bin kein geborenes Genie. Ich habe hart gearbeitet und ich hatte Glück. Ich habe 17 Jahre lang eine gute Erziehung genossen: gute Colleges und gute Professoren. Doch dann ging ich vor Ort und habe gearbeitet. Nein, nicht gearbeitet - geschuftet.

WELT: Sie sind rücksichtslos. Iacocca: Nein, niemals. Ich habe mir gerade in der letzten Woche darüber Gedanken gemacht, denn in diesen Tagen beendete ich mein 40. Jahr in der Auto-Industrie. Ich bin in dieser Industrie an die Spitze von zwei großen Gesellschaften vorgestoßen. Ich habe mich selbst gefragt, kann man wirklich rücksichtslos sein und es dennoch so weit bringen? Man kann es nicht, wenn man über Leichen geht. Denn die Leute werden rebellieren und aufhören zu arbeiten. Wenn ich heute auf meine acht Jahre bei Chrysler zurücksehe: möglich, daß es hier und da Unzufriedenheit gibt, doch insgesamt herrscht hier eine großartige Moral. Und das ist nicht mit Rücksichtslosigkeit zu schaffen.

WELT: Sie sind der ehrlichste Mann in Amerika. Iacocca: Wieder so ein Mythos. Doch wenn Sie Offenheit meinen: Ich spiele niemals mit verdrehten Karten. Manchmal kann man gewisse Dinge nicht öffentlich preisgeben, doch ich kann niemals lügen. Ich bin so von Kind an erzogen worden. Ja, ich kann wohl sagen: Ich habe niemals zum eigenen Vorteil gelogen oder etwas erfinden.

WELT: Und schließlich das letzte dieser Ihnen zugeschriebenen Attribute: Sie sind ein schlechter Verlierer, der sich für nichts entschuldigt. Iacocca: Ja, ich glaube, ich bin ein

verdammt schlechter Verlierer. Wenn man jung ist und verliert, kann man auf zwei verschiedene Arten reagieren: Man kann schmollen und seine Wunden lecken und man kann - und das ist verdammt schwer - zu sich selbst sagen: Moment mal, ich werde von den Toten zurückkommen. Mich kriegten sie nicht unter, ich bin unverwundlich. Wenn ich durch eine solche Phase gehe, bin ich ein schlechter Verlierer. Und ich komme gerne aus Krisen zurück.

WELT: Der 13. Juli 1978, der Tag, an dem Sie von Henry Ford gefeuert wurden, wie sieht er heute in Ihrer Erinnerung aus?

Iacocca: Verblüfft und verschrocken. Es ist alles vorbei. Ich denke nicht mehr darüber nach. Es ist heute nichts mehr als eine Episode in meinem Leben. Es hat keinen Sinn, darüber weitere Energien zu vergeuden oder auch nur darüber nachzudenken. Und ich tu's nicht, ehrlich nicht.

WELT: Sie haben einige ziemlich harte Sachen über Henry Ford gesagt. Sie nannten ihn einen Trinker, einen Despoten und einen Diktator. Tut Ihnen das heute leid?

Iacocca: Kaum. Ich habe dieses Buch geschrieben, meine intimsten Gedanken enthüllt und dargestellt, was ich durchgemacht habe und ich glaube, das hat das Buch so erfolgreich gemacht. Es war offen und ehrlich. Ich bin zu weit gegangen, denn was aus dem Buch gestrichen wurde, war vielleicht dreimal so lang und dreimal so ätzend. Doch was das Buch selbst angeht: Auf die drei bis vier Millionen Exemplare, die verkauft wurden, er hielt ich rund 60 000 Briefe, von denen weltweit höchstens ein Dutzend negativ waren. Ich glaube deshalb, ich würde alles heute noch einmal genau so schreiben. Wieso sollte ich gegen den Erfolg ankämpfen?

WELT: Möchten Sie Henry Ford noch einmal wiederbegegnen?

Iacocca: Ich weiß nicht. Es ist sein Problem. Bei mir ist keine Verbitte mehr. Er hat getan, was er für

richtig hielt. Nach meiner Meinung ist er es bösartig und ich habe das in meinem Buch angedeutet. Ich habe ihn seither einmal wiedergetroffen und er rannte davon und das war das letzte, was ich von ihm gesehen habe. Dieses Kapitel meines Lebens ist geschlossen.

WELT: Sie haben Ihre Entlassung durch Henry Ford „in höchstem Maße unfair“ genannt. Dann gingen Sie zu Chrysler und antworteten dort 33 ihrer 35 Vizepräsidenten. Was ist der Unterschied?

Iacocca: Ein riesengroßer Unterschied. Die Chrysler-Leute lebten unter einem System, das praktisch nichts zustandebrachte. Der Platz war völlig bankrott. Ich weiß bis heute noch nicht, warum sie nicht wirklich bankrott gegangen sind. Und diese 33 Leute - sie wurden übrigens über einen Zeitraum von drei Jahren entlassen - wurden von mir nicht absichtlich gefeuert, sie waren vielmehr ohne ihr Verschulden mit Aufgaben betraut, denen sie nicht gewachsen waren, denn es war Teil der Firmen-Philosophie bei Chrysler, daß alle Talente austauschbar seien. Sie fragen, wie sich dies mit Ford vergleichen läßt? Bei Ford machten wir über eine Milliarde. Wir hatten Erfolg, die Moral war gut. Beide Situationen sind also nicht vergleichbar. Außerdem haben wir in den 33 Fällen nicht versucht, diese Männer und ihre Familien zu zerstören. Wir haben vielmehr ihre Pensionen erhöht. Sie können jeden dieser 33 heute selbst befragen. Ich sehe sie immer noch von Zeit zu Zeit, und wir sprechen miteinander. Sie haben einen schrecklichen Preis zahlen müssen, doch ich bin überzeugt, daß über die Hälfte von ihnen Opfer eines schlechten Systems waren, für das sie nichts konnten.

WELT: Was sind Sie wirklich: ein Ingenieur, ein Manager oder ein Verkäufer?

Iacocca: Ich weiß nicht. Ich hoffe, daß man, wenn ich sterben werde, sagen wird: Er war ein Führer, er war

jemand, der Menschen motivieren konnte. Denn darauf kommt's allen an. Professionelle Manager sind Dutzende, Verkäufer gibt's in diesem Lande millionenfach. Doch um Ihre Frage ernsthaft zu beantworten: Ich mag fabriizierte Produkte, doch nur als etwas, was den Leuten Spaß macht. Und außerdem, wenn einem eine Arbeit wirklich Spaß macht, wird man automatisch erstklassig. Man muß dazu nicht ein Genie sein, wie Sie vermuten.

WELT: Was halten Sie von deutschen Autos und deutschen Managern?

Iacocca: Ich hatte für beide stets größte Bewunderung. Und ich sage das nicht, weil ich mit Ihnen spreche. Ich habe viele Jahre bei Ford in Köln verbracht. Was die Technologie und das Management dieser Technologie angeht, so glaube ich, gibt es nichts Vergleichbares in der Welt - und das seit vielen, vielen Jahren. Es zeigt sich in den Produkten. Volkswagen hatte einige Probleme, doch war sie im Grunde stets eine erstklassige Firma, so erstklassig, daß wir versucht haben, mit ihr zusammenzugehen. Natürlich hatte ich viele Gespräche mit Mercedes und BMW. Es sind zwei Unternehmen, denen die Japaner und wir nachzueifern versuchen. Sie müssen also schon einiges richtig machen. Ob es sich also um Massenproduktionen oder Luxuswagen handelt - deutsche Wagen zählen zu den besten in der Welt. Einige sind vielleicht etwas teurer, doch das gehört hier nicht zur Sache. Sie sind sehr gute Automobile. Nichts als Hochachtung also. Ich selbst habe eine Menge gelernt, als wir die Firma in Europa herausbrachten. Ich handelte damals ziemlich ungeschickt und schickte alle deutschen Manager nach Spanien. In typischer deutscher Manier gingen sie zunächst zur Berlitz-Schule, um Spanisch zu lernen. Ohne sie hätten wir es jedoch niemals schaffen können, innerhalb von 1000 Tagen diese Fabrik und dieses Auto auf die Beine zu stellen. Für mich ist die Sache klar: Wenn du große Dinge planst und ein großes Projekt gut durchgeführt sehen möchtest - hol' dir deutsche Techniker und Manager und du bekommst erstklassige Arbeit.

WELT: Man nennt Sie den „Vater des Ford-Mustang“. Für welches gegenwärtige deutsche Auto würden Sie gern die Vaterschaft beanspruchen?

Iacocca: Oh, da gibt's 'ne Menge schöner Wagen. Ich würde vielleicht etwas wie den neuen Porsche wählen. Doch da ist noch Mercedes und deren Wagen sind ohnehin eine Klasse für sich.

WELT: Haben Sie irgendwelche besonderen Interessen am deutschen Markt? Ich erinnere mich: Im Jahre 1978 hatten Sie eine Idee und einen Traum namens „Global Motors“. Der Plan war, ein Konsortium von Autofirmen aus Europa, Japan und den USA zu bilden, um die Vorherrschaft von „General Motors“ zu brechen. Sie dachten damals an Volkswagen, Mitsubishi und Chrysler. Ist der Traum tot?

Iacocca: Er muß nicht tot sein, doch ich glaube, er ist es wohl. Am Aus-

gangspunkt stand die Erkenntnis, daß die Welt immer kleiner wurde. Man konnte beispielsweise einen deutschen Wagen nicht mehr allein in Deutschland bauen, man ging nach Italien und in andere EG-Länder. Um in dieser Situation stark genug zu sein, drängte sich, wenn nicht gerade eine Fusion so doch ein Zusammenschluß von erheblicher Größenordnung auf, beispielsweise mit VW in Europa, Chrysler in den USA und Nissan in Japan. Als ich jedoch zu Chrysler kam, fand ich Mitsubishi und Peugeot vor. Und das war nicht unbedingt meine Idee von industrieller Kraft und Macht, die ich vor Augen hatte. Und von welcher Kraft sprechen wir hier? Wir Amerikaner hätten den größten Markt der Welt und unser Händlersystem in einen solchen Zusammenschluß eingebracht, die Deutschen die Technologie und die Japaner die kostensparende Basis des Fernen Ostens. Das alles würde sich zu einem phantastischen Unternehmen vereinen. Und dennoch glaube ich nicht, daß es klappen würde, und zwar aus einem Grunde: weil jeder zu nationalistisch ist.

WELT: Sie sind in der Vergangenheit überaus kritisch gegenüber japanischen Auto-Importen in die USA gewesen und haben eine Importsteuer für japanische Autos gefordert. Nur für japanische oder auch für deutsche und französische Autos?

Iacocca: Nun kommen wir in den Bereich des Handels. Ich halte zu diesem Thema viele Reden und ich bin es leid, ein Protektionist genannt zu werden. Mich interessiert zunächst nur, was meine Regierung und nicht was andere tun. Japan und Deutschland handeln, wie jede gute Nation, zunächst in eigenem Interesse. Amerika ist vom Wege abgekommen. Die Hälfte unserer Schulden ist wahrscheinlich in fremden Händen. Ich denke, daß es Zeit ist, zur Vernunft zu kommen und zu sagen: Wir müssen, unabhängig von Wechselkurs-Fluktuationen und dem Auf und Ab der Zinssraten, unsere Handelsbilanz ausgleichen, sonst wird es unfair. Und der Grund, warum ich mich auf die Japaner konzentriere: Sie haben keinen offenen Markt. Sie sind eine geschlossene Gesellschaft. Und so lange das so ist, konzentriere ich mich zunächst auf Japan und erst dann auf Deutschland, Frankreich und Italien.

WELT: Sie haben einmal gesagt: Laßt uns dafür sorgen, daß Amerika wieder etwas bedeutet. Was sollte Amerika bedeuten?

Iacocca: Amerikaner sollten sich wieder an die Arbeit machen. Wir können uns nicht damit begnügen, Papier hin und herzuschieben und eine Dienstleistungsgesellschaft zu werden wie England. Das würde uns zu einer zweitrangigen Nation machen. Wir müssen uns auf Dinge konzentrieren, die Jobs schaffen. Wir brauchen eine industrielle Basis, und nicht eine finanzielle Basis, die fremde Industrien unterstützt. Sehen Sie, die letzte Nation, die gegenüber dem Rest der Welt ein derartiges Handelsübergewicht hatte wie es heute Japan besitzt, war die USA. Und was glauben Sie, wann das war? 1946 und 1947.

## „Ein Skandal - diese Defizite in Handel und Budget“

WELT: Sie haben einst einen Marshallplan für Amerika vorgeschlagen, um die USA in gleicher Weise wieder aufzubauen wie es mit Europa nach dem Zweiten Weltkrieg geschah. Ist der Zustand des Landes so schlimm?

Iacocca: Um einige Industriezweige und um die Landwirtschaft steht es wirklich schlecht. Mit Stahl geht es abwärts. Öl ist in Gefahr, Werkzeugmaschinen sind ohne Markt, die Auto-Industrie ist schweren Attacken ausgesetzt. Man fragt sich, wer ist der Nächste? Ich glaube, Regierung, Industrie und Gewerkschaften müssen sich zusammensetzen. Mir ist das Ergebnis solcher Gespräche klar. Wir müssen versuchen, wettbewerbsfähig zu sein und effektiver zu werden.

WELT: Um zum Schluß auf unsere Anfangsfrage zurückzukommen. Ich akzeptiere Ihre Entscheidung,

nicht für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Iacocca: Man merkt, daß Sie in Washington leben. Ihr kommt dort immer wieder auf diese eine Frage zurück.

WELT: Gut. Sie wollen es nicht werden. Was aber wäre, wenn Sie hier und heute amerikanischer Präsident wären. Was wäre Ihre erste Aktion und Ihre erste Entscheidung?

Iacocca: Meine erste Aktion würde sehr hart sein. Ich würde mich des Doppel-Skandals unserer Zeit, des Budgets und des Handelsdefizits, annehmen. Ich würde sie zu einem überparteilichen, nationalen Problem erklären und es würde wieder sein wie im Zweiten Weltkrieg: Wir müßten alle unsere Differenzen begraben. Und da ich aus der Industrie komme, würde ich einen Fünfjahresplan vorgelegen und sagen: Wir fangen morgen damit an.

Zugleich jedoch muß ich betonen, daß es bei allen diesen Entscheidungen noch etwas Wichtiges gibt: Ich glaube an die Vorzüge des ununterbrochenen Dialogs. Ich weiß, daß es kaum zu verwirklichen ist, doch mein Stil würde es sein, mindestens vier Gipfeltreffen pro Jahr zu haben, denn die Auseinandersetzung mit der nuklearen Bedrohung in dieser Welt muß absolute Priorität haben. Und man kann solche Dinge nicht lösen, indem man sagt: „Wir sprechen nicht mit diesen Leuten, sie sind böse.“

WELT: Ich fürchte, Sie werden noch beträchtliche Schwierigkeiten haben, bei ihrem „Nein“ zur Präsidentschaft zu bleiben.

Iacocca: Nein, werde ich nicht. Ich werde lediglich ernste Schwierigkeiten haben, unter den 15, die sich im Augenblick bewerben, den richtigen herauszufinden. Ich denke, ich werde ihnen die gleichen Fragen stellen, die Sie mir heute stellen, um zu sehen, wo sie stehen und ob sie die richtigen Prioritäten setzen. Am Ende wird der Bursche meine Stimme bekommen, der den klarsten Kopf hat.

WELT: Schönen Dank, Mr. Iacocca.

Iacocca: O. K.

## Eine nationale Figur, eine Institution

Das zweite Leben des Lee Iacocca begann beim Ford-Konkurrenten Chrysler. Er verdiente sich dort zu einem Jahresgehalt von einem Dollar, um den praktisch bankrotten Konzern aus der Krise zu führen. Iacocca machte 1979 bei den Banken über eine Milliarde Dollar locker. 1983 erzielte Chrysler zum ersten Mal wieder einen Profit von 925 Millionen Dollar. Am 13. Juli 1983, genau fünf Jahre nach dem Tag, an dem er von Henry Ford gefeuert worden war, zahlte Iacocca vorzeitig die Bankschulden zurück.

Es war seine triumphale Stunde seit seiner Demütigung durch Henry Ford. Seither nennt man ihn den „Mann mit dem goldenen Arm“. Was immer er anfaßte, verwandelte der unwiderstehliche Iacocca in Erfolge. Im gleichen Jahr beauftragte man ihn mit der Restaurierung der Freiheitsstatue. Iacocca machte dazu eine Viertel-Milliarde Dollar an Spenden locker. Seither ist er mehr als nur ein Auto-Manager. Er wurde zu

einer nationalen Figur, zu einer Institution. Er erhält täglich bis zu 500 Briefe von amerikanischen Bürgern. Der für ihn erstaunlichste Erfolg ist seine Autobiographie. Sie wurde zum meistgelesenen amerikanischen Buch der Nachkriegszeit. „Ich habe niemals geglaubt, daß es in Amerika ein großes Buch werden würde“, sagte er in einer Plauderei vor Beginn dieses Interviews. In Detroit und in New York vielleicht. Dann aber wurde es nicht nur in allen 50 amerikanischen Staaten ein Hit, sondern weltweit. Können Sie mir sagen, wo der Appeal dieses Buches für Menschen in Pakistan und Israel liegt“, fragt er. „Ich weiß bis heute keine Antwort.“ Die Tatsache, daß auch das chinesische Staatsoberhaupt sein Buch gelesen hat, hält er für „das Letzte an Ironie“.

„Das Buch war für ihn eine Katharsis“, sagt seine Tochter Kathy. „Es befreite ihn vom Druck, den seine Demütigung durch Ford hinterließ.“ Die Einkünfte der nahezu vier Mil-

lionen verkauften Exemplare fließen der Diabetes-Forschung zu. Iacoccas Frau Mary starb 1983 an Diabetes. Sein Arbeitszimmer im „Highland Park“ von Detroit ist eine Mischung aus Büro und Privatmuseum. Der Blick des Besuchers fällt als erstes auf eine Bronzebüste Iacoccas. An den Wänden Fotos, Karikaturen, Gemälde, Urkunden. Das größte Bild im Raum: ein Gemälde der Freiheitsstatue. Ein gutes Dutzend Bilder steht noch unausgepackt in einer Ecke des Arbeitszimmers, das modern ist, aber lange nicht so pompös wie sein Arbeitspalast bei Ford.

Er begrüßt den Besucher, den er zuvor noch niemals sah, mit dem Vornamen, zündet eine Montecarlo-Zigarre an und bläst graue, stöhlische Ballons in den Raum. Seine Stimme ist laut, fest und schnell. Er beginnt Sätze, von denen er nicht weiß, wie sie enden werden. Manche finden in der Tat kein Ende. Es ist das erste Interview, das er einer europäischen Zeitung gab. wh.



Bis zu 500 Briefe täglich: Das Arbeitszimmer von Lee Iacocca - hier im Gespräch mit WELT-Korrespondent Fritz Wirth (l.) - gleicht einer Mischung aus Privatmuseum und Büro

FOTOS: BOB TRINGALI







UNEN • HEUTE BESTELLEN • MORGEN GEWINNEN • HEUTE BESTELLEN • MOR.



## Vom DGB sechs „Prüfsteine“ zur Bundestagswahl

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat es gestern als sein Recht bezeichnet, auch im Wahlkampf Kritik an der Regierungspolitik zu üben. Es wurden Einzelheiten über die „Wahlprüfsteine“ bekannt, die der DGB am Mittwoch vorlegen will und in dem seine Forderungen an die Parteien formuliert sind, die zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 antreten.

Die „Bild“-Zeitung berichtete vorab, daß der DGB insgesamt sechs „Prüfsteine“ vorlegen wolle. In dem von der Zeitung verbreiteten Text heißt es in einem Vorwort: „Der Sozialabbau, die Beschneidung der Arbeitnehmerrechte, die Umverteilung zugunsten der Reichen, die Aushöhlung des Streikrechts – mit all diesen Maßnahmen hat die konservativ-liberale Bundesregierung den Sozialstaat nachhaltig geöffnet.“ Geblieben sei aber die Massenarbeitslosigkeit. Es gebe eine immer stärkere Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, oben und unten. In den Prüfsteinen des DGB werden massive Initiativen zum Abbau der Arbeitslosigkeit unter anderem durch ein mit 50 Milliarden Mark ausgestattetes Investitionsprogramm gefordert. Dafür soll auf die zweite Stufe der Steuerreform verzichtet und eine Ergänzungsabgabe von Besserverdienenden erhoben werden.

## Auschwitz-Film lag in Moskauer Archiv

AP, Starnberg  
Zeitgenössisches Filmmaterial über die Befreiung von Auschwitz soll im Ersten Deutschen Fernsehen am 16. November ausgestrahlt werden. Das bislang als verschollen gemeldete Material wurde nach Angaben von ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf erst vor kurzem in einem Moskauer Archiv wiederentdeckt. Schwarzkopf gab in Starnberg einen Überblick über die Planungen des ersten Deutschen Fernsehens in den nächsten Monaten. Als Sondersendungen zur Bundestagswahl gibt es unter anderem eine Diskussionsrunde mit den Generalsekretären der Parteien, eine Sendung mit den Parteivorsitzenden und drei Hearings über Außenpolitik sowie Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

## „Schlüssler muß Karten aufdecken“

Schneider signalisiert Hilfe / Bangemann sagt Mietern Unterstützung beim Kauf der Wohnungen zu

dpa, Hamburg  
In der Auseinandersetzung um den Verkauf des Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat konzentriert sich das Interesse jetzt immer mehr auf die Offenlegung der beiden Kaufverträge zwischen der Gewerkschaftsholding BGAG und dem Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser.

Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) verlangte gestern, wenn er voraussichtlich in den nächsten Tagen mit Schiesser zusammentreffen müsse, die Karten auf den Tisch legen, die Bücher öffnen und die Konzernbilanz vorlegen. DGB-Chef Ernst Breit hatte am Freitag betont, die vertraglichen Abmachungen würden erst offengelegt, wenn die Gespräche mit den Gläubigerbanken abgeschlossen seien. Der an den Brotfabrikanten für den symbolischen Preis von einer Mark verkaufte Konzern ist mit 17 Milliarden Mark verschuldet.

### „Keine Steuergelder“

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) unterstrich die Bereitschaft der Bundesregierung, die Mieter der Neue Heimat beim Kauf ihrer bisherigen Mietwohnungen finanziell zu unterstützen. Auf einer Parteiveranstaltung im niederbayerischen Vilshofen sagte Bangemann:

## „Israel hat bis zu 200 Atomwaffen“

dpa, London  
Israel ist nach einem Bericht der Londoner „Sunday Times“ zur sechsten größten Atommacht aufgestiegen und verfügt angeblich über ein Arsenal von bis zu 200 Atomwaffen. Der Bericht stützt sich auf Aussagen des 31-jährigen israelischen Atomtechnikers Mordechai Vanunu, der zehn Jahre lang in Israels Atomfabrik Dimona 2 gearbeitet hat.

Das Blatt ließ die Aussagen Vanunu und rund 60 Fotos, die der Israeli heimlich in dem unterirdischen Werk in der Negev-Wüste aufgenommen hatte, von führenden Atomwissenschaftlern angeblich überprüfen. Die Zeitung kommt zu dem Schluß, daß Israel seit 20 Jahren Atomsprenköpfe produziere. Das Plutonium stamme aus dem israelischen Atomforschungszentrum Dimona.

mann am Samstag nach Angaben der bayerischen FDP, die Bundesregierung werde den Mietern helfen, Eigentümer ihrer Wohnungen zu werden. Sie sei aber nicht bereit, für den DGB oder Herrn Schiesser Steuergelder einzusetzen, damit diese dann die Wohnungen zur Finanzierung des angeschlagenen Konzerns an Dritte veräußern.

Bauminister Schneider sagte in einem Interview des in Köln erscheinenden „Express“, der neue Eigentümer müsse einen schlüssigen Plan vorlegen, um den Konkurs abzuwenden. Der Minister nannte folgende Hauptforderungen der Bundesregierung: „Herr Schiesser muß erst seine Banken vom Konzept überzeugen, dann die Bundesländer, die für etwa sechs Milliarden Mark Kredite eine Bürgschaft übernommen haben. Wenn er das geschafft hat, ist auch die Bundesregierung zur Rettung der Gesellschaft bereit. Denn schließlich hat der Bund für 50 Prozent der Kredite gegenüber den Ländern eine Rückbürgschaft übernommen.“ Schneider machte deutlich, daß die Bundesregierung „keinen Pfennig Bargeld“ zuschießen werde. Aber „wir werden dann über eine Verlängerung der Bürgschaften verhandeln“, Schiesser solle „seine Chance haben“.

DGB-Chef Breit warf der Bundes-

regierung am Samstag wieder vor, auf einen Konkurs der Neue Heimat hingearbeitet zu haben.

Bei einer Veranstaltung der Postgewerkschaft in Köln hielt er der Bundesregierung und den Koalitionspartnern vor, ständig „Querfeuer geschossen“ und auf dem Rücken der Neue Heimat und ihrer Mieter Wahlkampf betrieben zu haben.

### Breit spricht von Tribunal

„Die Neue Heimat sollte in den Konkurs gerettet werden“, sagte Breit. Die Koalitionsvertreter hätten geplant, über Monate hinweg die Neue Heimat und die Gewerkschaften vor ihr Tribunal zu zerren und öffentlich vorzuführen.

Nach Ansicht von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat sich der DGB durch die Neue-Heimat-Affäre moralisch selber erledigt. Im Südwestfunk sagte er gestern, dies gelte vor allem für den Anspruch, ein soziales Gewissen zu sein. Daß die Verantwortlichen für die Neue Heimat auch an der Spitze der Einzelgewerkschaften stehen, bezeichnete Geißler als den größten sozialpolitischen Skandal der Nachkriegszeit. „Diese Leute können weder mit Geld noch mit Menschen umgehen. Das ist das eigentliche Desaster des DGB.“

## „Wer nicht wählt, wird gequält“

AP, Berlin  
Ein Gericht in Gera hat nach Angaben Westberliner Kirchenkreise einen Elektriker aus Jena wegen „öffentlicher Herabwürdigung der staatlichen Ordnung“ zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt.

Dem 23-jährigen Andreas Richter sei vorgeworfen worden, in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni dieses Jahres, zwei Tage vor der „DDR“-Volkskammerwahl, auf die Fassade eines viergeschossigen Hauses in der Jenaer Innenstadt mit Farbe den Spruch „Wer die Wahl hat, hat die Qual, wer nicht wählt, wird gequält“ gepinselt zu haben, hieß es aus Kirchenkreisen. Insgesamt wurden im Zusammenhang mit der Aktion des Elektrikers rund 20 Personen vom Staatssicherheitsdienst in Jena kurzfristig festgenommen.

## „Grüne“ Frauen gegen 218-Klage

dpa, Köln  
Die von der Feministin und Herausgeberin der Zeitschrift „Emma“, Alice Schwarzer, zum Prüfstein für die Bundestagswahl erhobene Forderung, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Abtreibungsparagrafen 218 zu klagen, wird von den Frauen der Partei der Grünen abgelehnt.

In der Stellungnahme der Grünen Frauen heißt es: „Der Gang zum Bundesverfassungsgericht könnte zu diesem Zeitpunkt nur mit einer Niederlage enden. Dieser Gang würde implizieren, daß wir die Rechtsprechung des Gerichts auch als oberste Instanz anerkennen.“ Auf einem internationalen Kongreß „Frauen und Ökologie“ erklärten Vertreter der Grünen, für eine solche Klage müsse ein „breiter Konsens“ hergestellt werden.

## Labour liegt drei Punkte vor Konservativen

AP, London

Die britische Labour-Partei liegt nach einer neuen Meinungsumfrage in der Gunst der Wähler weiter vorn. Ihr Abstand zur regierenden Konservativen Partei beträgt in dem vom Harris-Institut am Donnerstag und Freitag vorgenommenen und von der Wochenzeitung „Observer“ veröffentlichten Ergebnis einer Umfrage unter 1025 Erwachsenen drei Prozent. 41 Prozent der Befragten gaben der sozialistischen Labour-Partei, 38 Prozent den Konservativen und 20 Prozent dem Bündnis von Sozialdemokraten und Liberalen den Vorzug.

Daß der Vorsprung der Labour-Partei, die seit Jahresanfang bereits in Führung liegt, nicht größer ausfällt, führen Beobachter auf eine mögliche Nachwirkung des Parteitag in der vergangenen Woche im Seebad Blackpool zurück, auf dem sich die Oppositionspartei auf eine einseitige Abrüstung bei Atomwaffen festlegte. Auf die Frage, welcher Partei sie am ehesten zutrauten, in der Verteidigung, bei Atomwaffen und der Abrüstung die richtige Entscheidung zu treffen, nannten 38 Prozent die Konservativen, 30 Prozent die Sozialisten und 12 Prozent das liberal-sozialdemokratische Bündnis.

## Iraner schleuste Asylanten ein

AP, Stockholm

Die schwedische Polizei hat nach einer Meldung der Zeitung „Svenska Dagbladet“ den Iraner Amir Heidari unter dem Verdacht festgenommen, beim Einschleusen iranischer Asylsuchender nach Schweden Einwanderungsgesetze verletzt zu haben. Die Zeitung schrieb, Heidari sei am Freitagabend auf dem Stockholmer Flughafen verhaftet worden, als er das Land habe verlassen wollen. Heidari leite eine Organisation, die iranische Asylanten in großem Maßstab nach Schweden einschleuse.

„Svenska Dagbladet“ hatte berichtet, Heidari habe eingeräumt, daß er Reisen von Asylsuchenden organisiere, aber den Verdacht zurückgewiesen, er könnte dabei Gesetze verletzen. Jetzt hieß es, der Polizei sei bekannt, daß der Iraner ein Hamburger Hotel als Zwischenstation für Asylsuchende benutze.

## War das Massaker von Istanbul ein Racheakt?

Ankara bemühte sich um bessere Beziehungen zu Israel

E. ANTONAROS, Istanbul

Der Anschlag auf die Istanbul Synagoge „Neve Shalom“ am 6. September, bei dem 21 betende Juden ermordet wurden, war offensichtlich ein Racheakt von radikalen Arabern gegen die in letzter Zeit deutlich verbesserten Beziehungen zwischen der Türkei und Israel. In dieser Einschätzung sind sich türkische, amerikanische und israelische Experten einig, die das dürftige Beweismaterial auswerten.

Die türkische Regierung hatte fast unmittelbar vor dem Anschlag beschlossen, ihre Beziehungen zu Israel aufzuwerten und zum erstenmal seit vielen Jahren mit dem Sicherheitsexperten Ekrem Guvendiren, der im türkischen Außenministerium den Rang eines Botschafters hat, einen führenden Diplomaten zum Leiter ihrer Mission in Tel Aviv ernannt.

Die neuen Missionsleiter heißen zwar protokollarisch weiterhin „Geschäftsträger“, aber sie ersetzen die jungen Sekretäre, die die beiden Vertretungen seit Anfang der 80er Jahre geleitet haben. Ankaras Schritt machte eine Entscheidung des damaligen Außenministers İtler Türkmens rückgängig, der sich eine aktivere Unterstützung arabischer Länder durch die Herabstufung der Beziehungen zu Israel versprochen hatte. Diese Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht.

### Libysche Waffen

Von türkischer Seite wird zwar die Bedeutung dieser Annäherung absichtlich heruntergespielt, um die Araber nicht zu provozieren. Westliche Beobachter berichteten aber, es habe auch Gesprächskontakte mit dem israelischen Industrieminister Ariel Sharon gegeben, als er vor einigen Wochen angeblich inkognito zur Hochzeit seiner Liebsteinsnichte nach Istanbul reiste.

Die Überzeugung, daß der Anschlag ein Racheakt war, wird durch weitere Indizien gestützt. Die türkischen Behörden sind davon überzeugt, daß die Terrororganisation von Abu Nidal das Massaker mit libyschen Waffen und logistischer Unterstützung durch türkische Helfershelfer verübt hat. Ferner sind sich die Behörden sicher, daß „mindestens fünf Personen“ an der Endphase des

Anschlags beteiligt waren. Obwohl beim Attentat nur zwei Terroristen getötet wurden, hatten Augenzeugen berichtet, drei weitere Personen seien unmittelbar nach Beginn der Schießerei davongeraunt.

Fünf Araber – unter ihnen die zwei toten Terroristen – hatten bereits 14 Tage vor dem Anschlag eine recht armselige Wohnung in einem Stadtteil von Istanbul gemietet. Der israelische Geheimdienst Mossad identifizierte einen der toten Terroristen – das Gesicht des anderen war durch die Sprengstoffexplosionen bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet worden – als einen ihnen bereits bekannten Angehörigen der Abu-Nidal-Gruppe.

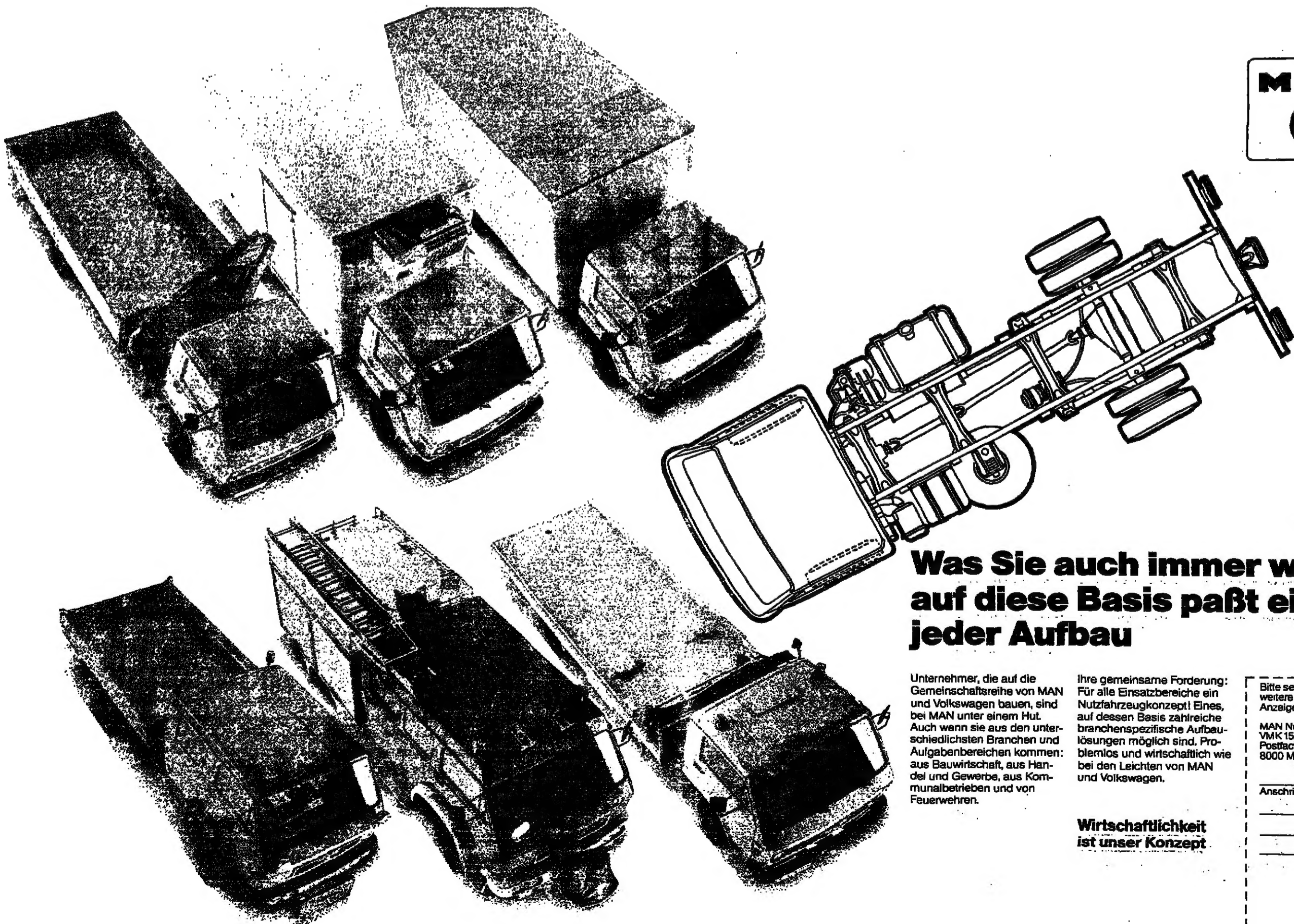
### Türsteher erschossen

Die Waffen der Terroristen wurden mit größter Wahrscheinlichkeit in libyschem Diplomatengepäck in die Türkei gebracht. Sowohl die Handtaschen als auch die Maschinengewehre mit den ausgefüllten Seriennummern und die sowjetischen Handgranaten, die beim Attentat benutzt wurden, sind identisch mit der Ausrüstung zweier libyscher Terroristen, die bei der Vorbereitung eines Anschlags auf einen amerikanischen Offiziersklub in Ankara verhaftet worden waren.

Als Waffenbeschaffer wurde der damalige Botschafter Libyens, Abdul Malik, enttarnt, der inzwischen die Türkei verlassen hat. Auch sein Nachfolger, der bisherige Generalkonsul in Istanbul, soll enge Beziehungen zu Terroristen unterhalten.

Anders als bisher angenommen wurden die beiden Terroristen allerdings nicht in die Synagoge hineingelassen, sondern erschossen kaltblütig den Türsteher, als er versuchte, ihnen das Fotografieren zu verbieten.

Es ist jedoch ein Glücksfall, daß die Mörder über ein wichtiges Detail offensichtlich nicht informiert waren: Eine Hochzeit mit knapp 1000 Gästen, bei der sie eigentlich ihr Blutbad anrichten sollten, war kurzfristig um einige Tage verschoben worden. Die Terroristen waren nämlich für eine viel größere Aktion ausgerüstet. Nachdem sie fast alle anwesenden Juden niedergemetzelt hatten, wurden sieben unbenutzte Sprenggranaten am Tatort gefunden.



**Was Sie auch immer wollen – auf diese Basis paßt einfach jeder Aufbau**

Unternehmer, die auf die Gemeinschaftsreihe von MAN und Volkswagen bauen, sind bei MAN unter einem Hut. Auch wenn sie aus den unterschiedlichsten Branchen und Aufgabenbereichen kommen: aus Bauwirtschaft, aus Handel und Gewerbe, aus Kommunalbetrieben und von Feuerwehren.

**Wirtschaftlichkeit ist unser Konzept**

Bitte senden Sie mir weitere Informationen zum Anzeigenthema  
MAN Nutzfahrzeuge GmbH  
VW 15  
Postfach 50 06 20  
8000 München 50

Anschluß/Firmenstempel

866 001







## Kombinate erhalten mehr Verantwortung

DIETER FUCHS, Berlin

Der wichtigste Wirtschaftspolitiker der „DDR“, Politbüromitglied Günter Mittag, hat jetzt eine erneute Reform der volkswirtschaftlichen Leitungs- und Planungsverfahren bekanntgegeben. Allerdings spricht er nicht von „Reform“, sondern von „Vervollkommnung“.

Vor allem geht es darum, die Verantwortung der Kombinate zu vergrößern, in denen die Masse der Industriebetriebe zusammengefasst ist. Diese Kombinate hatte Honecker als „Rückgrat“ der sozialistischen Planwirtschaft bezeichnet.

Sie sollen künftig auch die wichtigsten der bisherigen Zulieferungen

## Immer mehr Arbeitnehmer werden Aktionäre

Die italienischen Gewerkschaften standen der direkten Mitarbeiterbeteiligung lange Zeit ablehnend gegenüber

GÜNTHER DEPAS, Mailand  
Auch bei Italiens Unternehmen kommt langsam die Praxis in Gang, Belegschaftsmitgliedern zu Vorzugspreisen Aktien der Gesellschaft anzubieten. Letztes bisheriges Beispiel ist das Turiner Fiat-Konzern, von dessen inländischen Firmenangehörigen jetzt die Hälfte alle 22,5 Millionen Sparaktien gezeichnet hat, die auf Grund eines HV-Beschlusses vom 3. Juni zum Preis von 5000 Lire (1000 Lire nominal und 4000 Lire Aufpreis) angeboten worden waren.

Trotz des Artikels 47 der italienischen Verfassung, der die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Großunternehmen der Wirtschaft ausdrücklich vorsieht, hat die Praxis, Firmenangehörigen Aktien anzubieten, in Italien lange Zeit gebraucht, um sich durchzusetzen. Das hat vor allem zwei Gründe. Einestils ist das Aktienkapital als verbreitete Anlageform in das Bewusstsein des „kleinen Mannes“ in Italien erst richtig gedrungen, seitdem die Ergebnisse an Börse und Kapitalmarkt auch von den Medien intensiv aufgegriffen und kommentiert werden. Zum anderen veränderte und bremste die bis weit in die siebziger Jahre hinein in einem großen Teil der Arbeiterschaft vorherrschende „Linkskultur“ eine positive, zum Konsens bereite Beziehung des Angestellten oder Arbeiters zu seinem Betrieb und zu dessen Management. Die Gewerkschaften standen dem Phänomen der direkten Beteiligung der Firmenangehörigen am Kapital des Unternehmens während der ganzen Zeit der „Kulturrevolution“ der späten sechziger und frühen siebziger Jahre dezidiert ablehnend gegenüber. Erst jetzt beginnen sie sich dem Trend zum Aktienkapital, wenn auch widerwillig, anzupassen.

Diesen Trend hat Cesare Annibaldi, der Chef der Stabsabteilung Image und Kommunikation des Fiat-Konzerns, in einem Interview mit der Mailänder Wirtschaftszeitung „Il Sole 24 ore“ vor kurzem dadurch umrissen, daß „wir heute nicht mehr mit dem Arbeiter als Waffe zu tun haben, sondern mit einem Mitarbeiter, der im wahrsten Sinne des Wortes „mitarbeiten“ will und die wirtschaftliche Bedeutung einer Aktienbeteiligung mit allen ihren finanziellen Auswirkungen erfährt hat“.

Diesem neuen Bewusstsein auf der Seite der Arbeitnehmer steht ein ähnlicher Wandel auf der Seite der Unternehmer und der Kontrollkriterien gegenüber, die den Sinn der Publikumsgehaltigkeit und die Bedeutung des Aktienmarktes für die Finanzierung der Unternehmen anders begreifen als noch vor wenigen Jahren. So

wie die Masse der Arbeitnehmer gelernt hat, vom Postsparkonto oder vom Bankkonto auf moderne Formen des Sparens wie Rentenwerte, Fondstitel und Aktien umzustellen, so haben auch die großen Gründerfamilien und das Management der großen Gesellschaften begriffen, daß es nicht der erste Schritt zur Sozialisierung ist, wenn den Firmenangehörigen Aktien angeboten werden.

Die erste italienische Gesellschaft, die ihren Angestellten und Arbeitern schon vor ca. 40 Jahren (1947) eigene Aktien anbot, war das Chemieunternehmen Montecatini (heute Montedison). Richtig in Gang gekommen ist die Beteiligung der Firmenangehörigen am Kapital ihrer Unternehmen indes erst in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, in denen die gestiegenen Aktienkurse und die hohen Börsengewinne immer mehr Kleinsparer auch aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen den Gang an den Aktienmarkt antreiben ließen. Das erwies sich in seiner vollen Deutlichkeit im Frühjahr dieses Jahres, als der von der Münchner Allianz AG übernommene zweitgrößte italienische Versicherungskonzern RAS in Mailand den Führungskräften Aktien zur Zeichnung anbot. Die Folge davon waren Proteste und Streikandrohungen der übrigen Angestellten, die von

diesem Angebot nicht ausgeschlossen werden wollten.

Entschieden den Weg der Einbeziehung der Arbeitnehmer in den Kreis der Aktionäre zu gehen begannen auch der Informatik-Konzern Olivetti. Ein erstes Angebot erfolgte in diesem Falle anlässlich der Kapitalaufstockung des Jahres 1984, ein zweites wird im Dezember dieses Jahres folgen.

Immer mehr setzt sich auch in den Kreisen der Firmen, die sich zum Börsenhandel anmelden bzw. Vorbegehungen zur Börsennotiz treffen, die Tendenz durch, ihren Angestellten und Arbeitern bei dieser Gelegenheit einen „Treuebonus“ in Form eigener Aktien zu gewähren. Das tat beispielsweise Italiens und der Welt größter Strickwarenkonzerne Benetton, der aus Anlaß der Publikumsplatzierung eines Teils des Kapitals vor kurzem an der Emission von 3,24 Mill. Stammaktien auch die 1200 Firmenangehörigen neben Kunden und Lieferanten beteiligte.

Inzwischen sind es bereits 36 Operationen von 23 Unternehmen, die das Angebot eigener Aktien an Arbeitnehmer betreffen. Ihr Emissionsvolumen hat einen Wert von insgesamt 65 Mrd. Lire; nicht viel, aber ein sichtbarer Anfang.

## Kritik an Bonner Steuerpolitik

Gemeinden fürchten Aushöhlung der Gewerbesteuer

HANS KRUMP, Bonn

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sieht die Gewerbesteuer als Eckpfeiler der kommunalen Einnahmen durch die Steuerpolitik der jetzigen und vergangenen Bundesregierung „erheblich ausgehöhlt“. Der Präsident der kommunalen Spitzenorganisation, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Gottfried Bernath, führte in einem Gespräch mit der WELT unter anderem die verstärkten Abschreibungsmöglichkeiten für Schulden, Dauerzinsen und umweltfördernde Investitionen an.

Dies hätte zu der „grotesken Situation“ geführt, daß einerseits die „zweifelhafte“ Besteuerung der Kommunen den Steuerertrag der Kommunen herabsetze, andererseits aber „tragende“ Städte und Gemeinden mit hohen industriellen Investitionen, gerade im Umweltschutz, erhebliche Steuererträge zu verzeichnen hätten. Dies resultiere daraus, daß „hohe Abschreibungsquoten“ mit der jetzigen Ertragsabhängigkeit überhaupt nicht fortbestehen kann. Zum anderen, weil ich nicht sicher bin, ob das die FDP auf Dauer mitmacht. Der Kanzler sagt: Gewerbesteuerertrag. Aber er begrenzt sie immer auf eine Wahlperiode. Bis hier hat er das nur für die eine, für die laufende Wahlperiode zugesagt.“

Bernath, zugleich Bürgermeister im niederrheinischen Grevenbroich, forderte in dem Gespräch eine Erneuerung des kommunalen Steuersystems. Dabei müsse es Ziel der Städte und Gemeinden sein, eine Steuer zu erhalten, „ähnlich der Gewerbesteuer, für die die Kommunen eigene Hebesätze haben“. Allerdings sollte eine solche Einnahmequelle weniger konjunkturanfällig sein als die bisherige ertragsabhängige Gewerbesteuer. Der Präsident des Städte- und Gemeindebundes, dem 8000 kreisange-

## Kritik an Bonner Steuerpolitik

Gemeinden fürchten Aushöhlung der Gewerbesteuer

hörige Kommunen mit insgesamt 31 Millionen Einwohnern angehören, sieht bei der Durchsetzung „zumindest bei der FDP Schwierigkeiten“.

Als mögliche Alternative befürwortete Bernath eine Steuer, die „sich bemisst nach der Wertschöpfung der Steuerpflichtigen“. Eine solche Wertschöpfungssteuer wäre weniger konjunkturanfällig, sie würde die Selbstverwaltung der Gemeinden stärken und bezöge nicht nur die „herkömmlichen Steuerzahler“, sondern auch Verwaltungen, öffentliche Betriebe und freie Berufe, die zum Teil von der Gewerbesteuer befreit sind.

Trotz der Versicherung von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), die Gewerbesteuer hiebe erhalten, äußerte sich der Gemeindebund-Präsident „sehr besorgt“. „Einmal, weil diese Einnahmequelle mit der jetzigen Ertragsabhängigkeit überhaupt nicht fortbestehen kann. Zum anderen, weil ich nicht sicher bin, ob das die FDP auf Dauer mitmacht. Der Kanzler sagt: Gewerbesteuerertrag. Aber er begrenzt sie immer auf eine Wahlperiode. Bis hier hat er das nur für die eine, für die laufende Wahlperiode zugesagt.“

Bernath kritisierte auch die Pläne im SPD-niederrheinischen Westfalen, die Grundversteuern, für sich zu kassieren. „Dies würde gerade in den Gemeinden mit lebhafter industrieller Tätigkeit zu einem erheblichen Einnahmeverlust führen. Für die Kommunen brauchen die Grundversteuern auch wieder für die Finanzierung zugunsten ihrer Infrastruktur. Ich hoffe, daß Nordrhein-Westfalen davon noch abbricht und sich eine andere Lösung finden läßt.“

## Neues System gefordert

Bernath, zugleich Bürgermeister im niederrheinischen Grevenbroich, forderte in dem Gespräch eine Erneuerung des kommunalen Steuersystems. Dabei müsse es Ziel der Städte und Gemeinden sein, eine Steuer zu erhalten, „ähnlich der Gewerbesteuer, für die die Kommunen eigene Hebesätze haben“. Allerdings sollte eine solche Einnahmequelle weniger konjunkturanfällig sein als die bisherige ertragsabhängige Gewerbesteuer. Der Präsident des Städte- und Gemeindebundes, dem 8000 kreisange-

## Molltöne am Rentenmarkt

Ein großer Teil der Profits sitzt auf hohen Beständen

Die auf die anfängliche Schwäche zur Wochenmitte folgende Kurserholung entpuppte sich als Strohhalm. Das bekam auch die neue Bundesanleihe zu spüren, deren Konditionen unter dem Eindruck der Marktbesserung festgelegt wurden und damit am Freitag schon nicht mehr marktgerecht waren; weil sie nun nicht leicht zu plazieren sein wird, wurde die Anleihe eine Mark unter dem Emissions-

kurs angeboten. Es war übrigens schon häufiger zu beobachten, daß die Kurse kurz vor einer Bundesanleihe-Konsortialsitzung hochgezogen wurden. Die Prognosen für diese Woche sind auf Moll gestimmt, es sei denn, die Zinsspekulationen in den USA kommt wieder auf Touren. Da ein großer Teil der Profits auf hohen Beständen sitzt, lautet letzter Abgabedruck auf dem Markt. (cd.)

Emissionen	3.10.86	26.9.86	30.12.85	26.12.85	30.12.85
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,45	5,43	5,91	5,96	7,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,88	5,97	6,34	6,72	7,72
Sonderinstitute	5,89	5,83	5,99	6,56	7,93
Schuldverschreibungen der Industrie	5,95	5,90	6,31	6,94	8,39
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,99	5,94	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,20	5,13	5,94	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,28	6,22	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,90	5,84	6,03	6,94	7,99
DM-Auslandsanleihen	6,44	6,45	6,82	7,20	8,06

## Ohne Kraft

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende September 1986	Ende August 1986	Hoch 1986	Tief 1986
Kupfer	L	\$/t	894,25	886,75	1027,25	864,50
Zink	L	\$/t	615,00	573,50	615,00	402,25
Erdöl/Brent	R	\$/bbl	14,05	14,40	26,45	8,07
Blei	L	\$/t	376,62	270,50	329,00	236,25
Aluminium	L	\$/t	333,75	174,00	353,50	121,50
Nickel	L	\$/t	2573,50	2560,00	3093,50	2452,50
Gold	L	\$/Unze	421,20	386,00	442,75	326,00
Silber	L	cts/Unze	552,00	517,00	621,00	485,30
Platin	L	\$/Unze	375,15	419,30	448,20	234,10
Weizen	L	Cts/bu	365,25	258,37	370,00	242,75
Mais	L	Cts/bu	176,75	154,12	258,75	149,37
Kaffee	NY	\$/t	2010,50	2049,00	2305,50	1867,50
Zucker	NY	cts/lb	5,03	4,51	9,38	4,51
Sojaöl	C	Cts/lb	15,28	13,56	21,62	13,07
Baumwolle	NY	cts/lb	46,05	35,27	69,70	29,87
Schweinefleisch	S	Cts/kg	690,00	615,00	695,00	585,00
Kautschuk	L	p/kg	68,00	80,50	88,00	55,50

Indizes: Moody's (31.12.81=100) New York 912,4 898,4 982,00 898,4  
Reuters's (31.9.81=100) London 1544,4 1461,1 1863,4 1411,4  
L = London R = Rotterdam  
Zweite Abkürzung: C = Chicago S = Sydney NY = New York  
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

## KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnberg: Promitex-Heimtextilien Handels AG; Bad Berleburg: Nachl. d. Bernhard Jost; Struck, Bad Laasphe; Berlin-Charlottenburg: Nachl. d. Hans Günther Goerisch; Braunschweig: GSS Gesellschaft f. Städtebauplanung u. Sanierung; Bielefeld: HBS Bauunternehmen GmbH; Dortmund: Automaten Filippovic GmbH; Hannover: Ernst Sundermann Holzgroßhandlung KG; Nachl. d. Helga Cödeke; Hannover-Kleefeld: Berberich Nachl. d. Heinrich Jakob Blum; Sins-Fleischbach; Lüneburg: A.F.G. Agrarfinanzierungs-Vermittlungsges. mbH; Mosbach: Gastro Dis-

cotheken Betriebs GmbH; Neustadt: Nachl. d. Bernd Schneemann; Neuböll: EFA Vermögensverwaltung; und Beteiligungsges. mbH; Tübingen/Sylt: Reimscheid; Elisabeth Göll; Solingen: Alexander Göll; Automatenstecker; Stuttgart: Beton Express GmbH; Solingen: Sagen - Fresen, Leoberg; Wittlich: J. Gerhard GmbH; Marburg: Novizad.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Mainz: Wein- und Sektiererei Jakob Gerhardt GmbH & Co. Nierstein: Sektiererei Nierstein. Vergleich besetzt: Schwabach: Halk: BHZ Bedachungen GmbH, Christen.

## Vor Beteiligung an IBH gewarnt?

Klarheit über die Frage, warum der saudische Scheich Saleh A. Kamel mit insgesamt rund 200 Mill. DM bei der 1983 in Konkurs gegangenen IBH-Holding einstieg, erhofft sich die Staatsanwaltschaft im Prozess vor der 10. Koblenzer Kammer von der heutigen beginnenden Zeugnisaussage des Scheichs. Insgesamt sind für die aufwendige Vernehmung fünf Verhandlungstage angesetzt. Die Anklage wirft Horst Dieter Esch, Gründer und ehemaliger Vorstandsvorsitzender des Baumaschinenkonzerns, vor, den Scheich betrogen zu haben.

Das Bild des Scheichs, der gleichzeitig in Zivilprozessen unabhängig vom Koblenzer Strafverfahren gegen Esch auf Schadensersatz klagt, weil er sich betrogen fühlt, blieb in den bisherigen acht Verhandlungstagen gegen Esch merkwürdig zwiespältig. So ist er offensichtlich ein gewiefter Geschäftsmann, der ein weltumspannendes Imperium von Geschäftsterritorien mit Hilfe ausgesuchter Berater geschickt (und geldbringend) steuert, dem aber Risikofreude und sogar Blauäugigkeit nicht fremd scheint.

So heißt es in einer mehrfach zitierten Untersuchung der renommierten Wirtschaftsprüfer Coopers und Lybrand, die Wert darauf legen, kein Gutachten, sondern eine erste Untersuchung der Verhältnisse bei der IBH für den Scheich vor dessen Beteiligung 1983 angefertigt zu haben, ausdrücklich: „Eine Beteiligung ist nicht ohne Risiko“. Der Scheich war damals gleichwohl eine Beteiligung eingegangen.

## Antwerpens Hafen steuert Rekord an

Der Hafen der belgischen Stadt Antwerpen liegt derzeit voll im günstigen Wind. Schätzungen für 1986 stimmen Stadtväter und Hafenverwaltungen optimistisch. Es wird ein Rekordjahr mit 90 (1985: 86) Mill. Tonnen Güterumschlag erwartet. Darüber hinaus will Antwerpen - zweitgrößter Hafen Europas nach Rotterdam und vor Hamburg - in den kommenden Jahren seine Kapazität weiter ausbauen. Spätestens Ende 1987 soll die größte Schleuse der Welt in Betrieb genommen werden. Mit 500 Meter Länge und 13,5 Meter Höhe ist die Berendrecht-Schleuse ein gigantisches Bauwerk, das die Kapazität des Hafens um 40 Prozent steigern wird. Sie ermöglicht es zukünftig auch Supertankern von über 100 000 Tonnen, die Hafenbecken zu erreichen.

Der Anschluß an das Hinterland klappt gut. Durch die beschlossene Einrichtung eines Büros der Deutschen Bundesbahn wird dies nach Ansicht der Hafenverwaltung noch besser. Einen Wermutstropfen mußte Antwerpen allerdings im laufenden Jahr schlucken: Der Stückgutverkehr hat - wie auch in anderen Häfen - erheblich nachgelassen, vor allem bei Stahl und Eisen. Hierbei spiele die restriktive Stahlhandelspolitik der USA eine wesentliche Rolle. Daß 1986 dennoch ein Rekordjahr werde, liegt vor allem an der starken Steigerung im Seetransport von Mineralöl. Hier gab es in den ersten sieben Monaten 1986 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Zunahme von 424 Prozent.

**DDR**

**Kommunikation - hoch zehn**

Zehn IDFA-Messstände. Jede individuell, alle erfahren, erfolgreich - so präsentieren sich im Messeplatz Deutschland die zehn Mitglieder der IDFA, der Interessengemeinschaft Deutscher Fachmessen und Ausstellungen. 1985 organisierten die zehn IDFA-Mitglieder insgesamt 128 Fachmessen und Ausstellungen - viele mit begleitenden Kongressen und Seminaren. Sie haben dabei Leistungsfähigkeit und Qualitätsbewusstsein bewiesen. Jedenfalls ganz auf die Spitze abgestimmt. IDFA - das ist Messen-Know-how hoch zehn im Dienste des Ausstellers und Besuchers.

**IDFA - Interessengemeinschaft Deutscher Fachmessen und Ausstellungen**  
Postfach 10 01 65, D-4300 Essen 1  
Telefon (02 04) 72 44-215

**Coupon** Bitte übersenden Sie mir Ihre neue Informationsbroschüre

Name \_\_\_\_\_  
Ort \_\_\_\_\_  
Adresse \_\_\_\_\_

IDFA - Interessengemeinschaft Deutscher Fachmessen und Ausstellungen  
Postfach 10 01 65, D-4300 Essen 1, Telefon (02 04) 72 44-215

**Hotel Landhaus Hopfen** DAS EXCLUSIVE NEUE HOTEL

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Min) Fragen Sie uns, wir informieren Sie gern.

3043 Schöneberg (Lüneburger Heide)  
Telefon 0519/31 031, Telex 92 41 53

**Billigflüge**

ALF 6072 Dresden Tel. 9 91 00 / 6 36 31  
Postfach 20 71 60 Telex 4 55 383

**Wahrsagerin Vircchow**  
Tel. 9 02 02 / 91 34

**Kurierservice Tag u. Nacht**  
Mo.-So. u. Feiert. - auch i.d. Regel  
50 Pf. pro km.  
Tel. 076 44 / 61 69

**EDV-Aufgabe: Motorenversuch**

Ein deutsches Unternehmen der Metallindustrie betreibt alle deutschen und viele ausländische Motoren- und Fahrzeughersteller. Schwerpunkt: Präzisionsmotoren für den neuen Dichtungsmotor (PDI) der hochtechnischen technischen Information geht es um die Maßdaten der Motorenversuche.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 11. Oktober, in der BERUFS-WELT, dem großen Stellenblatt der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT Nächsten Samstag, jeder Samstag.

Ihre Firma - in der Krise  
Ihre Werbung - ohne Erfolg

**Unternehmensberatung**

liert, offen oder diskret, professionell PR-Konzeption, Öffentlichkeitsarbeit, Projektplanung, Problemlösung, Personalmanagement, Management-Service. Verbindliche realistische Termine.

Wir antworten binnen Tagesfrist und erteilen Ihre Zuschrift unter G 6737 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Abonnieren Sie DIE WELT**  
- Ihren täglichen Informationsvorsprung

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Vorname/Name: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Vorw./Tel: \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Lesenswerter denn je**  
**DIE WELT**  
UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sie haben das Recht, eine Abbestellungsentscheidung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Das Fachblatt

**Antiquitäten Zeitung**

erscheint alle 14 Tage und informiert Sie gezielt über aktuelle deutsche und internationale Auktionen. Unsere Experten besprechen und analysieren mit Sachkenntnis und Sorgfalt Auktionsergebnisse und Trends. Zu Fälschungen, Restaurierungen, Rechts- und Steuerfragen äußern sich Fachleute.

Kritische Berichte über bedeutende Ausstellungen in Museen ergänzen die Berichterstattung über den vielschichtigen Kunst- und Antiquitätenmarkt und vermitteln einen Wissensvorsprung. Terminkalender zu Ausstellungen in Museen, Auktionen aller Fachrichtungen, Kunstmesse und -märkten erleichtern die gezielte Teilnahme am Kunstgeschehen. Viele Anzeigen informieren zudem über das Angebot des Kunstmarktes.

Am besten, Sie überzeugen sich selbst. Bitte bedienen Sie sich des Coupons.

**Coupon**

☐ Ich möchte die Antiquitäten-Zeitung kennenlernen. Bitte senden Sie mir ein kostenloses und unverbindliches Probeexemplar.

☐ Ich bestelle die Antiquitäten-Zeitung zum regelmäßigen Bezug. Ein Jahresabonnement mit 26 Ausgaben kostet z. Zt. DM 91,- zzgl. DM 7,80 Versand (Inland).

☐ Bitte senden Sie mir auch die Anzeigenpreisliste.

Name \_\_\_\_\_  
Vorname \_\_\_\_\_  
Straße / Postfach \_\_\_\_\_  
PLZ / Ort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_  
Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen schriftlich bei der Antiquitäten-Zeitung Verlag GmbH, Nymphenburger Str. 84, 8000 München 19, widerrufen und beantrage die durch meine 2. Unterschrift. Rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Antiquitäten-Zeitung Verlag GmbH  
Nymphenburger Str. 84, 8000 München 19,  
Telefon (089) 18 1095



## Impulse durch neue Technik

## Hirschmann vernachlässigt traditionelle Produkte nicht

ken weiter an Bedeutung gewonnen

Die Einführung des neuen C-Netzes, das über 200 000 mobile Telefonanschlüsse zulässt, hat zu einer deutlichen Nachfragebelebung nach entsprechenden Autoantennen geführt. Erfreuliche Ansatzpunkte seien auch beim Satellitenempfang erkennbar. Verstärkt ausbauen will Hirschmann

den Bereich der Steckverbindungen. Der Auslandsumsatz der Firmen-gruppe hat sich im Berichtsjahr um 11,4 Prozent auf 162 Mill. DM erhöht. Damit macht er nunmehr 41 (40) Prozent des konsolidierten Gruppenumsatzes aus.

Zur Ertragslage heißt es, der weiter zunehmende internationale Wettbewerb sowie die teilweise notwendigen Preisanpassungen hätten zu Einbußen geführt. Investiert wurden in der Gruppe, die über ausländische Produktionsstätten in den Ländern Österreich, Spanien und Südafrika verfügt und insgesamt unverändert etwa 3300 Mitarbeiter beschäftigt, 19 (21,5) Mill. DM.

## Heizöl um die Hälfte billiger

**Brennstoffhandel erwartet „recht ordentliche Bilanz“**

VWD, Essen

Mit einem Absatz von etwa 39 Mill. bis 40 Mill. Tonnen leichtem Heizöl rechnet der Gesamtverband des

sten. Der Verbraucherpreis fiel von Januar 1986 bis zum 15. August 1986 um 66,1 Prozent. Gegenwärtig liegt er bei 15 Dollar je Barre (159 Liter).

Der Umsatz des Brennstoffhandels wird 1986 nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden des Verbandes, Rudolf Kaiser, durch die schlechten Heizölpreise nur noch etwa 34 Mrd. DM (ohne MwSt.) erreichen. Im Vorjahr war er um 10,7 Prozent auf

04,6 Mrd. DM gestiegen. Da beim Verkauf mit festen Margen gearbeitet wird, wirkt sich die nunmehr geringere Kapitalbindung für den mittelfristigen Handel eher günstig aus. Als der Ölpreis nach oben ging, war dieser liquiditätsmäßig starken Belastungen ausgesetzt. Die Branche habe ein gutes erstes Halbjahr hinter sich und erwarte „eine recht ordentliche Bilanz“, sagte Kaiser. Neueinstellungen seien jedoch im Moment nicht möglich. Auch bestünden gegenwärtig Überlegungen, Tankwagen „einzumotten“.

\_\_\_\_\_



01

**ndtakt.**

ammenarbeit mit uns lohnt  
ade dann, wenn unser per-  
Engagement und gründ-  
backen verlangt werden.  
n für Sie arbeiten. Fordern  
e Leistung!

---

**Hapag-Lloyd**  
Die richtige Lösung

## Wir liefern Container im Fließbandtakt.

Eine Zusammenarbeit mit uns lohnt sich. Gerade dann, wenn unser persönliches Engagement und gründliches Zupacken verlangt werden. Wir wollen für Sie arbeiten. Fordern Sie unsere Leistung!



**Hapag-Lloyd**  
Die richtige Lösung















## Pankraz, die Recken und das Intrigenspiel

Deutschlands Unternehmensberater machen Fortschritte. Hüllten sie sich in ihren Kursen und Traktaten noch vor kurzem gern in diffuse Andeutungen und neidische Euphemismen, so kommen sie neuerdings ganz ungeschminkt zur Sache. Gustav Adolf Pourroy beispielsweise nennt in einem soeben in der Zürcher Edition Interforum erschienenen Bändchen „Das Prinzip Intrigue“ eine „wichtige Form des Konfliktverhaltens in der Gesellschaft“, ein „menschliches Kampfsystem“, das so alt sei wie die Menschheit selbst und angesichts der komplexen veränderten sozialen Beziehungen immer häufiger angewendet werde.

Sicherlich sei die Intrigue, räumt Pourroy ein, moralisch zurück, ein taktischer Angriff aus der Deckung heraus, zwar gewaltfrei, aber dennoch dazu angetan, dem Angegriffenen an Leib und Seele zu schaden. Aber, so fährt er mit reizendem Seufzer fort, „den Verlockungen von mehr Erfolg durch Listen widersteht der Mensch nur schwer. Was verbessert werden kann, ist deshalb weniger der Mensch als vielmehr die Situation, in die er gestellt wird.“ Diesem Ziel will Pourroy Essay dienen. Indem er mit minutiöser Genauigkeit die Strukturen der Intrigue aufdeckt und die detaillierte Abwehrstrategie gegen sie vorführt, hofft er, die Interessenkonflikte „offener“ zu gestalten und auf diese Weise das System von „überflüssigen Fiktionen“ zu schütten.

Drei Hauptmethoden der Intrigue macht Pourroy aus und belegt sie mit bildkräftigen Namen: Da ist erstens die Methode „Billardstoß“, zweitens die Methode „Achillesferse“, drittens die Methode „Bypass“. „Billardstoß“ meint natürlich das genau berechnete Spiel über die Banden, den indirekten Angriff um einige Ecken herum. Die dazugehörigen Kampfmittel heißen Desinformation, gezielte Informationsverstärkung oder -abschwächung, „vertrauliche“ Platzierung von Information, gewollte rhetorische Ausdrucksformen und Ähnliches.

Das typische Modell eines „Billardstoßes“ ist das tapfere Schneidelein, das auf dem Baum sitzt und die schlafenden Riesen abwechselnd mit Steinen bewirft, um sie gegeneinander aufzubetzen. Ein Meister des „Billardstoßes“ (man ist nicht überrascht) war Talleyrand, der etwa im „Moniteur“ just in dem Augenblick einen Bericht über die geglättete Phönix-Operation an dem Ehemann seiner Geliebten einreichen ließ, als diese eines Kindes gebar. Damit war der Ehemann hinterläßt der Lächerlichkeit preisgegeben, denn er konnte ja nun schwerlich der Vater sein.

Die Methode „Achillesferse“ lebt davon, daß man das Opfer auf seinen eigenen Schwächen aufbauen läßt. Man zieht heimlich Stölperräuber, man stellt Fallen auf, man weist als Vorgesetzter Aufgaben zu, von denen man schon vorher genau weiß, daß der Beauftragte an ihnen scheitern wird. Manchmal liegt die „Achillesferse“ nicht beim Opfer selbst, sondern bei dem, der gegen das Opfer aufgetischt werden soll. In Daphne du Mauriers Roman „Rebecca“ ermuntert die intrigante Haushälterin die neue Ehefrau des Schlossherrn, zum Hausball das Kleid der tragisch ums Leben gekommenen ersten Frau des Mannes

*Pankraz*

Peter Glotz: Verachtet mir die Unterhaltung nicht!

## Mit Kiplings Rolls Royce

Nach Reinhard Spitzky kam SPD-Geschäftsführer Peter Glotz an den WEST-Stand der Frankfurter Buchmesse. In seinem Buch „Kampagne in Deutschland“ spricht Glotz vom „Verlust der kulturellen Hegemonie der Linken“, der schon vor 1982/83 begonnen habe und der der eigentliche Grund für den Marsch seiner Partei auf die Oppositionsbänke gewesen sei. Denn, so erläuterte er, „die Linke achtet die Massenkultur zu gering, ist manchmal zu ernst, manchmal zu verkniffen. Mehrheitsfähig wird sie nur, wenn sie die Unterhaltung wichtiger nimmt.“ Der

## BUCH MESSE

SPD-Politiker wollte dies allerdings auf keinen Fall als ein Plädoyer für das private Fernsehen verstanden wissen.

In der Zeitgeschichte ging es mit dem Österreicher Reinhard Spitzky. Auf dem Umschlag seines Buches „So haben wir das Reich verspielt“ steht der Autor als junger Mann direkt neben Adolf Hitler. Spitzky ist einer der wenigen noch Lebenden aus diesem Kreis, meint nicht ohne Ironie – und zugleich doch ernst: „Hitler wollte keinen Weltkrieg, er ist ihm passiert. Der ‚Führer‘ hat nicht damit gerechnet, daß die Engländer marschieren würden, wenn er Polen angriffe. Aber als es dann passiert war, konnte Hitler sich nicht mehr aus Radiomikrophon stellen und sagen: Es ist mir passiert!“

Ganz weit zurück in die Geschichte geht Philipp Vandenberg, der zu den seltenen deutschsprachigen Autoren zählt, die Historie in Romanform faszinierend aufbereiten verstehen, mit seinem Buch „Der Pompejaner“. Aber am WEST-Stand plauderte er lieber von seiner Rolls-Royce-Sammlung. Besonders stolz ist er auf die „Duchess“, jenes literaturwobene Gefährt, das Rudyard Kipling gehörte (und in dessen Werk eine Rolle spielt).

Auch Jürgen Thorwald kam, braungebrannt und in bester Form, in seiner Erscheinung ein richtiges Kontrastprogramm zum Titel seines neuen Buches „Im zerbrochenen Haus der Seele“. Bescheiden wies er, statt seine Arbeit über Macht und Ohnmacht der Gehirnrirurgie zu interpretieren, auf die Rezension in der Messe-Beilage der WELT hin, die ihm „nicht nur ein umfassendes medizinisches Wissen, sondern auch fundierte historische Erkenntnisse“ bescheinigt, sondern auch die Fähigkeit, „die schwierige Materie der Neurochirurgie durch Einflechtung menschlicher Tragödien wie Komödien packend zu gestalten“.

Mit diesem Urteil war Thorwald einverstanden, obwohl Schriftsteller in der Regel eher mit ihren Rezensionen unzufrieden sind. Zum Beispiel Rainer Barzel oder Jurek Becker oder Thomas Bernhard, wie es im Messe-Geflüster hieß. Alexandra Cordes dagegen („Die Lady“ heißt ihr jüngster Roman) verzichtete auf die Kommentierung der Kommentare zu ihrem Buch.

ALFRED STARKMANN

Heiner Müllers Tick im „TiK“: Bob Wilsons New Yorker „Hamletmaschine“ nun auch in Hamburg

## Ein Lamento über die verrottete Welt

Man hat die Schlagworte noch im Ohr, mit denen die neuen Staatstheater-Intendanten im vergangenen Herbst in die Hamburger Arena stiegen. Peter Zadeks Obsessionen vom Boulevard stießen da lautstark gegen Jürgen Fimmus Klassiker-Träume, mit denen er tatsächlich das Thalia Theater aus den Gremien des Mittelmaßes der Nach-Gobert-Ara herauszureißen vermochte. Der „Hamlet“, mit dem Fimmus als Regisseur seine zweite Thalia-Spielzeit eröffnete, blieb freilich auf schmerzliche Weise im hochgesteckten Anspruch, das Drama der heutigen Mitvierziger zu sein, hängen.

Fimmus Scheitern war umso betrüblicher, als so dem zweiten Hamlet-Projekt des Thalia, der „Hamletmaschine“ des DDR-Dramatikers Heiner Müller, der Shakespeares sprachmächtiges Drama mit wüstem Zungenschlag zu konterkarieren trachtet, der große, strahlkräftige Bezugspunkt entzogen war. So blieb als Spannungsfaktor allein der als Wundermann der westlichen Theaterzene hochgejubelte, hierzulande mit multimedialen Spektakeln wie „Ein Stein auf den Beach“ oder „CIVIL WAR“ bekanntgewordene Texaner Bob Wilson, der Müllers keineswegs mehr tautaisches Lamento über die Verrottetheit der Welt bereits mit Undergraduates in New York auf die Beine gestellt hatte und nun für die Hansen wieder aufbereitete.

Schwarz ausgehängt wie zum ewigen Trauermahle für Ophelia die Bühne des „TiK“, des Thalia-Experimentier-Studios in der Hamburger Kunsthalle. Nur die linke Bühnenseite, die zur Mitte des Abends Schauspiel einer Video-Szene werden wird, ist mit weißer Leinwand bespannt. Auf einem schwebenden Bürostuhl geklemmt: eine steinalte, gichtig verkümmerte Frau, aus deren eisigen Haaren immer wieder fahler Aschenstaub aufsteigt. Es ist Ophelia, die zum Jahr einsetzenden Schlagholz-Klappen, das als Ostinato die gesamte Aufführung beherrscht, den Mund zu einem stummen Schrei verzerrt. Pathetischer Einstieg in ein von geradezu fanatischem Formwille geprägtes Ritual, das sich an diesem Abend des Schleischritts in



Drei Dänen, die glücklich mit den Fingernägeln kratzen: Szene aus Heiner Müllers „Hamletmaschine“ in Hamburg unter Bob Wilsons Regie

flinf zähen Variationen wiederholen soll. Variationen, in denen wohlkulturierten Figuren-Spiel man – anfangs neugierig, später genervt – oft genug vergeblich nach Bedeutung sucht.

Hamlet ist ja noch auszumachen in dieser bizarren Rätselchoreographie, denn irgendwann beginnt ein Jüngling in schwarzer Motorradtracht zum minimal-musikalischen Background-Geklimper die rüden Müllerschen Hamlet-Ergüsse von Vatermord, Hurerei und anderen Greueln zu intonieren. Auch muß der kohl-schwarz-schwarze gekrümmte Mann im Zylinder wohl der böse Bube Claudius sein.

Doch nur Bob Wilson kann wissen, ob auch der bronzierte Jüngling in Turner-Kluft, der aufgeschreckt wie ein Huhn über die Bühne hüpf, ein Hamlet-Doppelgänger ist, ob die anderen Mannsfiguren und die drei Dänen im Vierziger-Jahre-Look, die mit ihren rotlackierten Fingernägeln ein gräßliches Kratzgeräusch zu produ-

zieren haben. Hofdamen sein sollen, Megären oder einfach nur Sekretärinnen, für die es hier allerdings nichts mehr zu schreiben gibt. Denn der unermüdliche aller „DDR“-Literatur-Werkstätten hat ja bereits anno 1977 alles niedergelegt, was ihm an wirren Hamlet-Assoziationen eingefallen ist. Assoziationen, die er – wie er jetzt verriet – selber nicht versteht.

Ein zynisches Bekenntnis, das denn auch die Belegbarkeit und die oft hohe Bombastik der Metaphern und Begriffe erklärt, mit denen Müller in seiner „Hamletmaschine“ um sich schlägt, vor allem in der aufgeblähten Revolutions-Szene, aber auch in der Groteske des „Schmerz“, in der Hamlet zur Hure werden muß. Da nutzt es nicht viel, daß Wilson, der verbissene Exerzitienmeister, die Müllersche Horror-Suade in ein Formen-Spiel bannt, dessen strenge Bilder mehr als einmal zu fesseln vermögen, und eine Sprech-Polyphonie entwickelt hat, die in ihrem Raffinement

alte Motetten-Kunst wiederauferstehen läßt.

So paradox das klingen mag, Wilsons Formalismus, sein oft bis in die Künstlichkeit und einen schalen Manierismus hochgetriebener Ästhetizismus, erstreckt im Grunde Müllers in fünf kurzen Szenen krude ausgestoßenen Weltverachtungsschrei, die krampfhaft anarchischen Impulse seiner Hamlet-Adaption. So ist man denn auch niemals wirklich betroffen von dem in Zeitlupe-tempo vorgeführten Zerstörungs-Zeremoniell. Tiefgründiger Witz entfaltet dieser Reigen der unseligen Geister nur einmal: Wenn zum frechen Videoclip mit Müllers absurden Regieanweisungen Schuberts Lied vom „Zwerg“ erklingt, der seine Königin, bevor er sie ins Meer versenkt, mit der roten Seidenschur erwürgt. Das war Wilsons Geschoss. Denn daß Müller sich als bösen Zwerg sehen wollte, wird man wohl kaum annehmen dürfen.

KLÄRE WARNECKE

„Wem gehört die deutsche Geschichte?“ – Ein Symposium der Hanns M. Schleyer-Stiftung in Berlin

## Das Wiedervereinigungs-Gebot ist unsere Stärke

Es war keineswegs eine Veranstaltung mit der „programmierten Absicht und den verteilten Rollen nur einer Partei, über den bösen Stiefvater Habermas Gericht zu halten“, wie der Leiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Martin Broszat, in seinem Diskussionsbeitrag vermutete. Das von der „Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung“ in Berlin veranstaltete Jahres-Symposium ’88 hatte sein Thema: „Wem gehört die deutsche Geschichte?“ lange vor der von Jürgen Habermas vom Zaun gebrochenen Fehde gegen die deutschen Historiker festgelegt. Dennoch stand die Veranstaltung – „natürlich“, möchte man sagen – zum Teil im Zeichen dieser Fehde.

Viele der angereisten Historiker wehrten sich vehement gegen „Frageverbote“. Die Festschreibung eines in der Öffentlichkeit herrschenden Bildes vom Nationalsozialismus habe nichts mit freier Wissenschaft zu tun, vermerkte der Erlanger Historiker Horst Müller, der die derzeitige Kampagne gegen Hillgruber, Nolte und andere als ignorant und infam bezeichnete. Michael Stürmer schlug in die gleiche Kerbe: Von einer wissenschaftlichen Debatte könne nicht die Rede sein, vielmehr habe man es mit einer von Habermas ausgelöst „Diffamierungskampagne“ zu tun.

Die Einführungsvorrede zum Thema hielt der Bonner Historiker Klaus Hildebrand. Das provokativ klingende Thema dürfe auf gar keinen Fall kurzschlüssig beantwortet werden, meinte er, es solle dazu dienen, Zugänge zur immer wieder erörterten aktuellen „Deutschen Frage“ zu eröffnen. Die offene Deutsche Frage mit ihrer europäischen Dimension und Komplexität wurde denn auch zum Dreh- und Angelpunkt einer hochkarätigen Debatte um nationale Identität, Geschichtsbewußtsein, historisches Eigengewicht und die Verantwortung vor der eigenen Geschichte.



Wem Kleists Helden berühren: Klaus Hildebrand als Dorfichter Adam im „Zerbrochenen Krug“

Wem gehört die deutsche Geschichte? Jedenfalls nicht denjenigen, die sie abschaffen wollten und wollen, erklärte Stürmer. In den letzten zwanzig Jahren habe eine „drastische Abschaffung von Geschichte“ in der Bundesrepublik stattgefunden. Dies habe dazu geführt, daß zum Beispiel viele nicht mehr wüßten, was „Westbindung der Bundesrepublik Deutschland“ eigentlich bedeute.

Stürmer warnte vor einer gezielt inszenierten „Mitteleuropa-Euphorie“, die letzten Endes auf eine Lockerung jener die Freiheit verbürgenden Westbindung und damit auf einen verhängnisvollen deutschen Sonderweg zwischen den Blöcken hinauslaufe. Dessen ungeachtet stand während der ganzen Berliner Tagung, im Blick auf die geteilte Stadt und die geteilte Nation, die von Hildebrand formulierte Frage im Raum, ob eine Nation, die einmal die Stufe eines nationalen Staates und einer großen Macht durchlebt habe, ohne schwer kontrollierbare Folgen für sich und

die Nachbarn auf einen Zustand zurückgeführt werden könne, der historisch gesehen davor liege.

Henry Kissinger wurde zitiert: „Wenn wir die kleine Bundesrepublik auf sich selbst beschränken, dann geben wir sie auf.“ Das ebenfalls zitierte Plädoyer eines französischen Diplomaten für ein gekürztes deutsches Nationalbewußtsein und für einen wirklich freien deutschen Nationalstaat lag auf der gleichen Linie. Der in der Präambel des Grundgesetzes verankerte Anspruch auf Wiedervereinigung ist, nach den Worten von Hildebrand, eine erstrangige Stärke der Bundesrepublik. Wenn dieser Anspruch aufgegeben werde, liefere man ihn der „DDR“ aus.

Doch wird ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein, das die Voraussetzung für die Wiedervereinigungsanspruch ist, auch noch von der Bevölkerung der Bundesrepublik getragen? Andreas Hillgruber meldete hier Bedenken an. Zwar sei die überwiegende Mehrheit der Deutschen in der Bundesrepublik und in West-Berlin nach wie vor der Überzeugung, daß es immer noch eine „Bundesrepublik“ der DDR und Berlin umspannende „deutsche Nation“ gäbe. Doch seien auch Tendenzen eines „besonderen Bewußtseins der Deutschen in der Bundesrepublik gegenüber den Deutschen in der DDR“ nicht zu übersehen. Mit einer Reduktion des Nationalbewußtseins der Westdeutschen auf die Bundesrepublik werde aber die deutsche Frage langfristig

der „DDR“ zur Entscheidung überlassen, meinte auch Hillgruber. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten könne dann in einer Moskauer und Ost-Berlin günstig erscheinenden weltpolitischen Konstellation im marxistisch-leninistischen Sinne vorangetrieben werden.

Hillgruber warnte nachdrücklich vor einer solchen Entwicklung. Es sei notwendig, bei den europäischen Nachbarn die Einsicht zu fördern, daß eine Lösung der deutschen Frage im freiheitlichen Sinne auch ihre Sache sei, weil sie mit der Überwindung der Spaltung Europas identisch sei.

Die europäische Dimension der deutschen Frage und der deutschen Geschichte, die Stürmer bereits in seinem Referat anvisiert hatte, wurde von dem italienischen Botschafter in Bonn, Graf Ferraris, am Ende der Tagung noch einmal unterstrichen. Die deutsche Geschichte gehöre natürlich zunächst einmal den Deutschen selbst. Doch nicht nur ihnen allein, sondern auch den Europäern. Die deutsche Geschichte sei auch keineswegs ein Sonderweg zum Nationalsozialismus über den preußischen Militarismus gewesen, sondern eine vielfältige und offene Geschichte.

Nicht ohne aktuellen Bezug warnte Ferraris vor einer permanenten Schuldzuweisung an die Deutschen. Die Frage, wie es zum Nationalsozialismus habe kommen können, sei nicht nur eine deutsche, sondern auch eine europäische Frage.

AKEL SCHÜTZSACK

Die „Tribüne“ spielt Heinrich von Kleists „Zerbrochenen Krug“ auf berlinisch

## Richter Adam kommt in Pampuschen

Kann man das denn machen? Ist das denn erlaubt? Eine Frau Sahine Theater – Schauspielerei, abgebrochene Germanistin, Romanverfasserin, Synchronsprecherin, Fernsehautorin, um nur einige ihrer Beschäftigungen zu nennen – ist auf den offenen in der Luft liegenden Gedanken gekommen, Heinrich von Kleists klassische Dichterkomödie „Der zerbrochene Krug“ schlankweg ins Berlinische zu versetzen.

Jetzt spielt die pralle Enthüllungskomödie nicht mehr im Niederländischen, sondern in Crossen bei Berlin in der Zeit des alten Fritz. Kleists heidlich verschlungener Sprachfall ist, was den Vers angeht, durchaus beibehalten. Takt muß man der hübschen Bearbeiterin zugestehen. Aber sie hat zusätzlich profaniert. Sie läßt die Sprache in Pampuschen gehen, wo Kleist sie immer wie auf dem heißen Draht laufen ließ.

Oft aber ist er auch angeheimelt. Er vermischt einen ungewohnten Duktus. Er findet für das 18. Jhr eine Art neuen, unvermerkten Plätschers. Manches geht da sicher den sprachli-

chen Bach runter. Aber als Experiment, als Lokalversuch ist die Kühnheit gelungen. Die Leute sind sozusagen, wenn sie ihre eigene Sprache hören, eingeweiht. Sie spüren Stallwärme. Das macht ihnen Spaß.

Ich erinnere mich, einmal Molières „Geizigen“ in Edinburgh direkt ins Schottische übertragen gehört zu haben. Das war (zumal beim „Geizigen“ für Schotten) brillant komisch. Es setzte der klassischen Komödie ein neues Sprachverständnis zu. Bei Kleist kriegte der alte Vorgang sicher keine neue Dimension. Aber eigentlich angefasst wird der Juch nicht. Nur die Schauspielerei sprechen jetzt sozusagen bequemer. Vielmehr ist mit dem Sprachtransport nicht gewonnen. Er wirkt nur näher, gemütlicher, wirkt etwas harmloser.

In der Berliner „Tribüne“, wo der Prinzipal, Klaus Sonnenschein, den Dorfichter Adam spielt und den „Krug“ gleich auch inszeniert hat, lachen die Leute vielmehr als bei Kleist direkt. Besonders auffälliger Wortwitz ist da nicht neu eingefügt. Insofern bleibt Kleist intakt. Aber ei-

gentümlich: Er wird langsamer gespielt. Er kommt wirklich dabei wie in sprachlichen Pampuschen. Er wird seiner klassischen Tiefe und Qualität weitgehend entboren. Kleist-Kenner mögen das bedauern. Kleist-Neulinge werden angeheimelt, werden dem alten Stoff sozusagen angebiebert. Das wäre ja was, immerhin.

Die kleine experimentale Anbiederung geht mit einigen ganz eindrucksvollen Leistungen auf der Bühne erstaunlich widerstandslos durch, auch wenn manchmal Berliner Schauspielerei sonderbarerweise gar nicht mehr recht deutlich „berlinisch“ können. Aber was verschlägt das? Die einen im Publikum genießen die populäre Transformation deutlich, die anderen staunen, was man mit unseren Altklassikern alles machen kann.

Hoffentlich greift solche sprachliche Umförmung nicht um sich. Denn was stünde uns nächstens ins Haus? Etwa „Hamlet“ auf bayerisch? Oder „Romeo und Julia“ auf hessisch? Oder „Romeo und Julia“ auf hessisch? Oder „Romeo und Julia“ auf hessisch? Da allerdings müßte einen schaudern. Der Himmel verhüte! FRIEDRICH LUFT

## JOURNAL

Karajan sagt Tournée nach Amerika ab

Herbert von Karajan, der an einer fiebrigen Virusinfektion leidet, hat jetzt auch seine Teilnahme an der Tournée der Berliner Philharmoniker in die USA und nach Japan aus gesundheitlichen Gründen abgesagt. Das Orchester will die Reisetournee vom 12. Oktober bis zum 1. November dennoch einhalten. Die Konzerte in New York, Chicago und Pasadena dirigiert James Levine, die in Boston und Tokio übernimmt Seiji Ozawa. Karajan hatte am Sonntagabend gegen den Rat seiner Ärzte eine Aufführung von Beethovens neunter Symphonie in der Berliner Philharmonie dirigiert. Bereits das Wiederholungskonzert am Sonntag mußte er absagen.

Veit Loers wird neuer Ausstellungsleiter

Der 44jährige Dr. Veit Loers, Leiter der Städtischen Galerie Regensburg, wird am 1. Januar 1989 erster Ausstellungsleiter des Museums Fridericianum/Kunsthalle in Kassel. Insgesamt lagen für diese Stelle 28 Bewerbungen vor. Im Museum Fridericianum/Kunsthalle sollen von 1988 an zwischen der alle fünf Jahre stattfindenden „documenta“ regelmäßig Ausstellungen gezeigt werden. Die documenta 8 findet vom 12. Juni bis 30. September 1987 statt.

Wissende, Eingeweihte und Verschwiegene

Mit der Esoterik im Abendland beschäftigt sich eine Ausstellung der Zentralbibliothek Zürich. Unter dem Titel „Wissende, Eingeweihte und Verschwiegene“ zeigt sie Bücher über Magier, Hexen, Teufelsbündler und Wahrsager, behandelt aber auch die Alchemie, die Theosophie und geheime Kulte von den antiken Mysterien bis zu Anthroposophen und Rosenkreuzern. Die Ausstellung ist im Predigerchor bis 22. November zu sehen. Der Katalog kostet 10 sfr.

Gomulkas Geburtshaus wurde Museum

In der polnischen Stadt Krosno, wo 1905 der frühere polnische KP-Chef Wladyslaw Gomulka geboren wurde, ist in seinem Geburtshaus ein Museum eröffnet worden. Während seiner Jugendjahre in der österreich-ungarischen Monarchie, der Beitritt zur illegalen KP 1926 und die Zeit an der Lenin-Schule unweit Moskau gut dokumentiert sind, werden die Verfolgungen in der Stalin-Ära sowie sein erzwungener Rücktritt 1970 nur lückenhaft dargestellt.

Ballett-Raritäten bei der Noverre-Gala

Mit einer Gala feiert die Noverre-Gesellschaft am 14. November das 25jährige Jubiläum des Stuttgarter Balletts. Auf dem Programm stehen als ausgesprochene Raritäten die ersten Choreographien, die seinerzeit John Noverre, William Forsythe, Uwe Scholz, Pierre Wyss und John Alway im Auftrag der Gesellschaft mit Mitgliedern des Stuttgarter Balletts erarbeitet haben.

Deutscher siegt beim Bergsteiger-Film-Festival

Für seinen Film über die Nordwand der Grandes Jorasses im Montblanc-Massiv ist der deutsche Regisseur Gerhard Baur bei dem 17. Festival des Bergsteigerfilms in Les Diablerets in der Schweiz mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden. Fünf weitere Preise gingen in den verschiedenen Kategorien an zwei französische Beiträge – „Christophe“ von Nicolas Philibert und „La conquête des abimes“ von Alain Baptizat –, die französische schweizerische Koproduktion „Les inconnus du Mont Blanc“ von Denis Ducroz und zwei schweizerische Filme: „Cumbre ou le sommet“ von Fulvio Maraini und „Vous avez dit lynx?“ von Michel Strobino.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Es ist sehr leicht, sich seitenweise geistreich“ zu mokieren, aber es ist sehr schwer, die eine Zeile zu schreiben. Der Mond ist aufgegangen.“ Nicht ein Dichter, ein Bildhauer hat das notiert. Hans Wimmer erinnert mit seinen Sentenzen „Über die Bildhauerei“ daran: „Die Einfachheit steht am Ende, nicht am Anfang, sie ist Resultat, nicht Programm.“ Es ist ein bemerkenswertes, bedenkenswertes Buch, weil es in einer Zeit, die vielfach die „Innovation“ als höchste Tugend des Künstlers ansieht, an die Wurzeln der Kunst erinnert: „Originalität ist nicht etwas, das plötzlich vom Himmel fällt, sondern Fortführung der Tradition.“ P. D. Hans Wimmer: „Über die Bildhauerei“, Piper, 60 S., 9,80 Mark.







## Kunden hoffen auf flexiblere Tarife der Bundespost

Telekommunikationsbedarf: Service und Vermarktung müssen verbessert werden

Die Interessen der Anwender der geschäftlichen Telekommunikation gegenüber der Deutschen Bundespost und auch den Herstellern vertritt die Deutsche Telekom e.V. Dementsprechend befürchtet sich diese Vereinigung mit den Gebühren und den Regulierungen der Bundespost für den Bereich der geschäftlichen Telekommunikation.

Für die Regierungskommission Fernmeldewesen hat die Deutsche Telekom die Bereiche Marketing und Kundenberatung, Dienste und Netze, Gebühren und Regulierungen, Endgeräte und private Ermittlungseinrichtungen sowie Leitungsausschaltungen und Störungsbeseitigung beurteilt und kam dabei zu den folgenden Ergebnissen:

Nach Anwendermeinung ist die Bundespost hervorragend geeignet, das Marketing und die Kundenberatung für Dienste und Geräte durchzuführen, die sich einer großen Verbreitung erfreuen. Dazu gehören zum Beispiel der Fernsprechkundendienst, Telex und Heimtelefonanlagen.

sogenannten Mehrwertdienste, das heißt Telekommunikationsdienste mit Speicher-, Umwandlungs- oder Verarbeitungsvorgängen, selbst anzubieten.

Aufgrund ihrer Monopolstellung läßt sie gewerbsmäßige Privatanbieter, die dafür von der Bundespost gemietete Leitungen oder eigene Netze verwenden wollen, nicht zu und verhindert somit einen für die Anwender nützlichen Wettbewerb, der zur Verbilligung von Dienstleistungen und zur Innovation von Telekommunikationsformen führen könnte.

### Planungssicherheit muß gewährleistet sein

Diese restriktive Fernmeldepolitik sollte die Bundespost beenden. Sie könnte die von ihr geführten Gefahren einer Tarifarbitrage selbst durch eine kostenorientierte Harmonisierung der Gebühren beheben.

Die Anwender der geschäftlichen Telekommunikation sind an einer stabil finanzierten Post interessiert. Die von der Bundespost erhobenen Gebühren sind im großen und ganzen angemessen, auch im internationalen Vergleich. Ausnahmen bilden nationale Datenleitungen, die im Preisvergleich zum Beispiel mit Großbritannien schlecht abschneiden.

Ein besonders kritischer Punkt für die Anwender der geschäftlichen Telekommunikation ist das Vorhandensein von öffentlichen Netzen in Abhängigkeit von der Nutzungszeit zu tarifieren. Es wird für sachfremd gehalten, Gebühren nicht nach dem Ersatz verbrauchter Ressourcen, sondern zur Verhinderung unerwünschter Nutzungsformen zu bemessen.

Trotzdem sieht die Telekom die Einführung der „nutzungszeitabhängigen Tarifierung“ (nT) noch positiv, da damit eine Reihe von Anwendungen möglich werden, die sonst verzichtet werden müßte.

Auch das Problem der Fernmeldeleistungen für andere könnte durch die nT gemildert werden, und Value-Added-Network-Dienste könnten entstehen. Entscheidend ist jedoch, daß die nutzungszeitabhängige Tarifierung sich harmonisch zwischen den Mietleistungsgebühren und den öffentlichen Netzen einfügt und nicht Anwendungen verhindert.

Die Frage, ob die nT ordnungspolitisch vertretbar ist, wird derzeit von einer Reihe von Institutionen überprüft und sicherlich auch die Regierungskommission beschäftigen.

Die Deutsche Telekom wendet sich jedoch mehr den praktischen Gegebenheiten der Telekommunikation zu. Ihre Forderung ist, daß Gebühren kostenorientiert gestaltet sein sollten und Quersubventionen zwischen den einzelnen Diensten vermieden werden.

Kurzfristige, sprunghafte, nicht transparente Gebührenänderungen fügen den Kunden Schaden zu, die sich in

ihre Geräuschausstattung auf ein bestmögliches Kosten-Nutzen-Verhältnis eingestellt haben. Dies muß sich die Bundespost bei allen Änderungen vor Augen halten. Daher verlangen die Anwender, daß bei allen Gebührenmaßnahmen dem berechtigten Anliegen der Planungssicherheit mehr als bisher Beachtung geschenkt wird.

Die rechtlichen Verordnungen des gesamten Fernmelderechts sind viel zu umfangreich und dem Anwender nicht mehr zuzumuten. Eine Vereinfachung und auch Verbesserung wird durch die neue Telekommunikationsordnung, die ab 1988 Wirksamkeit erhält, erwartet.

Die Bundespost ist aufgerufen, die privaten Netzwerke in ihrem Gewicht künftig anzuerkennen, ihren Aufbau zu fördern, insbesondere sie von allen einschränkenden Regulierungen und Schallverböten freizustellen, die nicht nur allein aus technischen Gründen notwendig sind.

Eine Mehrfachausnutzung mit verschiedenen Telekommunikationsformen, wie zum Beispiel Sprache, Text, Daten, Bilder, sollte für festgeschaltete Verbindungen national ebenso möglich werden, wie dies international bereits der Fall ist.

Generell sieht die Deutsche Telekom eine Beteiligung der Bundespost als Lieferant in Konkurrenz zu anderen positiv. Die Wettbewerbsbedingungen sollten jedoch vergleichbar sein. Kleine und mittlere Anwender der geschäftlichen Telekommunikation beklagen sich immer wieder über die Bedingungen für die Vermietung von Nebenstellenanlagen.

So sind beispielsweise zehn Jahre Mietzeit mit laufender Verlängerung bei jeder Änderung und hohe Vertragsstrafen bei vorzeitiger Kündigung nicht mehr zeitgemäß. Ebenso sollte die Baustufenordnung der Nebenstellenanlagen abgeschafft werden.

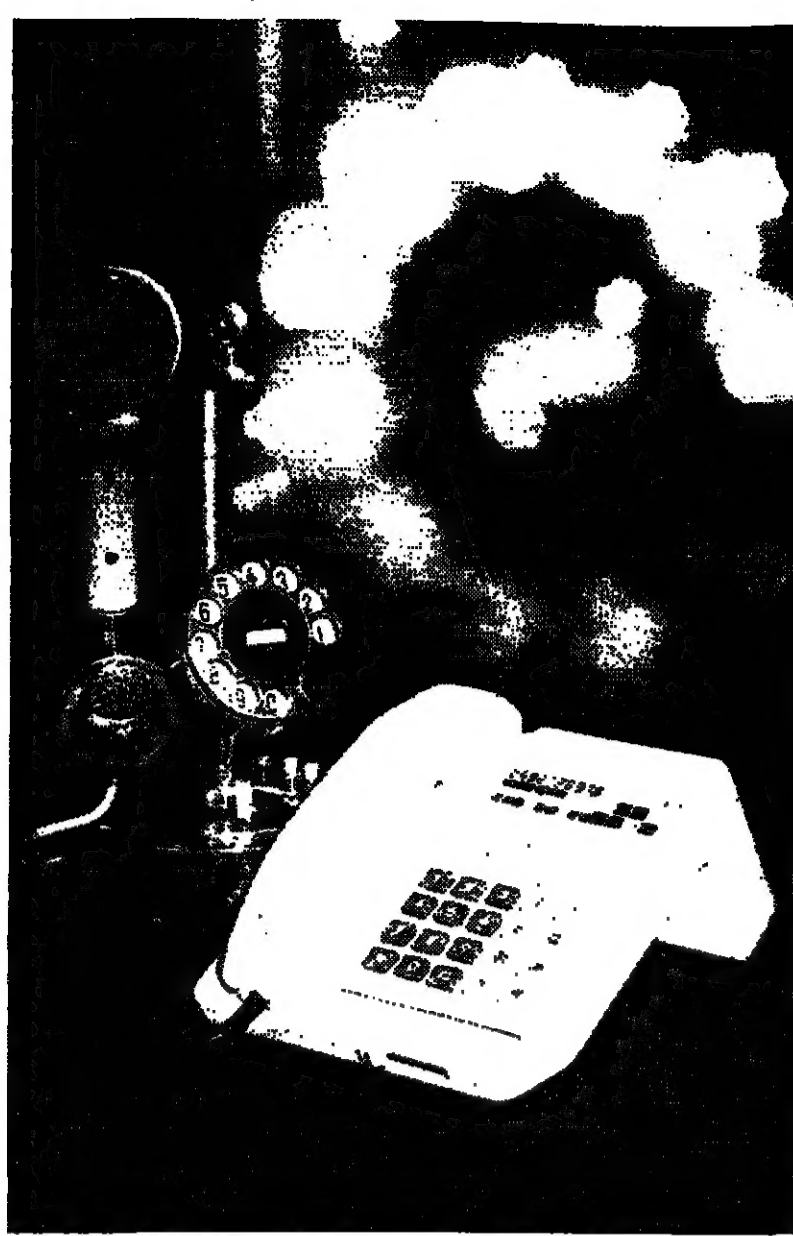
Zahlreiche Großanwender beklagen sich über eine regional zwar unterschiedliche, aber insgesamt in zahlreichen Fällen viel zu lange Wartezeit bei der Neuschaltung von Festverbindungen für Datenkommunikation im nationalen Bereich.

### Mängel bei internationalen Mietleistungen

Für internationale Mietleistungen sind diese Klagen ebenfalls vorhanden, hier mag jedoch der Grund für die Verzögerung zum Teil im Ausland liegen, da auch der Eindruck besteht, daß technische und terminliche Koordinierungsprobleme zwischen den Verwaltungen bestehen.

Die Störungsbeseitigung bei Leitungen geht zu zögerlich und unflexibel. Die Telekom meint, daß die Bundespost als Monopolist für eine angemessene Dienstleistung zu sorgen hat und die erforderlichen personellen Voraussetzungen schaffen muß.

WALTER GRAU



Technik im Wandel: Alter und neuer Telefonapparat

FOTO: TN

## Schwerpunkt der Messe ist die Telekommunikation

Zur Orgatechnik kommen 1800 Firmen aus 29 Ländern

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann wird am 16. Oktober in Köln die Eröffnungssprache für den Orgatechnik-Kongress unter dem Motto „Technologien zur Ertragsicherung“ halten. Schwerpunkt dieses Kongresses ist die Telekommunikation. In diesem Jahr werden rund 1800 Firmen aus 29 Ländern das internationale komplette Angebot für das gesamte Büro zeigen.

Starke Zuwächse verzeichnet auf der Orgatechnik der Sektor Kredit- und Versicherungswesen, der erstmals als Spezialmarkt konzentriert vorgestellt wird. Das große Interesse an dieser Spezialmesse in Köln belegen den rasanten Aufschwung: In diesem Jahr hat sich die Zahl der Aussteller gegenüber der letzten Orgatechnik um fast die Hälfte erhöht.

Nach der Eröffnung soll im Podiumsgespräch mit Anwendern, Herstellern, Post und Gewerkschaften die Frage erörtert werden, wer denn bei der Bürokommunikation auf die Innovationsbremse trete.

Diese Diskussion erfolgt vor dem Hintergrund, daß, obwohl die Deutsche Bundespost und Hersteller Netze, Anlagen und Geräte neuester Art anbieten, die Anwender aus verschie-

den Gründen nur sehr zögerlich davon Gebrauch machen.

Die Innovationschübe in der modernen Informations- und Kommunikationstechnik brauchen für die Umsetzung in die Betriebspraxis einen Orientierungsrahmen. Mit dem reinen Kauf der Hardware sind Lösungen in diesen Bereichen nicht erreichbar.

Vielmehr ist es erforderlich, daß organisatorische Vorarbeiten geleistet werden, die Zielsetzungen realitätsdefiniert sind. Dies ist auch der Ansatz, zu dem das Telecom-Forum des Orgatechnik-Kongresses einen maßgeblichen Beitrag leisten will.

Behandelt wird die gesamte Breite der derzeit aktuellen Themen der Telekommunikation – von den Fragen des Postmonopols bis hin zum Arbeitsplatz im Betrieb.

Außerdem werden im kleinen Kreis beispielsweise die Tarifpolitik der Bundespost, die Möglichkeiten von neuen Diensten und Netzen, die Probleme beim Kauf von Nebenstellenanlagen und mögliche Mängel im Dienstleistungsangebot besprochen.

Das Telecom-Forum wird seit 1980 veranstaltet und von etwa 500 Teilnehmern besucht. (WR)

## Europa beschließt eine gemeinsame Strategie

ISDN ermöglicht neues integriertes Fernmeldenetz

Während im Bereich der Datenverarbeitung und den direkt damit zusammenhängenden Sektoren, zum Beispiel den Local Area Networks, Europa als Ganzes bereits seit vielen Jahren gegenüber den USA oder Japan eindeutig im Hintertreffen ist und wohl auch bleiben wird, können es die europäischen Nationen auf dem Gebiet der Telekommunikation durchaus mit diesen Hauptkonkurrenten aufnehmen.

Die große und wohl auch einzige Chance der Europäer besteht in dem Entstehen von integrierten Fernmeldenetzen:

- dem Schmalband-ISDN, möglich durch konsequente Digitalisierung aller Bauteile der heutigen analogen Telefonnetze mit Ausnahme der Kabel;
- dem Breitband-ISDN, das auf dem Schmalband-ISDN aufbaut und die optische Nachrichtentechnik – gemeinhin mit dem Stichwort „Glasfaser“ gekennzeichnet – benötigt.

Diese integrierten Fernmeldenetze – eine neue Infrastruktur mit viel leicht künftig größerer volkswirtschaftlicher Bedeutung als die klassischen Infrastrukturen (Straßen, Eisenbahnen, Wasser- und Luftfahrt) – sind aufgrund der ordnungspolitischen Situation in Europa, wo sich Fernmeldenetze mit einer Ausnahme im Monopol einer Fernmeldeverwaltung oder öffentlicher Betriebsgesellschaften befinden, leichter und einheitlicher aufzubauen als zum Beispiel in den USA, wo es heute eine Vielzahl von Netztägern gibt.

Dieser Vorteil Europas kann jedoch nur genutzt werden, wenn die europäischen Fernmeldeverwaltungen und Betriebsgesellschaften sich sowohl zeitlich als auch technisch zu einem gemeinsamen Vorgehen entschließen, um einen möglichst großen und einheitlichen Binnenmarkt zu schaffen.

### Aktivitäten mit GAP gestartet

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat die strategische Bedeutung der künftigen Fernmeldenetze erkannt und im September 1983 sechs Aktionslinien verabschiedet:

1. Aufstellung von mittel- und langfristigen Zielen innerhalb der Gemeinschaft;
2. Definition und Durchführung eines gemeinsamen Vorgehens bei Forschung und Entwicklung;
3. gemeinsames Vorgehen der Gemeinschaft zur Schaffung eines einheitlichen Endgerätemarktes und eines einheitlichen europäischen Status;
4. gemeinsame Entwicklung des zwischenstaatlichen Teils einer künftigen Fernmelde-Infrastruktur innerhalb der Gemeinschaft;
5. volle Ausnutzung der modernen Telekommunikationstechniken zur Förderung der unterentwickelten Regionen und zum Ausbau ihrer Infrastruktur;
6. allmähliche Ausweitung derjenigen Sektoren der Fernmeldegeräte-

Märkte der Gemeinschaft, die von den Beschaffungen der Netztäger beherrscht werden.

Im Rahmen dieser Aktionslinien hat die Europäische Kommission bereits eine Vielzahl von Aktivitäten gestartet. Sie hat eine „Gruppe Analyse und Prognosen“ (GAP) geschaffen, die aus Vertretern der Kommission und der Fernmeldeverwaltungen besteht, die Vertreter der Fernmeldeindustrie und Beratungsunternehmen hinzuziehen.

Wesentliche und dringlichste Aufgabe der GAP ist die Entwicklung einer koordinierten, auf die ganze Gemeinschaft ausgerichteten Einführungsstrategie für das:

- Schmalband-ISDN und das
- Breitband-ISDN.

### Private Initiativen müssen verstärkt werden

Für die Anwender ist ein angebotsorientiertes Vorgehen der Netztäger in der Anfangsphase eines neuen Netzes ungemein wichtig.

Auch die großen Anwender haben heute mehrjährige Planungsphasen für ihre Anwendungen, und nur der Aufbau eines gewissen Anfangsnetzes – unabhängig von der Nachfrage, das heißt der Summe der Einzelentscheidungen einer Vielzahl von Individuen – verschafft dem einzelnen Anwender die Gewißheit, daß ihm zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Netz mit einem vorhersehbaren Ausbaugrad zur Verfügung steht.

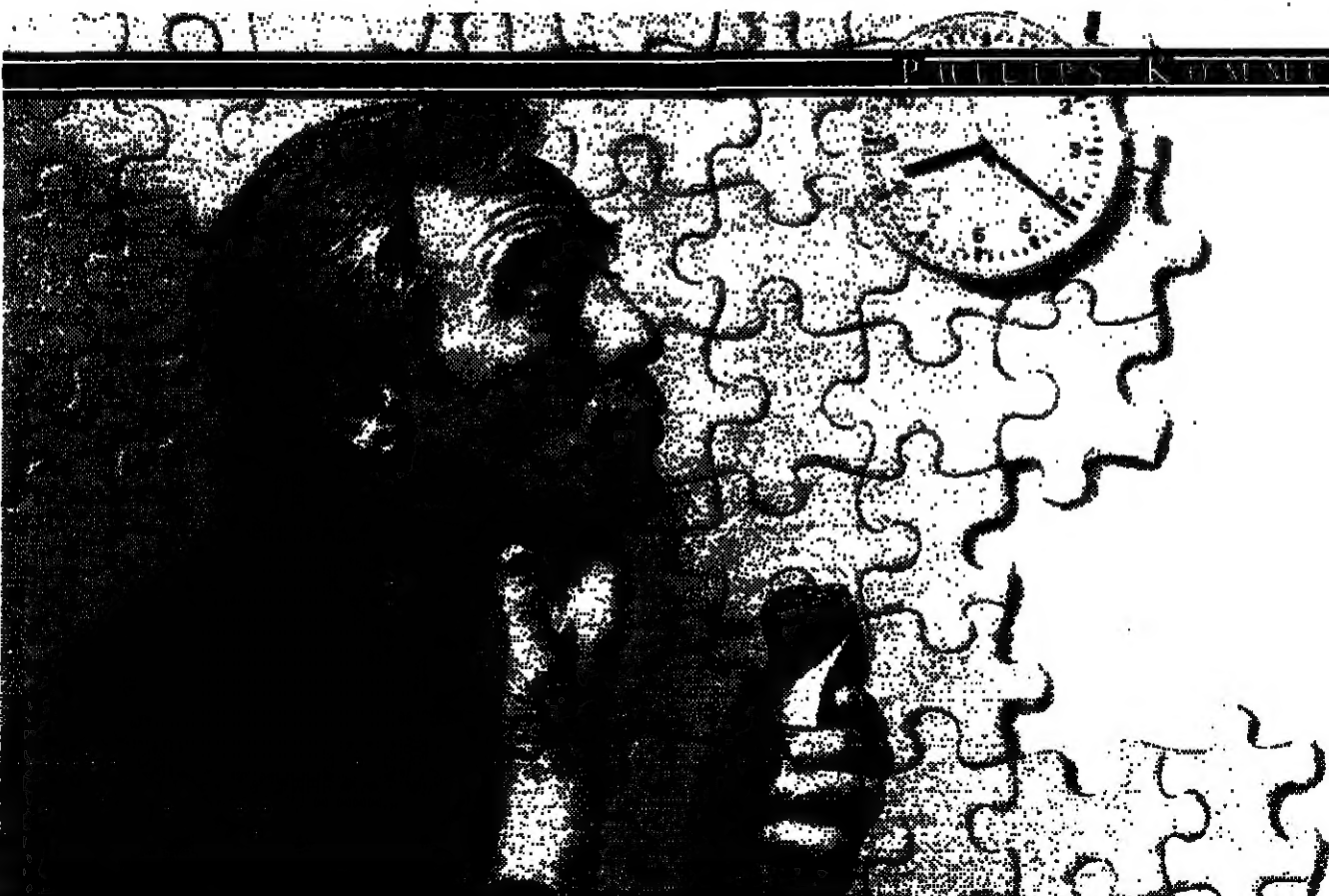
Ziel und Aufgabe der EG-Kommission ist es, die Erfüllung beziehungsweise Erreichung der in den Römischen Verträgen festgelegten Bestimmungen beziehungsweise Ziele zu fördern und durchzusetzen.

Eine Aufhebung und Beschränkung der bestehenden Fernmelde-monopole beziehungsweise eine Liberalisierung des Fernmeldewesens in der Gemeinschaft – was immer man darunter verstehen mag – ist hierbei kein Ziel, sondern einzig und allein ein Mittel zum Zweck.

Die Erreichung dieser Ziele kann einerseits durch eine Stärkung der Verantwortung und Rolle der bestehenden staatlichen Monopole im Fernmeldewesen und andererseits durch Einzelmaßnahmen zur Stärkung privater Initiativen gegenüber oder parallel zu diesen Monopolen vorangetrieben werden.

Was die Ziele der Römischen Verträge zur Liberalisierung betrifft, so sind dies vor allem Maßnahmen, die auf einen Abbau noch bestehender Schranken für Güter, Handel und Dienstleistungen beziehungsweise die Vermeidung des Entstehens neuer Barrieren im Zuge der heutigen Regulierung des Fernmeldewesens in den Mitgliedsstaaten und des Aufbaus neuer Netze hinauslaufen.

Diese innereuropäische Liberalisierung ist nicht gleichzusetzen mit dem häufig in der Bundesrepublik Deutschland unüberlegt gebrauchten Schlagwort Liberalisierung der Post, meist angelehnt an US-Beispiele. FRANZ ARNOLD



## Direktor Müller muß sich um 10.30 Uhr in Paris und um 13.30 Uhr in New York sehen lassen.



Philips Kommunikations Industrie AG

Philips Kommunikations Industrie AG  
Kommunikationssysteme  
Thurn-und-Taxis-Str. 14  
8500 Nürnberg 10 · Tel. 0911/5 26 28 99

Büro- und Informationssysteme Kommunikationssysteme Nachrichtentechnik und -anlagen

Jetzt ist es in Hamburg 8.21 Uhr und er rasiert sich noch in aller Ruhe zu Hause. Aber auch seine Gesprächspartner in Paris oder New York sehen dem wichtigen Konferenztermin ohne hektische Reisevorbereitungen entgegen, denn alle können ohne Sorge um Verkehrsverbindungen und Reiseaufwendungen den Philips-Video-Konferenzraum pünktlich zum Gesprächstermin erreichen. Dort wartet auch schon Direktor Müller mit dem Leiter seiner Entwicklungsabteilung, deutlich sichtbar auf großen Farbblid-

schirmen und über eine komfortable Tontechnik zu verstehen. So können keine Mißverständnisse auftreten, denn jeder Punkt wird diskutiert und selbst kleinste Details der Planung werden über eine Dokumenten-Kamera haarscharf übertragen. Der Philips-Video-Konferenzraum ist ausgestattet mit der kompletten Video- und Audiotechnik, allen Übertragungs- und steuerungstechnischen Einrichtungen, von der Verkabelung bis zum Computer und den Aufnahme- und Wiedergabegeräten. Sichere Philips-

Technik von heute – eingesetzt für die neuen Formen natürlicher Kommunikation. Seitdem Herr Direktor Müller für seine wichtigen Konferenzen den Philips-Video-Konferenzraum nutzt, wurden seine Besprechungen durch konzentriertes Arbeiten effektiver – ganz ohne Zeitverlust und Reisespesen. Allerdings: Gut rasiert sollte man schon sein, denn der Gesprächspartner bemerkt alles. Wenn Sie eine Probeaufnahme machen wollen, sollten Sie mit Philips über Videokonferenz reden: 0911/5 26 28 99. Wir setzen uns zusammen.



PHILIPS



## Was tun, wenn einem die Idee des Tages während der Fahrt einfällt?

Diktiergeräte – nützliche, aber unterschätzte Helfer – sind noch vielseitiger geworden

Zahlreiche Untersuchungen aus der Praxis haben bewiesen: Bildschirm-Mikrocomputer und Diktiergeräte gehören zusammen und bilden eine organisatorische Einheit, die die Leistungsfähigkeit des Sekretariats wesentlich steigern kann.

Welche Bedeutung der Textansage bei verschiedenen Diktierverfahren zukommt, zeigt unter anderem eine Untersuchung in einer großen Bundesbehörde; darin verglich man den Zeitaufwand des Diktierers und der Sekretärin bei verschiedenen Formen der Textansage: beim handschriftlichen Konzept, beim Stenogramm und beim Diktiergerätediktat. Grundlage war jeweils eine geschriebene DIN-A4-Seite mit 1500 Anschnitten.

Die Diktierzeit ging beim Übergang vom handschriftlichen Konzept zum Stenogramm um 56 Prozent, beim Wechsel zum Diktiergerät sogar um 72 Prozent zurück. Bei der Schreibkraft nahm dagegen der Zeitaufwand beim Schreiben nach Stenogramm gegenüber dem nach handschriftlichem Konzept um 47 Prozent zu, da die Sekretärin auch während des Diktats beim Diktiergerät sitzen muß; sie spart aber beim Einsatz von Diktiergeräten 32 Prozent ihrer Zeit, gegenüber dem Stenogramm sogar 55 Prozent.

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Dazu kommt, daß der Bildschirm-Mikrocomputer die Benutzung des Diktiergerätes für manche Chef wesentlich erleichtert. Er befreit ihn von dem psychologischen Druck, „druckreif“ diktieren zu müssen. Da seine Sekretärin überall auf ihrem Bildschirm Textteile einfügen und löschen kann, braucht der Diktierer seine Texte ins Diktiergerät nicht anders zu sprechen, als wenn er sie stenographieren ließe.

Diktiergeräte gibt es für jeden Bedarfsfall. Weit verbreitet sind die handlichen Reisediktiergeräte, die „pocket memos“, die sich einfach bedienen lassen und eine gute Tonqualität im Wiedergabegerät der Sekretärin garantieren. Bei ihr kommt es viel

mehr auf die Silben- und Wortverständlichkeit an als beim Diktierer. Bei einigen Büromodellen ist das Diktiergerät kombiniert mit einem Anrufbeantworter. Hier kann sich die Sekretärin, wenigstens zeitweise, vor „lästigen“ und ihre Arbeit immer wieder unterbrechenden Telefongesprächen schützen. Diese Kombination kann also die typische Hektik im Sekretariat mildern.

Oft würden Chef und Sekretärin am liebsten – mindestens teilweise – zu verschiedenen Zeiten arbeiten. Sie, vielleicht ein „Morgenmensch“, wäre gern als erste im Büro. Er ande-

in ein griffbereit im Wagen liegendes Diktiergerät zu sprechen. Mit ein paar Worten ist die Idee gespeichert. So geht kein wertvoller Gedanke mehr verloren.

Ist aber das Diktiergerät für Ideen-sammlungen überhaupt geeignet? Wäre es nicht viel zu umständlich, sich den aufgesprochenen Text abzu-hören und auszuwerten? Ein Notiz-zettel ist bestimmt übersichtlicher. Ein Blick genügt, um sich alle Ein-tragungen ins Gedächtnis zurückzu-rufen.

Den Tonträger muß man aber je-desmal vollständig ablaufen lassen, da es nicht möglich ist, die aufgespro-chenen Informationen überblickartig zu erfassen. Also soll-te man die Bequem-lichkeit der Ideen-sammlung mit der Übersichtlich-keit eines Zettels kombinieren. Dazu braucht der Manager sich nur die auf dem Tonträger festgehaltenen Ge-danken von seiner Sekretärin auf eine Liste schreiben zu las-sen, die dann abgeab-

beitet wird, bis sie erledigt ist und ihren Zweck erfüllt hat. Manchem be-gesterten Hobbyfotografen gelang es bereits, einige seiner Bilder in Fach-zeitschriften zu veröffentlichen. Er ist dann stolz auf diese Erfolge. Für sein eigenes Bildarchiv und die Veröffent-lichungen braucht er detaillierte Hin-weise über das Filmmaterial, die Lichtverhältnisse bei der Aufnahme, über Uhrzeit und Datum, die Blende und Zeitstellung und die Brenn-weite des Objektivs.

Auch ihm kann das Diktiergerät helfen. Mit ihm braucht er alle Daten nur noch zu sprechen und sich nicht mehr bei jeder Aufnahme alles zu no-tieren; das erhöht seine ständige „Schußbereitschaft“.

Eigentlich ist der Name „Diktierge-rät“, der ja den Einsatzzweck sehr eng begrenzt erscheinen läßt, nicht mehr gerechtfertigt. Aber jeder hat sich an ihn gewöhnt. Allerdings wis-sen erfahrungsgemäß nicht alle Diktier-geräteeigentümer, daß das „Diktat im Büro“ nur eine von vielen Arbeiten ist, die diese Geräte ihnen erleichtern können.

HEINRICH PUTZ

### Der Minuten-Vergleich

Diktierart	Zeitbedarf in Minuten (netto) für			
	Diktierer	Ersparnis	Schreibkraft	Ersparnis
Handschriftliches Konzept	25	–	19	–
Stenogramm	11	56%	11+17=28	47%
Diktiergerät	7	72%	13	32%

rerseits, ein „Nachtarbeiter“, findet abends nicht nach Hause.

Das Diktiergerät kann die notwen-digen Abstimmarbeiten zwischen ih-nen erleichtern: Er spricht abends, wenn er ungestört planen und dispo-nieren kann, seine Wünsche auf die Kassette; sie findet morgens seine Anweisungen vor, hat meist alles er-ledigt, bevor er ins Büro kommt.

Der Vorteil des neuen Organi-sationsmittels: Jeder arbeitet entspre-chend seinem Lebensrhythmus und gewinnt dadurch einige Stunden täg-lich, in denen er seine Arbeit in Ruhe – also ohne die üblichen Unterbre-chungen – erledigt.

Mancher Manager hat seine besten Ideen beim Autofahren – besonders bei längeren Reisen auf einer relativ freien Autobahn. Wie soll er sie dann festhalten? – Den Wagen stoppen und sich Notizen machen? – Das wäre wohl etwas zeitaufwendig und um-ständlich. Oder den Einfall ununter-brochen vor sich hinhinmurmeln, um ihn ja nicht zu vergessen? Das wäre kaum zweckmäßiger.

Viel einfacher ist es, die Gedanken

## Deutsche sind faul beim Telefonieren

Da sich in vielen Ländern jeder seine Telefone im Supermarkt kaufen, jeden Winkel seiner Wohnung damit ausrüsten kann, kennen selbst Experten genaue Zahlen nicht mehr: Schätzungen sprechen von 625 Millionen Apparaten auf der Welt.

Zählt man jedoch die Hauptan-schlüsse, denen also bei der Ver-mittlung eine eigene Rufnummer zugeordnet ist, wird das Bild klarer. Davon gibt es genau 398 969 000 Stück. So nachzulesen in der Fern-sprechstatistik 1984, jetzt von der Internationalen Fernsprecheinunion veröffentlicht.

Jeder Einwohner der USA greift demnach pro Jahr fast 1600 mal zum Hörer. In der Bundesrepublik scheint man dagegen telefonierfau-ler zu sein, hier sind es nur 129 Gespräche pro Jahr (Platz sieben). In den USA laufen fast 90 Prozent aller Gespräche innerhalb des Orts-netzes, in der Bundesrepublik sind es knapp zwei Drittel.

Besser schneiden die Deutschen beim Telefonieren ins Ausland ab: Hier liegen sie mit fast 370 000 hin-ter den USA auf Platz zwei. Rechnet man das jedoch in Gespräche pro Einwohner um, erweist sich die Schweiz mit einem Wert von 20,8 als Spitzenreiter, die Bundesrepublik liegt mit 6,0 erst auf Platz sieben. In den USA spricht jeder Einwohner nur zweimal pro Jahr mit dem Aus-land, in Japan sogar nur alle drei Jahre einmal.

Die Dänen telefonieren am lieb-sten mit ihren Landsleuten: Sie füh-ren in der Statistik der Inlandsfern-gespräche mit 267 pro Einwohner, vor den USA (182). Die Bundes-republik liegt mit 156 auf einem guten fünften Rang.

Spitze ist unsereiner bei den Te-lexanschlüssen, davon gibt es hier-zulande mehr als in jedem Land auf der Welt (159 398). Prozentual ge-sehen laufen uns allerdings die Lu-xemburger den Rang ab, denn sie besitzen 61,8 Telexapparate pro 10 000 Einwohner, die Bundesre-publik dagegen nur 36. Die USA in-vestierten 1984 fast 22 Milliarden US-Dollar in ihr Fernmeldewesen, die Bundesrepublik etwa fünf Milliar-den.

## Mobile Roll-Box verwandelt jedes Zimmer in einen Konferenzort

Mit Kabel und Video – Besprechungen werden wirtschaftlicher und effektiver

Videokonferenzsysteme gibt es inzwischen in unterschiedli-chen Komfortstufen, für Personen-gruppen in variablen Größen, mobil oder fest installiert. Je nach Bedarf lassen sich somit die Investitionskosten im Rahmen halten. Der Ent-scheidung für eine Videokonferenz-einrichtung gehen in der Regel Wirt-schaftlichkeitsbetrachtungen voraus.

Als Hersteller von Kommunika-tions- und Videogeräten ist zum Bei-spiel Philips innerbetrieblich auch Anwender moderner Bürokommun-ikation. Die an verschiedenen Produk-tionsorten liegenden Fabriken der Philips Kommunikationsindustrie AG (PKI) sowie der notwendige Kon-takt mit der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie GmbH (Alldphil) in Hamburg machen Überlegungen not-wendig, diese Verbindungen effizien-ter zu gestalten.

Eine Untersuchung ergab, daß trotz relativ hoher Investitionskosten die Rentabilitätsschwelle sehr schnell erreicht werden kann. Bei Verwendung eines Konferenzraumes mit mobiler Audio-/Videoeinrichtung genügen bereits drei einstündige Vi-deokonferenzen pro Monat mit je drei Personen, um die Rentabilitätsgrenze zu erreichen.

Die preisgünstigste Ausstattung ist ein Konferenzraum mit kompakter

Audio-/Videoeinrichtung für drei Per-sonen. Teil dieser Einrichtung ist eine mobile „Dokumenten-Einheit“ mit Dokumenten-Kamera, Die-Abtastung und -Projektion sowie Video-Einspie-lung. Alle Funktionen dieser Einhei-ten können mit einer Infrarotfernbe-dienung gesteuert werden.

Die modulare „Rollbox“ hat den Vorteil, daß sie in jedem beliebigen Raum funktionsfähig einsetzbar ist, der über einen entsprechenden Glas-faser-Anschluß verfügt. Die Kosten für ein solches Drei-Personen-VK-Büro bewegen sich bei rund 100 000 bis 120 000 Mark. Mit diesem kom-pakten Videokonferenzbüro folgt die PKI dem Trend, vorhandene Konfe-renzzimmer bei Bedarf als Videokon-fferenzräume zu nutzen.

Ein Videokonferenzraum lohnt schon, wenn sich Verhandlungspart-ner häufig besprechen müssen. Von den Investitionen und den Betriebs-gebühren hängt ab, wann derartige Räume sogar rentabel arbeiten. Eine Investition von 500 000 Mark für ein Großstudio ist schon rentabel, wenn zum Beispiel ein Vier-Personen-Team anstelle von Dienstreisen sie-ben einstündige Video-Konferenzen pro Monat hat. Dem Vergleich wur-den durchschnittlich 1000 Mark In-landsreisekosten pro Person und Rei-se zugrunde gelegt.

Am Beispiel eines mobilen Video-konferenzraumes für drei Personen (Preis 100 000 bis 120 000 Mark) wird errechnet, daß die Rentabilitätsschwelle schon bei drei einstündigen Videokonferenzen pro Monat eintritt.

Folgende beispielhafte Gründe sprechen für Videokonferenzen:

- keine unproduktiven Reisezeiten;
- geplante und vorbereitete Video-konferenzen im gesteckten Zeitrah-men erhöhen die Effizienz;
- spontanes Hinzuziehen von Spe-zialisten ohne Mehrkosten möglich;
- ergänzende Unterlagen können ohne Schwierigkeiten hinzugezogen werden und
- Entscheidungsprozesse werden beschleunigt.

Die in Nürnberg und Hamburg ein-gerichteten Videokonferenzstudios kommunizieren miteinander über das öffentliche digitale Netz der Bundes-post. Da sie nicht nur Anwender, son-dern auch Anbieter derartiger Ein-richtungen sind, soll auch Interessen-ten der Vorteil der Videokonferenz-räume gezeigt werden.

Es ist geplant, weitere firmenei-gene Studios auf nationaler und interna-tionaler Ebene zu installieren und da-mit das von der Post zur Verfügung gestellte Breitbandnetz zu multination-alen Konferenzkommunikation zu nutzen.

H. H. HOFFMANN

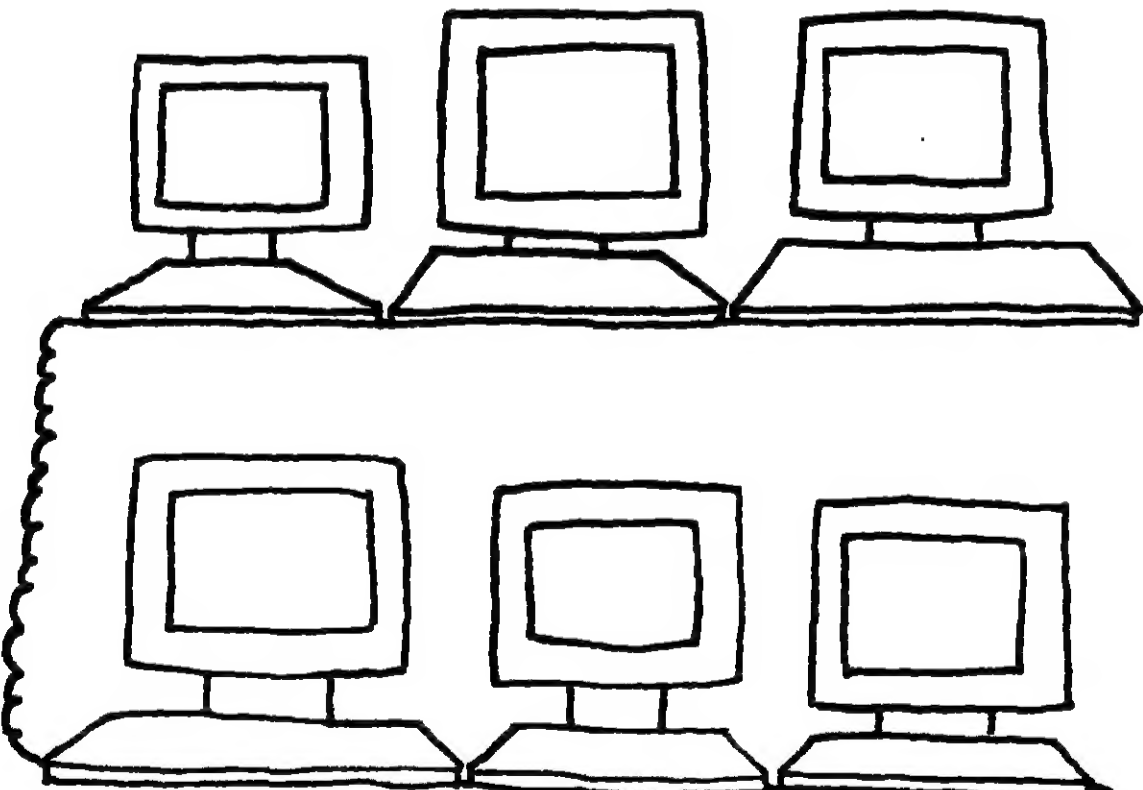
### Wirtschaftlichkeit von Videokonferenz gegenüber bewerteten Reisekosten bei 4 Reisenden/Teilnehmern je Konferenz (in TDM)

Reisekosten	4 Personen	21 600	22 400	23 200
1	4000	20 800	21 600	22 400
7	28 000	25 600	31 200	36 800
9	36 000	27 200	34 400	41 600
13	52 000	30 400	40 800	51 200
26	104 000			103 200



Mehr Effektivität: Konferenzen richten am Hauptort und in Niederlassungen Videokonferenzräume ein. FOTO: PKI

Es ist völlig gleich, aus welchem Haus Ihre Hardware stammt. Der Satellit mag alle Systeme.



Jetzt können Sie in Ihrem Betrieb ein vollkommen neues Kapitel der Kommunikation eröffnen. Denn per Satellit lassen sich viele Probleme der betrieblichen Information effektiver lösen: Ob im Sprach-, Bild-, Text- oder Datenbereich – über Satellit sind Sie weltweit on-line im Gespräch. Allerdings steht zwischen dem Entschluß und der tatsächlichen Nutzung dieser modernsten Kommunikationsform allerlei Organisation. Genau hier setzt unser Service ein. Mit der DETECON-Projektgruppe Satelliten Marketing (PSM) haben Sie einen Partner, der Sie system-neutral berät. Der besondere Vorteil: Unsere Beziehungen zu allem, was weltweit Post heißt. Das erspart Ihnen manches. Vor allem Geld, denn die Beratung durch PSM ist für Sie kostenlos.

**DETECON: Berater in Sachen Zukunft**  
DETECON GmbH Eidesberger Allee 64 53 Bonn 2

16. bis 22. Oktober  
**ORGATECHNIK KÖLN '86**  
Halle 9, Stand 7, Gang C

02 28/81 70  
Verlangen Sie  
PSM. Oder  
schreiben  
Sie uns.

**ORGATECHNIK CONGRESS '86**

**Köln – Neues für TC-Fachleute**

Köln, 16. bis 21. Oktober 1986

## Das Telecom-Forum des ORGATECHNIK-CONGRESSES

### Referate

- Das DBP-Monopol im Spiegel der Meinungen
- ISDN-Aspekte, ein 2tägiges Forum mit 19 Fachreferaten
- Satelliten und Glasfaser in der Anwendung – Breitbandkommunikation
- Der kommunikative Arbeitsplatz · Bürokommunikation ... für wen? ... was? ... warum?

### Insiderdiskussionen

- Value Added Services
- ISDN-fähige Nebenstellenanlagen
- Tarifgestaltung der Deutschen Bundespost
- Das Dienstleistungsangebot der DBP

Weitere Themen des ORGATECHNIK-CONGRESSES sind: INFORMATIONSVARBEITUNG, TEXTVERARBEITUNG, BÜROTECHNIK, ORGANISATION

## Telekommunikation ist ein Schwerpunkt im Angebot der ORGATECHNIK

Über 200 Firmen aus 17 Ländern zeigen Kommunikationssysteme aller Typen.

Bitte fordern Sie das detaillierte Congress-Programm und das Aussteller-Verzeichnis an: telak, Schmitzbüchel 27a, D-5063 Overath. Auch über die Vorteile einer Mitgliedschaft in der DEUTSCHE TELECOM e.V. informieren wir Sie gern. Sie finden uns auf der ORGATECHNIK in der Passage zwischen den Hallen 13 und 14.



**DEUTSCHE TELECOM e.V. (DTeV)**  
Vereinigung von Anwendern der geschäftlichen Telekommunikation



## Eine ganz bestimmte Telefonnummer für den großartigen Kundendienst

„Service 130“ weltweit zum Ortstarif - Neue Marktchancen der Wirtschaft

Es ist schon ein bemerkenswerter Kundendienst, der dem zukünftigen Hotelgast der Hotelkette X ermöglicht, zum Ortstarif (acht oder zwölf Minuten für 23 Pfennig) in London sein Zimmer reservieren zu lassen, womöglich noch für die Vereinigten Staaten. Diese Möglichkeit bietet die Deutsche Bundespost seit 1983 mit dem Telefondienst „Service 130“, der für Unternehmen aus allen Wirtschaftsbereichen vielfältige Einsatz- und Anwendungsmöglichkeiten eröffnet. Egal, von welchem Telefonanschlusch im Bereich der Bundespost angerufen wird - die Ferngesprächsgebühren übernimmt beim „Service 130“ der Angerufene. Die Post hat eine bundesweit geltende Vorwahl (Zugangskennzahl) eingeführt, von der auch der Name des Dienstes abgeleitet wurde: „0130“. Mit dieser Kennzahl und einer vierstelligen Service 130-Rufnummer werden zunehmend Geschäfte abgewickelt.

### Sehr gute Note für diesen Postservice

Auch in der Bundesrepublik erscheinen in Anzeigen immer mehr Angebote, Geschäfte zum Ortstarif unter „0130...“ abzuwickeln. Es hat einen stetigen Zuwachs an Teilnehmern gegeben, so daß Ende Juni '86 schon 300 Rufnummern vergeben waren. Die Teilnehmer sind vor allem im verarbeitenden Gewerbe, Dienstleistungsbereich und in der Verkehrsbranche zu finden. Das monatliche Gesprächsaufkommen liegt momentan bei 350 000 Gesprächen. Die Gebühren des „Service 130“ sind mit der wachsenden Kapazität

bereitstellung und dem ansteigenden Teilnehmerzugang bereits mehrmals reduziert worden. Heutiger Stand: Monatliche Grundgebühr 500, Mindestgesprächsaufkommen drei Monate nach Anschluß 5000 Mark; Mindestvertragsdauer drei Monate, Gebühr pro Gesprächsminute 1,38 Mark.

Daß vorhandene Telefoneinrichtungen für die Abfrage des Service 130-Verkehrs beim Teilnehmer genutzt werden können, erleichtert die Entscheidung für die Einführung von „Service 130“. Die bisherigen Erkenntnisse aus dem Auslauf befindlichen Test- und Einführungsphase zeigen: „Service 130“ hat erfolgreich seinen Platz unter den Telefondiensten eingenommen.

Und mit dem „Service 130 International“ werden die Ländergrenzen seit Oktober 1985 überschritten. Damit bietet die Post Unternehmen die Möglichkeit, aus der Bundesrepublik im Ausland von ihren Kunden oder Partnern angerufen werden zu können - unter „0130“ zum Ortstarif. Dies gilt für alle 153 Orte des Internationalen Selbstwählferndienstes, die bisher von der Post eröffnet worden sind. Aber auch für die umgekehrte Richtung ist mit einer weiteren Konzeption vorgesorgt worden. Diese Konzeption ermöglicht auslandorientierten Unternehmen in der Bundesrepublik, aus dem Ausland gebührenfrei, vergleichbar mit dem Ortstarif der Post, oder gar gebührenfrei angerufen zu werden. Sie sind dennoch Teilnehmer der Post.

Und so funktioniert es: Ein Anrufer in den USA als Kunde eines Unternehmens in der Bundesrepublik wählt die Zugangskennzahl „1300“ und eine Rufnummer des „800 Service“ der AT & T. Anhand der Rufnummer „erkennt“ die für den „800 Service“ eingerichtete Technik, daß der Anrufer für einen Teilnehmer in der Bundesrepublik bestimmt ist. Die Verbindung wird über internationale Leitungen zum „Service 130“-Netzknott Frankfurt durchgeschaltet und von dort zum Teilnehmer.

Die Umsetzung der Konzeption in die Wirklichkeit bedarf enger Absprachen mit den ausländischen Fernmeldeverwaltungen oder -betriebsgesellschaften. Bisher sind seit Juni '86 Vereinbarungen für die USA, Groß-

britannien, die Niederlande, Frankreich, Dänemark, Schweden und die Schweiz erzielt worden; weitere Länder kommen hinzu. Die Post stellt im Gegenzug „Service 130“-Rufnummern für Teilnehmer der Fernmeldeverwaltungen dieser Länder bereit.

Die Konditionen für den „Service 130 International“ unterscheiden sich von denen des „Service 130“ in den Gesprächsgebühren. Sie sind länderabhängig festgelegt worden. Im Verkehr mit beispielsweise den Niederlanden hat ein Teilnehmer 1,38 Mark pro Minute zu entrichten, mit den USA 4,40 Mark pro Minute.

### Das Angebot dem Bedarf angepaßt

In der Einführungsphase von „Service 130“ übernimmt eine besondere Vermittlungsstelle in Frankfurt die Verkehrsleitung des „Service 130“-Verkehrs und sonstige Funktionen. Zur Zeit werden in der zweiten Ausbaustufe sechs weitere Vermittlungsstellen dezentral an weiteren Netzknoten in das „Service 130“-Netz eingefügt. Damit werden die Kapazitäten des „Service 130“ beträchtlich erhöht, so daß bis 1991 etwa 20 000 „Service 130“-Rufnummern vergeben werden können.

Aber auch das Leistungsspektrum wird erheblich erweitert. Die ursprüngliche und zeitabhängige Verkehrsleitung sind die kennzeichnenden Merkmale der zweiten Ausbaustufe. Unter einer „Service 130“-Rufnummer werden Anrufe aus Gebieten, die der Teilnehmer vorgibt, zu seinen verschiedenen Abfragestellen geführt werden können. Zusätzlich kann der Teilnehmer festlegen, ob der Verkehr zu bestimmten Zeiten auf andere Abfragestellen umgeschaltet werden soll. Die neuen Leistungsmerkmale sind zum Beispiel für dezentral organisierte Unternehmen von Interesse, die ein geringeres Geschäftsaufkommen nach Geschäftsschluss kostengünstig von einer zentralen Abfragestelle abwickeln.

Die Post arbeitet daran, mit der zweiten Ausbaustufe im nächsten Jahr allen „Service 130“-Teilnehmern die neuen Leistungsmerkmale anbieten zu können. W. KRUSCH

## Mikroelektronik macht den zügigen Ausbau des drahtlosen Telefonnetzes möglich

Weitweit sind heute nahezu 600 Millionen Telefonapparate in Betrieb. Jeder Teilnehmer kann den anderen - wo auch immer auf der Welt - in meist nur wenigen Sekunden erreichen. So gesehen ist das öffentliche Telefonnetz der „größte Automat“ der Welt.

Allein in der Bundesrepublik Deutschland kann fast jeder zweite Bewohner neben einem Auto auch ein ortsfestes Telefon sein eigen nennen.

Aber für noch nicht einmal jeden zweitausendsten Bewohner ist die Kombination beider Tätigkeiten - nämlich telefonieren und Auto fahren - keine Paarung von Begriffen, die sich gegenseitig ausschließen. Am fehlenden Bedarf liegt das sicherlich nicht.

Marktforschungen, vor zwei Jahren durchgeführt, haben ergeben, daß sich mindestens jeder zehnte Autofahrer ein Mobiltelefon anschaffen würde, sofern es sich etwa in der Preislage eines Autoradios der Oberklasse befindet.

Die öffentliche mobile Kommunikation ist nach wie vor eines der Stiefkinder im großen Bereich der Telekommunikation. Die Ursachen sind vielfältiger Natur: Zum einen sind die Kosten der angebotenen Systeme sehr hoch; die Nachfrage ist daher begrenzt.

Zum anderen geben einige Postverwaltungen die erste Priorität der Realisierung ortsfester Haupt- und Nebenstellen und nicht den mobilen Anschlüssen.

Vorreiter auf diesem Gebiet ist für viele das Nordische Mobiltelefonsystem (NMT), das von den Postverwaltungen Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Finnlands betrieben wird. Bereits heute sind 180 000 Teilnehmer angeschlossen (Stand: Januar '86). Die Wachstumsrate beträgt zur Zeit 50 000 Anschlüsse pro Jahr.

Das Charakteristikum des NMT ist, daß ein Teilnehmer, wo immer er auch mit seinem Fahrzeug in Skandinavien unterwegs ist, (fast) überall erreicht werden kann.

Die Bundesrepublik will da nicht hinten anstehen. Auch hier wird sich auf dem Mobiltelefonsektor in absehbarer Zukunft einiges ändern: Schon in wenigen Jahren - nach

1990 - soll das Autotelefon zum erschwinglichen Preis von etwa 2000 Mark für etwa eine Million Teilnehmer in der Bundesrepublik angeboten werden. Die Mikroelektronik macht's möglich.

Den hochliegenden Plänen vorausgegangen war eine Ausschreibung der deutschen und französischen Postminister: Die Industrie war aufgefordert, Vorschläge für ein flächendeckendes, sogenanntes D-Netz mit allen Feinheiten auf den Tisch der Behörden zu legen. Das Ziel: Jeder Teilnehmer soll mit einer

bierten und maximal 60 Kilometer im flachen Land aufweisen.

Von den Stationen führen Standleitungen zu übergeordneten Schaltzentralen: von dort aus gehen die Gespräche dann schließlich ins öffentliche Netz. Die Idee des „cellular radio“ ist so neu nicht: Kanada kann auf frühe Konzepte von 1969 und Chicago auf einen Betriebsbeginn im Jahre 1978 verweisen.

Für das geplante Netz soll ein bestimmtes Frequenzband im Megahertz-Bereich verwendet werden. Es reicht von 890 bis 960 Megahertz; das

nähe im Send- und Empfangsbereich übrig. Also gibt es „nur“ Platz für 1000 Gespräche zur gleichen Zeit?

Hier schlagen sich jetzt die Vorteile des Zellenfunks nieder: Denn mit Hilfe dieser Einteilung kann man dieselben Frequenzen mehrfach benutzen. Wegen unterschiedlicher Größen der Zellen ist es jedoch nötig, Send- und Empfangssignale innerhalb des jeweiligen Bereiches genau abzustimmen.

Somit würden Signale aus kleinen Zellen den Funkverkehr in den benachbarten Regionen stören. Die Funkkanäle werden nur belegt, solange die Partner wirklich miteinander reden.

Schon beim Einschalten des Gerätes setzt sich eine komplizierte Maschinerie in Bewegung: Auf einem separaten Steuerkanal werden laufend Signale zur nächst erreichbaren Basisstation geschickt, wo auf diese Weise der Standort des Wagens bestimmt wird. Außerdem wird der Anrufer identifiziert und registriert. In dieser Schaltzentrale werden mehrerer Daten geführt: Außer den Teilnehmern, die in einem Bereich zu Hause sind, werden auch alle Autos mit Telefon gespeichert, die sich vorübergehend im jeweiligen „Hoheitsgebiet“ aufhalten.

Im Bereich von Millisekunden läßt sich so abrufen, ob sich ein Teilnehmer innerhalb oder außerhalb seines Heimatbereiches befindet. Ist er einmal „fremdgegangen“, werden die anderen Zentren abgefragt.

Somit ist die Forderung der Post erfüllt, daß ein Teilnehmer mit einer einzigen Nummer jederzeit gefunden werden kann, wo immer er sich auch gerade aufhalten mag.

Die länderspezifischen zellularen Mobilfunksysteme in Europa sind nur in einzelnen geografisch begrenzten Regionen miteinander kompatibel.

Die europäischen Post- und Fernmeldeverwaltungen streben deshalb an, diesen bedauerlichen Zustand langfristig zu beseitigen und, so ein Firmensprecher, „endlich für eine ungehinderte, grenzüberschreitende mobile Telekommunikation in Europa zu sorgen“.

DIETER THIERBACH



Auch in Deutschland auf dem Vormarsch: Das Autotelefon

FOTO: SIEMENS

einigen Nummer jederzeit gefunden und eindeutig identifiziert werden.

Fünf Firmen-Konsortien reichten daraufhin Vorschläge ein, die sich in ihren Ausführungen unterschieden, vom prinzipiellen Aufbau her indes gleich sind: Von der Mobilstation, dem Fahrzeug, geht es zunächst per Funk zu sogenannten Basisstationen, die das Auto orten und die Gespräche weiterleiten.

Diese Stationen stehen in „Zellen“, die - je nach Bevölkerungsdichte - verschieden groß und über ganz Deutschland verteilt sind. Bei den Planungen ging man von rund 700 Zellen aus, die einen Radius von minimal vier Kilometer in Stadtge-

band hat also Wellen, die etwa 900 Millionenmal in der Sekunde schwingen.

Weil man - im praktischen Betrieb - in beiden Richtungen (Duplex-Betrieb) arbeiten will, wird dieses Band in einen Send- und Empfangsbereich aufgeteilt. Die Sendefrequenz reicht von 890 bis 915 Megahertz, die Empfangsfrequenz von 935 bis 960 Megahertz, somit entfallen 25 Megahertz auf jeden Bereich, was insgesamt etwa sechs Fernsehkanälen entspricht.

Um einwandfreie Verständigungen zu gewährleisten und Störungen zu vermeiden, fordert die Post einen Abstand von 25 Kilohertz von Kanal zu Kanal. Somit bleiben je 1000 Ka-

## Wir alle sind Büro.



## Wir alle gehen nach Köln.

Von uns allen wird Leistung verlangt. Aber optimale Büroleistungen setzen optimale Technik und Einrichtung voraus. Deshalb brauchen wir die ORGATECHNIK.

Diese Messe zeigt das Büro als Ganzes - nicht nur einen Ausschnitt. Hier sieht man in seiner konkreten Anwendung einfach alles, was ein modernes Management für die geforderte Leistungsfähigkeit seiner Büros braucht.



So wichtig wie die Messe selbst: Orgatechnik-Congress „Neue Bürotechnologien zur Ertragssicherung“ mit Telecom-Forum

Aussteller-Verzeichnis, Congress-Programm und weitere Informationen von KölnMesse · Postfach 210760, D-5000 Köln 21 · Tel. 0221/8211

KölnMesse



Die Seekabeltechnik blickt auf eine lange Tradition zurück: Am 21. Februar 1899 wurde die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft (DAT) in das Handelsregister Köln eingetragen. Aufgabe der Gesellschaft war es, eine von fremden Einflüssen unabhängige telegraphische Verbindung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika herzustellen.

Als im Laufe der siebziger Jahre die Fernmeldesatelliten der Intelsat-Serie zunehmend an Bedeutung gewannen und auch infolge ihrer laufend verbesserten elektrischen Übertragungseigenschaften mehr und mehr für geschäftliche Anwendungen eingesetzt wurden, stellte sich für die Anwender die Frage, mit welchem Medium sie für die Abwicklung ihres Geschäftsverkehrs besser bedient sind.

Manchem drängt sich die Frage auf, ob die Seekabel mit ihrer langen Tradition nicht durch neuzeitliche Fernmeldesatelliten überflüssig werden. Inzwischen ist dies sicherlich keine Frage mehr, da Kabel und Satellit sich gegenseitig in hervorragender Weise ergänzen. Wobei es unterschiedliche Einsatzschwerpunkte gibt, die nicht nur für die Postverwaltungen, sondern auch für die Anwender von Wichtigkeit sind. Die qualitativen und die quantitativen Anforderungen des stetig wachsenden Verkehrs aufkommens im Welttelekommunikationsnetz wären nicht zu befriedigen.

Einer der wichtigsten Gründe ist die Frequenzökonomie. Internationale Gremien haben den Satellitendiensten bestimmte Frequenzbereiche eingeräumt. Deshalb müssen Fernmeldesatelliten, selbst wenn sie benachbarte Standorte einnehmen, die gleichen Frequenzbänder benutzen. Das zwingt dazu, trotz scharfer Bündelungen der Parabolantennen einen Winkelstand von mindestens drei Grad zwischen den Satelliten vorzusehen, so daß es nur wenige Standorte gibt, auf denen Satelliten alle Bodenstationen in den Küstenregionen beiderseits des Atlantiks zugleich erfassen.

Demgegenüber könnten fast beliebig viele Seekabel unmittelbar nebeneinander liegen, ohne sich gegenseitig zu stören. Zwar könnte auf wesentlich höhere, ebenfalls für Satelliten reservierte Frequenzbänder ausgewichen werden – das wird teilweise auch schon getan – doch machen sich dort andere Grenzen bemerkbar.

Die Wellenlänge dieser Frequenzen entspricht den Abmessungen von Hagelkörnern, Schneeflocken, Regentropfen und Schwebeteilchen in der

## Kabel und Satellit ergänzen sich hervorragend

Qualitative und quantitative Anforderungen im ständig wachsenden Welttelekommunikationsnetz würden nicht mehr ausreichen / Von ERWIN H. SCHÄFER

Luft, weshalb heftige Niederschläge oder stark verunreinigte Luft durch Absorption der Funksignale verschlechterte Übertragungsbedingungen oder gar Ausfälle der Verbindung bewirken können.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, daß bei Satelliten überwiegend nur kurzzeitige Ausfälle eintreten. Ganz anders bei den Seekabeln. Hier kommt es immer wieder vor, daß Schiffe durch Ankerschleppen oder Fischer mit Schleppnetzen Kabelanlagen beschädigen und mehrwöchige Ausfälle des Gesamtsystems verursachen. Das Transatlantikkabel Nr. 6 war 1985 sogar monatelang außer Betrieb und mußte gehoben werden.

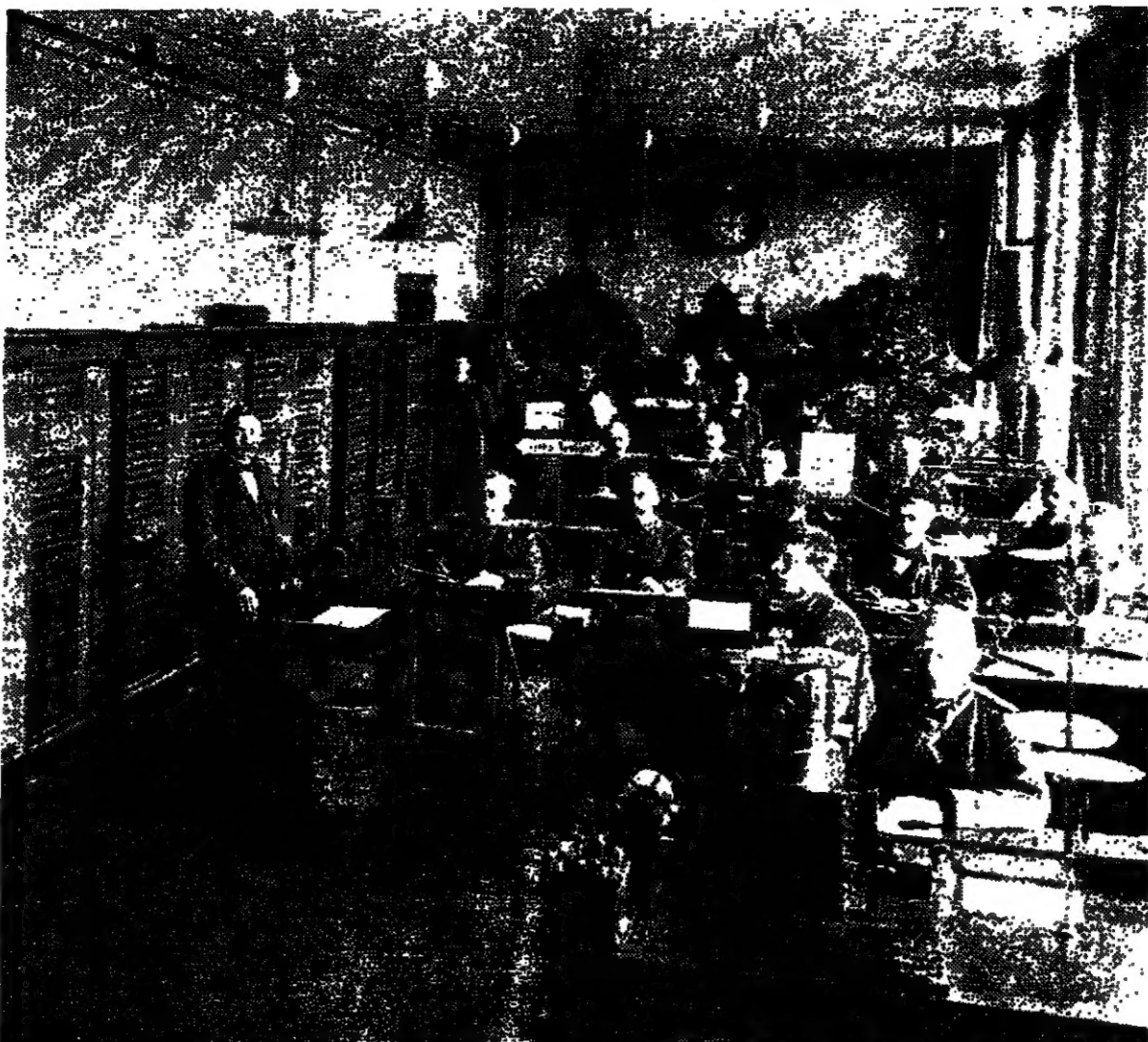
Eine ständige Verschlechterung der Übertragungsqualität, hervorgerufen durch Korrosionsschäden in den Verstärkern, die in etwa alle zehn Seemeilen eingebaut sind, ergab einen mehrmonatigen Ausfall. Das nahezu voll belegte Seekabel wurde über Satellit ersatzgeschaltet.

Aber nun zu den praktischen Anwendungen, in welchen Bereichen die beiden Systeme ihre naturgegebenen Vorteile haben. Diese Betrachtung bezieht sich auf die derzeit im Transatlantikverkehr verfügbaren Systeme von Koaxial-Seekabeln und Satelliten der Intelsat-Serie.

Fernmeldesatelliten der letzten Generation verfügen über eine hohe Übertragungskapazität. Sie beträgt das Mehrfache der Kapazität der modernsten Transatlantik-Seekabel in Koaxialtechnik. Dementsprechend eignen sich Fernmeldesatelliten hervorragend für breitbandige Übertragungen, also zum Beispiel schnelle Datenkommunikation mit Übertragungsgeschwindigkeiten von 64 kbit/s und höher.

Dies entspricht der Übertragung von mehr als drei Seiten pro Sekunde DIN A4 eng mit Schreibmaschine beschrieben. Das Seekabel hat derzeit bei Verwendung von modernsten privaten Übertragungsgeräten eine maximale Übertragungskapazität, verglichen mit dem Satellit von weniger als einer Seite DIN A4 pro Sekunde bei Verwendung eines Kanals mit Fernsprechnetzbandbreite. Satelliten können auch bequem höhere Transferraten verkraften, wie beispielsweise zwei Mbit/s, die für den Einsatz von Videokonferenzen erforderlich sind.

Ein derzeit ausschließlich den Sa-



So fing es an: Telegraphenstation um die Jahrhundertwende

FOTO: DAT

telliten vorbehaltenes Einsatzgebiet sind Verteildienste. Darunter versteht man, daß von einer Quelle Nachrichten an viele Empfänger abgegeben werden. Beispiele hierfür sind Fernsehen, Funk und Hörfunk. Aber auch im Bereich der geschäftlichen Telekommunikation kommen zunehmend Forderungen nach Verteildiensten auf, zum Beispiel Nachrichtenagenturen, die ihre Informationen an mehrere hundert Empfänger verteilen möchten.

Beim Einsatz im normalen geschäftlichen Verkehr zwischen Europa und USA spielen für die Betreiber von internationalen Mietleitungen

aber andere Kriterien eine Rolle. Ein Unternehmen, das eine Mietleitung mit Fernsprechnetzbandbreite einsetzen will und darüber Sprache, Daten, Text und Bilder zu übertragen, erhält beim Satellit 300 bis 3400 Hz als verfügbares Frequenzband.

Es ist damit in der Lage, alternativ Daten und Sprache und jeweils gleichzeitig vier bis fünf Fernschreibkanäle einzusetzen. Die Anzahl der möglichen Fernschreibkanäle hängt nicht zuletzt von der gewählten Geschwindigkeit der Datenübertragung ab. Je höher die Datenübertragungsgeschwindigkeit, um so weniger Fernschreibkanäle sind mög-

lich. Beim Seekabel ist eine Bandbreite von 300 bis 3050 Hz verfügbar. Daraus resultiert eine geringere Anzahl an möglichen Fernschreibkanälen. In der Sprach- oder Datenübertragung ergeben sich keine Unterschiede.

Seekabel mit ihren zahlreichen Verstärkern, die nicht nur die Nutzsignale, sondern auch die Störgeräusche verstärken, schneiden im Vergleich des für die Übertragungsqualität maßgeblichen Signalgeräusch-Abstandes schlechter ab als Satelliten, die auf ihrem langen Weg praktisch nur einmal verstärkt. Aufgrund der ausgefeilten Technik der

Seekabel ist dieser Unterschied im Signalgeräusch-Abstand jedoch für den Betreiber nicht wahrnehmbar.

Einen physikalischen Nachteil haben Fernmeldesatelliten immer dann, wenn es um Signallaufzeiten geht. Elektrische Signale über Satelliten geführt, haben eine Strecke von etwa 72 000 Kilometer zurückzulegen. Selbst bei annähernder Lichtgeschwindigkeit der Nachrichten ergibt dies eine beträchtliche Laufzeit.

Diese Laufzeit ist immer dann störend, wenn es sich um Dialogverfahren handelt, also bei bestimmten Datenübertragungsverfahren, wenn beispielsweise ein Block übertragen wird und die Quittung für den richtigen Empfang des Blockes an den Sender zurückgeschickt wird. Aber auch bei der Übertragung von Ferngesprächen wird die Laufzeit als gewöhnungsbedürftig und störend empfunden.

Mindestens 0,6 Sekunden dauert es, bis eine Reaktion vom Gesprächspartner allein bedingt durch die Laufzeit, empfangen werden kann, so daß es in der Diskussion hier durchaus Probleme geben kann. Auch sind die Systeme so ausgelegt, daß durch Echounterdrücker verhindert wird, daß der Sender seine eigenen Signale mit dieser Laufzeitverzögerung zurückbekommt. Dies hat aber den Nachteil, daß, wenn beide Diskussionspartner gleichzeitig sprechen, immer nur der lautere durchkommt, während der andere durch Echounterdrücker ausgeschaltet wird.

Durch den Einsatz moderner Übertragungsverfahren sind die Laufzeitnachteile bei der Datenkommunikation weitgehend vermieden. Mit den zum Teil noch eingesetzten älteren Verfahren wirkt sich die Laufzeit des Satelliten noch sehr nachteilig aus.

Abhängig von der Datenblocklänge und der Störfrequenz kann über das Kabel bis zu 100 Prozent mehr Übertragungsleistung erzielt werden als über Satellit. Moderne Verfahren vermeiden jedoch diesen Nachteil, der durch die Signallaufzeit begründet ist.

Das 6250 Kilometer lange Seekabel TAT 7 ist mit 695 Verstärkern modernster Technik ausgestattet. Die Anforderungen an Zuverlässigkeit und Lebensdauer der Bauelemente sind extrem, denn diese Verstärker sollen 30 Jahre lang in bis zu 4000

Meter Wassertiefe rund um die Uhr in Betrieb sein, ohne jemals auszufallen. Schon ein Defekt an einem einzigen der 200 000 Bauteile des TAT 7-Verstärkersystems verursacht hohe Kosten. Die Lebensdauer der derzeitigen Intelsat-Satelliten ist demgegenüber auf etwa sieben Jahre begrenzt.

Die Telekommunikation erlebt zur Zeit eine Phase stürmischer Entwicklung, wie dies in einem anderen Bereich kaum der Fall ist. Mit der fortschreitenden Digitalisierung der Nachrichtentechnik bieten sich die neuen Wege der Glasfaser an. Signale werden nicht mehr über elektrische Leiter transportiert, sondern als Lichtimpulse über Glasfaser geführt.

Diese Glasfasern sind haardünne Fasern (1/10 Millimeter) aus Siliciumdioxid, dem Grundstoff von Glas. Es ist heute möglich, solche Fasern mit einer Reinheit und Transparenz herzustellen, die eine Übertragung über längere Strecken ohne Verstärkung erlauben.

Bestechend sind die Eigenschaften der Glasfaser in der Anwendung:

- höchste Übertragungsbreite,
- niedrige Dämpfung,
- größerer Verstärkerabstand,
- geringer Platzbedarf,
- keine elektromagnetische Beeinträchtigung und
- Störstrahlungssicherheit.

Bereits das nächste Transatlantikkabel TAT 8 wird eine Glasfaserkabel sein. Es wird über eine Kapazität von etwa 40 000 gleichzeitigen Telefongesprächen verfügen und damit rund das Vierfache an Kapazität bieten, das alle bisher im Transatlantikverkehr verfügbaren Kupferkabel zusammengekommen aufweisen. Das TAT 8 wird unter dem Projektmanagement der AT & T geplant und verlegt. 1992 ist bereits das TAT 9, ebenfalls in Glasfasertechnik, vorgesehen.

Neu ist, daß nunmehr auch private Gesellschaften, wie beispielsweise Tel-Optik und SLC (Submarine Light Wave Cable) Transatlantikkabel auslegen und betreiben wollen. Dies ist natürlich nur möglich, wenn europäische Postverwaltungen damit einverstanden sind.

Die Haltung der Deutschen Bundespost hierzu ist noch offen. Jedoch hat Tel-Optik bereits mit der Cable & Wireless in England Vereinbarungen abgeschlossen über zwei Transatlantikkabel mit der geplanten Fertigstellung 1989 und 1992. Die Kapazität jedes dieser Systeme sind 40 000 gleichzeitige Ferngespräche.

Der Autor ist Geschäftsführer der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft (DAT), Köln.

# Wieviel kann ich noch investieren?

## Btx zeigt's schnell und aktuell.

Je schneller und aktueller Sie Antwort auf Ihre Fragen bekommen, desto größer ist Ihr Vorsprung. Mit Bildschirmtext sind Sie immer gut informiert. Wenn Ihre Bank Btx hat, auch über Ihren Kontostand. Tag und Nacht, sogar am Wochenende. Fragen Sie doch mal Ihre Bank, Sparkasse oder Ihr Postgiroamt, wie Sie Ihr Konto mit Btx führen können.

Und wenn Sie mehr über Btx wissen möchten, rufen Sie an: 0130 0190 – bundesweit zum Nahtarif. Btx ... und Sie sind besser im Bilde.

Die Post in Btx • 20000 #

Post

## Das neue System liefert bessere Qualität zu günstigeren Tarifen

Mit ISDN garantiert die Post künftig eine optimale Datenübermittlung

Im Laufe der Zeit hat sich in allen Industrienationen der Welt eine große Vielfalt der unterschiedlichsten Fernmeldedienste entwickelt. Dieses Angebot der Fernmeldedienste setzt geeignete Fernmeldenetze voraus. So sind in der Bundesrepublik recht unterschiedliche Netze entstanden, die auf die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Dienste optimiert sind. Das heute flächendeckend ausgebauten Fernsprechnetz zum Beispiel ist auf die Bedürfnisse des Fernsprechnetzes zugeschnitten.

Wegen der technischen Parameter können jedoch die moderneren Dienste in diesem herkömmlichen Netz nicht realisiert werden. Deshalb wurde das integrierte Digitale Text- und Datennetz (IDN) eingerichtet, über das neben den Diensten für die Textübermittlung eine große Vielfalt an Datenübermittlungsdiensten abgewickelt wird.

Mit zunehmender Spezialisierung eines Netzes sinkt die Anzahl der potentiellen Kunden. Andererseits müssen diese Netze flächendeckend angeboten werden. Hieraus resultieren gegenüber dem Fernsprechnetz um ein Mehrfaches längere Anschlußleitungen, entsprechend höhere Aufwendungen für Ausbau und Unterhaltung des Netzes und in deren Folge auch hohe Gebühren für die Dienste.

Die Netzentwicklung folgt stets der Technologieentwicklung. So ist heute auf der Basis der Mikroelektronik die kostengünstige Realisierung von digitalen Schaltungen möglich. Damit kann die Darstellung und Übertragung unterschiedlicher Informationsarten (Sprache, Text, Daten, Bild) in einer Signalförmigkeit mit einer einheitlichen Technologie erfolgen. Die Nutzung einer einheitlichen Technologie eröffnet die Möglichkeit zum Aufbau eines universellen Kommunikationsnetzes.

### Grenzen der Leistungsfähigkeit

Damit ist der Weg frei für das dienstintegrierende digitale Fernmeldennetz (ISDN), über das letztlich alle Dienste sowohl der schmal- als der breitbandigen Individualkommunikation abgewickelt werden können. Als Grundlage hierfür dient das Fernsprechnetz.

Die Digitalisierung des Fernsprechnetzes erfolgt zunächst aus

technischen und wirtschaftlichen Gründen. Die im Einsatz befindliche analoge Vermittlungstechnik stößt bei den steigenden Verkehrs- und Qualitätsanforderungen allmählich an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, so daß eine zukunftsichere Nachfolgetechnik notwendig ist.

Hierbei fiel die Wahl auf eine digitale, rechnergesteuerte Technik, die neben höherer Leistungsfähigkeit eine Reihe wirtschaftlicher Vorteile bietet. Im digitalisierten Fernsprechnetz ist lediglich das Verbindungsnetz digital, die Teilnehmeranschlüsse werden nach wie vor analog betrieben.

### Das Erfolgsrezept heißt Standardisierung

Auf der Basis des digitalisierten Fernsprechnetzes entsteht das ISDN für schmalbandige Fernmeldedienste durch die zusätzliche Digitalisierung der Teilnehmeranschlüsse. Damit werden durchgehende digitale Verbindungswege von Teilnehmer zu Teilnehmer und die Integration aller schmalbandigen Dienste in einem Netz möglich.

Das ISDN ist in der Lage, alle heute bekannten und künftig entstehenden Fernmeldedienste der schmalbandigen Individualkommunikation aufzunehmen und sie schneller, mit besserer Qualität und zu günstigen Tarifen zu erbringen.

Es stellt dem Teilnehmer zwei unabhängig voneinander verwendbare Nutzkanäle zur Verfügung, die über die vorhandene Anschlußleitung geführt, in einer international standardisierten Kommunikationssteckdose abgeschlossen und unter einer Rufnummer erreicht werden.

Die beiden Nutzkanäle können gleichzeitig für die verschiedensten Dienste verwendet werden. So kann ein Teilnehmer beispielsweise während eines Telefongesprächs gleichzeitig auf dem zweiten Nutzkanal Informationen aus einer Datenbank abrufen oder auch eine Fernkopie absetzen.

An die genannte Kommunikationssteckdose können bis zu acht unterschiedliche Endgeräte angeschlossen werden. Statt mehrere Endgeräte zu benutzen, können verschiedene Dienste in einem einzigen Mehrdienst-Endgerät vereint werden.

Das ISDN ermöglicht zusätzlich eine große Zahl attraktiver Dienst-

merkmale, die zu höherem Komfort und verbesserter Bedienerfreundlichkeit beim Nutzer und zum Angebot von neuen Diensten verwendet werden können. Das ISDN wird in den ersten Jahren insbesondere für die geschäftliche Kommunikation interessant sein. Durch den modularen Aufbau der eingesetzten Technik kann ohne großes Investitionsrisiko dem aktuellen Bedarf in relativ kurzfristigen Ausbauschritten gefolgt werden.

In der ersten Realisierungsstufe des ISDN ist das Angebot von Diensten mit höheren Bandbreiten (Bewegbildübertragung, schnelle Text- und Datendienste) noch nicht möglich. Andererseits ist bereits heute ein erster Bedarf nach mehr Leistung erkennbar. Das ISDN muß deshalb zum Breitband-ISDN weiterentwickelt werden.

Dieser zweite Entwicklungsschritt vollzieht sich in einem erneuten Technologiesprung, bei dem das gesamte Liniennetz bis hin zum Teilnehmeranschluß in Glasfasertechnik ausgebaut werden muß.

### Fast unbegrenzte Möglichkeiten

Anfang der 90er Jahre werden die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Einsatz breitbandiger digitaler Systeme erfüllt sein. Hierbei werden die zunächst für die Vermittlung von speziell ausgerüsteten Netznoten unter Mitbenutzung wesentlicher Systemkomponenten der eingesetzten Technik um breitbandige Koppelnetze erweitert werden.

Bereits in den Jahren zwischen 1986 und 1990 wird der Glasfaserausbau im Liniennetz vorangetrieben, der zur Schaffung des notwendigen Netzvorlaufs für das Breitband-ISDN erforderlich ist.

Das Breitband-ISDN wird eine breite Palette schmal- und breitbandiger Dienste der Individualkommunikation anbieten. Neben den bekannten Schmalbanddiensten wird eine große Zahl breitbandiger Dialogdienste, Abrufdienste und die Verbindung zwischen privaten Netzen und Endgeräten möglich sein.

Als dritter und letzter Entwicklungsschritt können schließlich in einem integrierten Breitbandfernmehrdienst auf Glasfaserbasis auch Fernseh- und Hörfunkprogramme verteilt werden.

KARL THOMAS